

**Bericht des Bundesministers
für Wissenschaft, Forschung und Kunst
an den Nationalrat
gemäß § 8 Abs. 1 des Forschungsorganisationsgesetzes,
BGBl.Nr. 341/1981**

SCHWERPUNKTBERICHT 1995
GEISTESWISSENSCHAFTEN
SOZIALWISSENSCHAFTEN

Aufgrund der gesetzlichen Neuregelung des Berichtswesens (FOG-Novelle 1991) erscheint ein umfassender Forschungsbericht der Bundesregierung, der einen Gesamtüberblick über forschungs- und technologiepolitische Maßnahmen, Forschungsprogramme und Forschungsergebnisse, über die Entwicklung multilateraler und bilateraler Zusammenarbeit sowie über den Ausbau der Forschungsinfrastruktur enthält, im Abstand von jeweils drei Jahren. Der nächste umfassende Bericht der Bundesregierung wird daher 1997 vorgelegt.

Der diesjährige "Schwerpunktbericht" des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst ist dem Bereich Geistes- und Sozialwissenschaften gewidmet. Er enthält einerseits allgemeine Überlegungen zur Situation der Geisteswissenschaften und einen Überblick über die jüngere Entwicklung und den aktuellen Stand der "Sozialforschung" in Österreich; andererseits legt der Bericht Rechenschaft darüber ab, welche Schwerpunkte der Forschungsförderung im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften durch das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst gesetzt wurden.

Der Österreichische Rat für Wissenschaft und Forschung hat den Entwurf des Forschungsberichts in der Sitzung am 19. April 1995 behandelt.

Inhaltsverzeichnis

1. Lage und Bedürfnisse der Forschung	1
2. Schwerpunkt "Sozial- und Geisteswissenschaftliche Forschung"	10
A) Geisteswissenschaftliche Forschung	10
B) Sozialforschung in Österreich	17
1. Der Bereich der Sozialforschung und Kriterien zur Beurteilung der Forschungsqualität	17
2. Die jüngere Entwicklung und der aktuelle Stand der Sozialforschung in Österreich	22
C) Forschungsförderung im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften durch das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	40
1. Internationale Forschungskooperationen	41
2. Forschungsprogramm "Grenzenloses Österreich"	49
3. Fremdenfeindlichkeit	55
4. Arbeits- und Berufsweltforschung	56
5. Schwerpunktbildung Psychotherapieforschung	57
6. Schwerpunktbildung Frauenforschung	59
7. Musikwissenschaft	60
8. Forschungsprojekte zum Internationalen Jahr der Familie 1994	62
9. Alternsforschung	63
10. Zeitgeschichte	65
11. Gesundheitsförderungsforschung (Public Health)	69
12. AIDS-Forschung	71
13. Kulturlandschaftsforschung	72
Statistischer Annex	74

1. LAGE UND BEDÜRFNISSE DER FORSCHUNG

Internationale Entwicklung

Die Wissenschaftssysteme im OECD-Bereich stehen seit einiger Zeit in einem sich wandelnden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kontext: Zum einen sind Budgetrestriktionen gegeben, die aus strukturellen Entwicklungen in den Industrieländern - unabhängig von deren Größe - resultieren; damit verbunden ist die Forderung nach strengerer Rechenschaftspflicht über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Relevanz von Forschungsergebnissen. Ein weiteres Element des neuen Kontexts sind die gegenüber den ausgehenden 80er Jahren gravierenden geopolitischen Veränderungen, vor allem die Entwicklung in und die Beziehungen mit den früheren COMECON-Ländern, die Reduzierung der Budgets für militärische Forschung und die Globalisierung der Wirtschaft.

Veränderungen im eigentlichen Wissenschaftsbereich betreffen einerseits die außerordentlich positive Entwicklung der Forschungsmöglichkeiten - nicht zuletzt durch die intensivierte internationale Zusammenarbeit und die Zunahme wissenschaftlicher Fragestellungen, die nur im globalen Maßstab zu bearbeiten sind (etwa: Treibhauseffekt, Genomkartierung, Pandemien); auch die Bedeutung der Groß- und Größtforschungseinrichtungen und ihrer Kosten ist ein Kennzeichen der jüngeren Entwicklung. Nicht zuletzt stellt das exponentielle Wachstum der zu verarbeitenden Informationen und Daten neue, gewaltige Anforderungen und erfordert auch auf nationaler Ebene neue grundsätzliche Überlegungen.

Die Herausbildung einer auf Wissenschaft basierenden Wirtschaft impliziert zugleich eine weiter wachsende Rolle für das Wissenschaftssystem insgesamt. Sowohl als Produzent von Wissen und durch die Aus- und Weiterbildung der "Produzenten", also der Wissenschaftler und Techniker als auch durch seine Problemlösungskapazität steht das gesamte Wissenschaftssystem vor großen Herausforderungen.

Innerhalb dieses - international gegebenen - Kontexts sind Anforderungen für alle involvierten Institutionen gegeben, die auf Struktur, Management und Ausmaß an Autonomie zielen: Diese müssen sich den Tendenzen zu Rationalisierung, Koordinierung und der Zweckwidmung von

Mitteln stellen, gleichzeitig höhere Erwartungen und Anforderungen erfüllen. Eine systematischere und konsequenter Prioritätensetzung zwischen und innerhalb der jeweiligen Disziplinen ist gefordert. Organisationsformen und Aufgaben von Forschungseinrichtungen stehen in höherem Ausmaß zur Diskussion als früher.

Zugleich erfordern die fortschreitende Globalisierung und der transnationale Charakter der Wissenschaft, daß internationalen Entwicklungen wesentlich mehr Stellenwert bei der Formulierung und Implementierung nationaler Wissenschaftspolitiken zukommen soll: Gewisse Entwicklungstendenzen verlaufen daher im gesamten OECD-Raum gleichermaßen und führen zu ähnlichen politischen Reaktionsmustern.

Das Arbeitsübereinkommen der Regierungsparteien zum Bereich "Bildung und Kultur" für die Legislaturperiode 1994 - 1998

Im Arbeitsübereinkommen der Regierungsparteien ist festgelegt, daß "Bildung, Wissenschaft und Forschung als wesentliche Grundlagen für die gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung Vorrang" haben sollen. Daher wurden Ziele definiert, die in der laufenden Legislaturperiode realisiert werden sollen. Zu diesen gehört vor allem die Internationalisierung von Bildung, Ausbildung, Forschung und Lehre, die sowohl im Rahmen der EU als auch in Zusammenarbeit mit anderen Staaten weiter forciert werden soll. Größter Nachdruck soll auf die Steigerung der Effizienz und den optimalen Einsatz der Ressourcen im gesamten Bildungsbereich gelegt werden. Zugleich soll das umfassende Weiterbildungssystem im Bereich der Universitäten - vor allem auch der Fachhochschulen - (einschließlich Fernstudien) weiter ausgebaut werden. Die Durchführung gesetzlicher Reformen zur Stärkung der Autonomie im universitären Bereich soll zügig realisiert und die Reform des Studienrechts vorangetrieben werden. Für den wissenschaftlichen Nachwuchs sind weitere Maßnahmen zur leistungsorientierten Förderung zu entwickeln.

Zielsetzungen für die Forschungspolitik

Europäische Integration:

Vor dem Hintergrund der eingangs skizzierten Entwicklung in den Industrienationen muß Österreich auch die Integration in die Europäische Union bewältigen. Diese wird in den nächsten

Jahren die Rahmenbedingungen und Spielregeln für die Forschung ebenso wie für die Forschungsförderung auf nationaler Ebene in erheblichem Maß beeinflussen. Die nunmehr in vollem Umfang gegebene Möglichkeit der Beteiligung österreichischer Wissenschaftler an der europäischen Forschungskooperation und an deren programmatischer Weiterentwicklung muß so intensiv wie nur möglich genutzt werden. Daher wird die Entwicklung der Integration in die europäische Forschungskooperation in den nächsten Jahren sehr genau zu beobachten und zu analysieren sein. Die Wechselwirkungen zwischen der Forschungs- und Technologiepolitik der EU und der österreichischen Forschungspolitik werden etwa im Hinblick auf die Bewertung des Nutzens für die österreichische Forschungslandschaft, das Ausmaß, in dem Erwartungen österreichischer Einrichtungen realisiert werden, den Einfluß auf deren Kooperationsverhalten, die Konkurrenz zwischen den Förderungsinstrumenten der EU und jenen auf nationaler Ebene mit ihren differenzierten Kriterien, und nicht zuletzt den Gründen für eine Nichtteilnahme an den Forschungsprogrammen untersucht werden.

In der Forschungspolitik werden daher sowohl im Hinblick auf die europäische Zusammenarbeit, als auch aus strukturellen Überlegungen neue Akzente zu setzen sein: Vorrangige Ziele sind die Modernisierung der Forschungsorganisation selbst, die Straffung der F&E-Koordination und die effizientere Gestaltung der Forschungsförderung:

Diese Reformbestrebungen sind in einem von der Budgetkonsolidierung gesetzten Gesamtrahmen zu planen und durchzuführen. Obwohl es gelungen ist, den Wissenschaftsbereich überwiegend aus den generellen Kürzungsbestrebungen auszunehmen und bei einigen bedeutenden Ansätzen sogar eine Erhöhung zu erreichen, ist die Notwendigkeit zur Einleitung struktureller Reformmaßnahmen gegeben. Sowohl bei den Förderungsinstrumenten wie bei den geförderten Institutionen wird - nach sorgfältiger Analyse von Stärken und Schwächen - eine Strukturbereinigung anzustreben sein.

Verbogene Kapazitätsreserven sind zu nutzen: Die österreichische Forschungsorganisation wird hinsichtlich möglicher Doppelgleisigkeiten, unzureichender Kooperation, nicht hinreichend genützter Ausstattung, Fragmentierung der Forschung in Klein- und Kleinstinstituten sorgfältig zu untersuchen sein. Auch die Selbstorganisationsfähigkeit der Wissenschaft im autonomen Bereich ist aufgerufen, Prozesse zu optimieren und einen höheren Effizienzgrad zu erreichen.

Zugleich werden auch die operationell einsetzbaren Forschungsmittel des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst in höherem Ausmaß als bisher im strategischen Sinn auf eine Balance zwischen wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und umweltbezogenen Kriterien hin orientiert werden; zusätzlich zum garantierten wissenschaftsautonomen Bereich wird ein Richtwert für den Anteil zweckorientierter Forschungsförderung festzulegen sein.

Die Orientierung an Effizienz und Qualität kann durch verschiedene Instrumente, etwa den kontinuierlichen Einsatz geeigneter Evaluierungsverfahren, unterstützt werden. Basisfinanzierung der Forschung soll in Zukunft nicht mehr unterschiedslos ohne Beachtung von Qualitätskriterien gewährt werden. Anreizmodelle für verbesserte oder erneuerte Ausstattung oder zusätzliches Personal für jene Institute oder Abteilungen, die über die pragmatisierte Routine hinaus sich mit der Bearbeitung neuer Forschungsfelder befassen, werden zu entwickeln sein. Als richtungsweisend ist die Einrichtung der Spezialforschungsbereiche auf Initiative des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung zu nennen. Basisförderungen sollen in Bezug zur Leistungsfähigkeit und Qualität der wissenschaftlichen Institutionen vergeben werden. In Verbindung mit Verfahren mittels "peer review", wie etwa Institutsbegehungen durch externe Experten, sowie der quantitativen Analyse mittels bibliometrischer Verfahren kann die Bemessung von Förderungen auf eine objektivere Grundlage als bisher gestellt werden, womit nicht zuletzt auch zusätzliche Leistungsanreize für qualitätsorientierte Einrichtungen geboten werden können.

Besondere Förderungsmaßnahmen:

Eine spezielle Form der Förderung soll für herausragende Forscherpersönlichkeiten entwickelt werden. Bei Nachweis besonders hervorragender Leistungen soll diese Form der *personenzentrierten Förderung* es ermöglichen, den Anteil der international anerkannten und angesehenen Forscher in Österreich deutlich zu erhöhen. Entsprechende Kriterien und objektive Auswahlmechanismen für dieses Programm werden ausgearbeitet; Ausgangspunkt könnten die schon bestehenden, derzeit in verschiedenen Institutionen lokalisierten Ansätze für personenzentrierte Förderungsaktionen sein. Diese auf den einzelnen - außergewöhnlich erfolgversprechenden - Wissenschaftler hin orientierte Förderung soll die anderen Hauptinstrumente staatlicher Forschungsförderung (Programmförderung und Projektförderung) ergänzen.

Programmförderung ist Ausdruck von Ressortinteresse, inkludiert somit außerwissenschaftliche Fragestellungen, die mit wissenschaftlichen Methoden - häufig in interdisziplinärer Kooperation - zu bearbeiten sind. Die Mittel für Programmforschung sind vor allem im Rahmen von ressortübergreifenden Regierungsschwerpunkten gezielter als in der Vergangenheit einzusetzen; dabei soll es nach Maßgabe spezieller Richtlinien möglich sein, zweckgewidmete Forschungsmittel treuhändig an die beiden Fonds, aber auch an gemeinnützige Forschungseinrichtungen befristet zu übertragen. Ein wesentlicher Vorteil dabei ist die Nutzung des bewährten Begutachtungsverfahrens. Die Organisation und Abwicklung der Auftragsforschung kann dadurch entlastet, die Mittelvergabe durch eine Verlagerung der Begutachtung objektiviert werden. Eine entsprechende Novellierung der Bestimmungen des Forschungsförderungsgesetzes wird vorbereitet werden. In diesem Zusammenhang wird auch die "Vorfeldforschung" und deren Förderung besonders berücksichtigt werden, um die Lücke zwischen Grundlagenforschung und angewandte Forschungsförderung zu schließen; als Trägerorganisationen bieten sich dabei beide Forschungsförderungsfonds an.

Die *Einzelprojektförderung* auf Antrag soll auch weiterhin vor allem den bewährten Instrumenten der Fonds überlassen bleiben. Vor allem in der Grundlagenforschung kann das Beurteilungsverfahren der peer review zur Qualitätssicherung nicht ersetzt werden, die Mittelvergabe muß im autonomen Bereich auch weiterhin allein nach wissenschaftsimmanten Kriterien erfolgen.

Leitschwerpunkte der Auftragsforschung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung:

Komplementär zur Antragsforschung werden auch in Hinkunft bestimmte Themenbereiche in Form von Schwerpunkten durch Auftragsforschungsmittel des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst finanziert werden, insbesondere in jenen Fragestellungen, in denen ein definiertes "Ressortinteresse" gegeben ist, weil diese aufgrund gesellschaftlicher Relevanz im weitesten Sinne einer wissenschaftlichen Bearbeitung bedürfen.

Nach eingehenden Diskussionen wurden daher für den Bereich der Auftragsforschung des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende "Leitschwerpunkte" definiert:

Im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften setzt das Forschungsprogramm "*Grenzenloses Österreich*" im Hinblick auf die thematische und räumliche Offenheit neue Akzente: Ausgehend von den - die österreichische Gesellschaft verändernden - Prozesse der demokratischen Transformation der Länder Osteuropas und der österreichischen Integration in die Europäische Union werden Aspekte der spezifischen Dynamisierung gesellschaftlicher Entwicklung untersucht. Damit wird nicht nur eine Auseinandersetzung mit dem Bedeutungswandel von Identität und Nation, nach der kulturellen Standortbestimmung und dem politischen (Selbst-)Bewußtsein sowie nach den Verarbeitungsformen einer demokratischen Gesellschaft im Umgang mit dem Anderen und Fremden provoziert, sondern auch ein Nachdenken über eine Modernisierung angeregt, die eine teilweise Umorientierung der österreichischen Gesellschaft auf offene Strukturen erwarten läßt.

Der Leitschwerpunkt "*Biomedizinische Technik und Werkstoffe mit besonderen Eigenschaften*" umfaßt den breiten Bereich naturwissenschaftlich-technischer in Kombination mit medizinischen Fragestellungen. Diese werden einerseits durch die demographische Entwicklung, andererseits durch das gestiegene Gesundheitsbewußtsein der Bevölkerung immer aktueller. Einzelne Forschungsfelder dieses Programms sind Prävention und Rehabilitation, die Entwicklung technischer Lebenshilfen, die Weiterentwicklung von Geräten der Physikalischen Medizin und der Herz-Kreislauf-Bereich oder die Verbesserung von Werkstoffen für chirurgische Implantate. Mit diesem Programm werden zugleich volkswirtschaftliche Effekte intendiert: derzeit müssen rund 98 % der benötigten technisch sehr anspruchsvollen Geräte und Werkstoffe importiert werden.

Für den Bereich der Umweltforschung wurde der Leitschwerpunkt "*Erdbeobachtung*" eingerichtet: Die Plazierung einer Reihe von Fernerkundungssatelliten im erdnahen Raum hat die Möglichkeiten des Einsatzes für die Umweltforschung wesentlich gesteigert. Der Aufbau einer "Nutzergemeinschaft" im Rahmen der EU, welche nicht nur ein "Center of Earth Observation" (Europäisches Datennetzwerk) errichtet, sondern im 4. Rahmenprogramm auch Fernerkundungsmittel in Höhe von 99 Mio. ECU bereitstellt, sowie - im technischen Bereich - die Entwicklung neuer Sensoren und Sensortechniken tragen dazu bei, neben globalen auch regionale und kleinräumige Umweltprobleme besser analysieren zu können. Die Forschungsaktivitäten innerhalb dieses Leitschwerpunkts sind auf die drei Bereiche

- Anwendungsforschung für den Einsatz der Erdbeobachtung
- Erdbeobachtung für Umweltfragen der Alpen und
- Erdbeobachtung für kleine Regionen

fokussiert. Eine enge fachliche Vernetzung mit dem nachstehend dargestellten Schwerpunkt "Kulturlandschaftsforschung" ist gegeben.

Der Leitschwerpunkt "Kulturlandschaftsforschung" zielt darauf ab, durch Grundlagen- und konkrete Problemlösungsforschung den Bedürfnissen der betroffenen Menschen einerseits, aber auch dem Stellenwert der Kulturlandschaft, in welcher diese Menschen leben, gerecht zu werden. Ziel der konsequenten interdisziplinären und internationalen Zusammenarbeit der Forschungsgemeinschaft sind eine wesentliche Verringerung der anthropogenen Stoffströme, die Sicherung der Grundlagen der Biodiversität und Lebensqualität sowie die Förderung einer Vielfalt von Lebens- und Entwicklungsoptionen. Das Forschungsprogramm bietet zahlreiche Beteiligungsmöglichkeiten an internationalen Forschungsprogrammen, insbesondere am 4. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung der EU.

Der neu eingerichtete Leitschwerpunkt "Nanoengineering" ist eine Reaktion auf einen Technologiesprung, der in völlig neue Dimensionen führt und dessen Potential gar nicht abschätzbar ist: Er resultiert aus dem Zusammenführen der Mikroelektronik - die mit Dimensionen unter einem Tausendstel Millimeter eigentlich zur Nanoelektronik geworden ist - mit der Miniaturisierung der Mechanik und Mikromechanik. Diese synergetische Kombination zweier Technologiefelder wird zu neuen Technologien und Produkten führen, die ganze Märkte neu definieren werden und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zentral beeinflussen. Diese Entwicklung hat das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst durch die Errichtung des Mikrostrukturzentrums (MISZ) an der Technischen Universität Wien zeitgerecht Rechnung getragen. In konsequenter Verfolgung dieser Schwerpunktsetzung wurde die Mikrosystemtechnik (Nanoengineering) zum Leitschwerpunkt der Auftragsforschung definiert. Damit sollen im Forschungsbereich Grundlagen für die in Zukunft wettbewerbsentscheidenden Industrietechnologien geschaffen werden.

Der Leitschwerpunkt "Neurowissenschaften und Hirnforschung" ist eingebunden in internationale Programme der Europäischen Union und der USA ("Dekade des Gehirns/Decade of the Brains", 1990 - 2000). In Kooperation mit den im neu zu errichtenden Hirnforschungszentrum

zusammengeführten Instituten sollen in multidisziplinärer Ausrichtung grundlegende pathogenetische Mechanismen der Erkrankungen des zentralen und peripheren Nervensystems mittels molekularbiologischer und zellbiologischer Techniken erforscht werden.

Im Leitschwerpunkt "*Technologie - Wachstum - Beschäftigung*" wird schließlich die Wechselwirkung zwischen dem rasant zunehmenden Einsatz neuer Technologien, dem wirtschaftlichen Wachstum und der steigenden strukturell bedingten Arbeitslosigkeit untersucht werden. Deren zunehmend globale Dimension erfordert eine intensive theoretische Auseinandersetzung in internationaler Forschungskooperation, insbesondere auf Ebene der EU und der OECD mit dem Ziel, wirksame interaktive wirtschaftspolitische Instrumente und Handlungsanleitungen zu entwickeln.

Legistische und konzeptive Initiativen

Der beabsichtigte und notwendige qualitative Sprung in der wissenschaftlichen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene wird Rückwirkungen auf die Formulierung und Gestaltung der Forschungspolitik haben und haben müssen. Das neue Universitäts-Organisationsgesetz (UOG-Novelle 1993), welches den Universitäten stärkere Autonomie geben soll, ist eine konsequente Maßnahme. Daran wird die Überarbeitung bestehender gesetzlicher Regelungen für die Forschungsorganisation und für die Forschungsförderung anschließen.

Der Beginn einer neuen Legislaturperiode ist ein geeigneter Zeitpunkt zur Formulierung forschungspolitischer Leitlinien und Zielvorstellungen mit mittelfristiger Orientierung. Solche forschungspolitischen Empfehlungen müßten sich von früheren Konzepten insofern unterscheiden, als sie konkrete Zielvorstellungen für die Positionierung der Grundlagenforschung und der zweckorientierten Forschung innerhalb der österreichischen Forschungslandschaft und in der internationalen Kooperation, für die generelle Orientierung und die Schwerpunkte der Forschungsförderung, für die Weiterentwicklung der einzelnen Disziplinen, aber auch für die bedeutendsten Institutionen enthalten sollten.

Diese Empfehlungen und Zielvorstellungen sollten von einem unabhängigen Gremium erfahrener Wissenschaftler formuliert werden. Die Praxis der forschungspolitischen Beratung in der Vergangenheit hat trotz unbestreitbarer Verdienste gewisse Möglichkeiten zur Optimierung erkennen lassen. Daher soll das derzeitige forschungspolitische Beratungswesen mit den entsprechenden

Bestimmungen des Forschungsorganisationsgesetzes (Österreichischer Rat für Wissenschaft und Forschung) auf Effektivität und die Möglichkeit neuer Aktivitätsfelder hin überprüft und reorganisiert werden, um besser zur Entscheidungsvorbereitung beitragen zu können.

Nicht zuletzt ist mit allen forschungspolitischen Überlegungen auch die Intention verbunden, für Wissenschaft und der Forschung in der Öffentlichkeit zu werben, das Verständnis dafür zu erhöhen und "public awareness" für die Anliegen der Wissenschaft zu erzeugen. Dies ist ein schwieriges Unterfangen nicht nur insofern, als mediale Vermittlung heute mehr und mehr auf Vereinfachung komplizierter und komplexer Zusammenhänge abzielt, sondern darüber hinaus der Macht der Bilder einer inhaltlichen Beschreibung der Vorzug gegeben wird. Die scientific community ist aufgerufen, gemeinsam mit den forschungspolitisch Verantwortlichen Mittel und Wege zu finden, mit denen Gleichgültigkeit oder gar Abwehr gegenüber den Anliegen von Wissenschaft und Forschung begegnet werden kann.

2. SCHWERPUNKT "SOZIAL- UND GEISTESWISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNG"

A) Geisteswissenschaftliche Forschung

Die Frage nach Sinn und Funktion der Geisteswissenschaften und damit dem Schlagwort ihrer "Krise" ist nicht neu. Sie begleitet diese Erscheinung, die mit der Historisierung des Wissens im 18. Jahrhundert begann und mit der Einrichtung neuer Disziplinen an den Universitäten ihre institutionelle Gestalt bekam. Meistens später als im naturwissenschaftlich-technischen Bereich. Der Tenor der Frage hat sich allerdings entscheidend geändert. Um 1900 lautete die Frage: Wie können wir uns vor den Geisteswissenschaften schützen? Wie können wir unsere lebendigen Traditionen, unseren Glauben und alles, was uns wert und teuer ist, retten vor ihrem "zerlegenden" Zugriff? Heute lautet die Frage umgekehrt: Wie können wir die Geisteswissenschaften schützen? Wie können wir sie verteidigen angesichts der Übermacht einer rapide expandierenden technischen und instrumentellen Vernunft? Kaum haben die Geisteswissenschaften ihren bedrohlichen Charakter abgelegt, finden sie sich bereits selbst bedroht.

Umso verständlicher sind daher Versuche, diese Krise zu bewältigen. Deutschland hat ein Forschungsprojekt von 1987 bis 1990 durchgeführt ("Konstanzer Projekt"). Die Arbeitsgruppe konzentrierte sich fachübergreifend auf die Untersuchung von umfassenden Problemfeldern, die die Legitimation und die zukünftige Rolle der geisteswissenschaftlichen Forschung aus wissenschaftshistorischer, wissenschaftssystematischer und wissenschaftstheoretischer Perspektive zum Inhalt hatten. Sechs wissenschaftliche Kolloquien mit jeweils 20-30 Vertretern unterschiedlicher Disziplinen dienten der Vorbereitung. Die Schweiz bereitet eine Evaluierung der Geisteswissenschaften vor.

Der vorliegende Bericht kann daher keinesfalls mit diesen Vorhaben verglichen werden, sondern ist als ein Darstellungsversuch der Aktivitäten der letzten fünf Jahre im Bereich der Geisteswissenschaften anzusehen, ohne allerdings eine Wertung darüber abzugeben.

Trotzdem sollen einige allgemeine Überlegungen zu den Geisteswissenschaften vorangestellt werden.

1. Die Geisteswissenschaften im System der Wissenschaft

Der Begriff des Systems - oder der Begriff der Einheit - ist, auf die Wissenschaften bezogen, nur als regulativer Begriff sinnvoll. Er lässt sich in regulativer Form jedoch kritisch und konstruktiv gegen die Tendenz zur Partikularisierung der Fächer und Disziplinen wenden. Dies gilt auch für die übliche Zerlegung der Wissenschaften in zwei Kulturen, die naturwissenschaftliche und die geisteswissenschaftliche (einschließlich der sozialwissenschaftlichen). Sie macht die Unfähigkeit deutlich, unterschiedliche Wissenschaftsentwicklungen noch als Ausdruck einer einheitlichen Wissenschaftskultur zu begreifen. Die sogenannte Kompensationstheorie (die Geisteswissenschaften als Kompensationswissenschaften) stabilisiert diese Unfähigkeit noch, weil sie die Geisteswissenschaften aus dem Modernisierungsprozess herausnimmt und zur Marginalisierung beiträgt. Die Einordnung als Akzeptanzwissenschaften gehört deshalb auch hierher. Diese Einordnung korrespondiert dann wiederum die Überforderung der Geisteswissenschaften als vermeintliche Orientierungswissenschaften.

Gegenüber dieser Über- und Unterforderung wird auf dem Hintergrund eines ungebrochenen idealistischen Erbes der Geisteswissenschaften ein Kulturbegriff entwickelt, der den Geisteswissenschaften als Kulturwissenschaften eine neue Perspektive eröffnet. In dieser Perspektive befassen sich die Geisteswissenschaften mit Kultur als dem Inbegriff aller menschlichen Arbeit und Lebensformen, einschließlich naturwissenschaftlicher Entwicklungen. Ihr Gegenstand, der damit auch die Naturwissenschaften einschließt, ist demnach die kulturelle Form der Welt.

2. Die Paradigmatik der Geisteswissenschaften im Dialog der Disziplinen

Hier stellt sich die Frage, worin die Geisteswissenschaften durch ihre Fragestellungen, Gegenstände und Methoden gerade heute für den Dialog der Disziplinen und für die gemeinsame Aufgabe einer wissenschaftlich reflektierten Kultur beispielgebend sein könnten. Die herkömmliche Legitimation ist die Bewahrung des kulturellen Erbes. Die eigentümliche Leistung der Geisteswissenschaften ist jedoch im Prozess der Bildung wissenschaftlicher Disziplinen gewesen. In der Sache selbst waren sie dabei grenzüberschreitend, gleichzeitig aber wieder integrativ und nicht zuletzt dialogisch. Die Geisteswissenschaften könnten als Instrument interkultureller Bildung und anthropologischer Erkenntnis ihren genuinen Beitrag zum Problem einer Reintegration der technologischen Zivilisation in die gesellschaftliche Kultur der Zukunft leisten.

3. Humanistische und naturwissenschaftlich-technische Bildung

Auf die grundlegend bildende Funktion von Wissenschaft kann nicht verzichtet werden, weil alle Wissenschaft und insbesondere die der Öffentlichkeit zugewandten Geisteswissenschaften daran gemessen werden, ob sie zur Lösung der "relevanten Probleme" unserer Zeit beitragen. Ein Bildungsmonopol der Geisteswissenschaften gibt es nicht. Ihr Bildungsbegriff lehrt aber die Selbstreflexion von Individuen und Kulturen als eine der vornehmsten Aufgaben von Wissenschaft, welche nach der Identitätsfindung und der Identitätsbildung in der Beschäftigung mit den jeweils unterschiedenen Gegenständen und Methoden der Wissenschaft fragt.

Vor diesem Hintergrund enthält die sogenannte "Krise der Geisteswissenschaften", die immer wiederkehrt, die Chance zur Reflexion und Selbstkritik. So zeigt sich, daß Aktualität und gesellschaftliche Bedeutung der Geisteswissenschaften gerade wegen der fortschreitenden Technisierung unserer Welt ungebrochen sind. Sie stehen freilich unter Leistungs- und Legitimationsdruck.

Nachholbedarf haben sie zweifellos in ihrer Präsentation nach außen, in ihrer methodischen Selbstreflexion und in der Klärung ihres Wissenschaftsverständnisses. Im Strukturwandel treten zwei Tendenzen besonders hervor: die Entindividualisierung und Kollektivierung der Forschung sowie Veränderungen in den Arbeitsformen. Damit steht aber auch der Begriff selbst zur Debatte, weil er durch den Dualismus des 19. Jahrhunderts und als Kampfbegriff belastet ist. Als Alternative bietet sich an: Humanwissenschaften.

Die Sensibilisierung und Selbstreflexion über die nationale und internationale Positionierung der Geistes- (aber auch der Sozial-)wissenschaften in Österreich hat in den vergangenen Jahren jedenfalls zugenommen. Indizien dafür sind nicht nur die verstärkten Bemühungen einzelner Forscher und Wissenschaftler, die internationalen Kontakte auszubauen und ihre eigenen Forschungsergebnisse auf Tagungen und Konferenzen zu diskutieren, sondern auch die Selbstinitiativen ganzer Forschergruppen, die sich in kohärenten Forschungsunternehmen zu organisieren wußten.

Zum Teil erwiesen sich solche international evaluierten "Schwerpunktsetzungen" vergleichbaren ausländischen Unternehmungen gegenüber als durchaus konkurrenzfähig. Beispiele dafür wären:

die Schwerpunktprogramme der Universität Salzburg; der Spezialforschungsbereich "Moderne" in Graz, der Forschungsschwerpunkt "Raum und Gesellschaft" und der trilaterale literaturwissenschaftliche Forschungsschwerpunkt "Differenziation und Integration", aus Mitteln des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unterstützt. Die aus dem geisteswissenschaftlichen Bereich beim Fonds eingereichten Einzelprojekte beanspruchen etwa 20% des Gesamtbudgets. Sie weisen eine den anderen Fachbereichen vergleichbare durchschnittliche oder sogar hohe Qualität auf, woraus sich auch ein Rückschluß auf die wissenschaftliche Qualifikation ihrer Antragsteller ergibt.

In der gegenwärtigen Situation gibt es in Österreich Fachrichtungen und Fachvertreter, die entweder internationales Ansehen genießen oder sogar zur Elite der internationalen Forschung gehören. Die Byzantinistik, die Indologie, die Tibetologie und die Buddhismuskunde gehören jedenfalls dazu. Auffallend ist dabei, daß die Bereitschaft zum interdisziplinären Diskurs und zur internationalen Orientierung anscheinend stärker von außeruniversitären Einrichtungen unterstützt wird. Die größten seien beispielhaft aufgezählt: Österreichische Akademie der Wissenschaften, Internationales Forschungsinstitut für Kulturwissenschaften, Institut für Höhere Studien.

Trotzdem gibt es aber auch größere Defizite. Vor allem geben sich dabei manche Fachrichtungen mit traditionellen Positionen ihrer Disziplinen zufrieden, weshalb sie wenig Lust haben, mit in- und ausländischen Kollegen der eigenen Fachrichtung, geschweige denn mit Vertretern anderer Disziplinen ein wissenschaftliches Gespräch aufzunehmen. Fehlt arbeitsbedingt die erforderliche Weite des wissenschaftlichen Horizonts, dann fehlt auch der Mut zur Komparation (Internationalität) und die Bereitschaft zu fächerübergreifenden Vergleichen (Interdisziplinarität). Hinzu kommt das teilweise Fehlen eines Methodenbewußtseins, das auch die Forschung und Lehre beeinflußt.

Zukünftig wäre wohl eine Strukturierung und Fokussierung von Forschungsvorhaben zu überlegen, die von "nationalem" Interesse sind. Es gibt Forschungsthemen und Forschungsbereiche, die für Österreich nicht nur von einer eminenten außenkulturpolitischen Bedeutung, sondern auch für das Bewußtsein (Identität) in diesem Land von Relevanz sind. Solche Forschungen, zum Teil interdisziplinär konzipiert und unter internationaler wissenschaftlicher Beteiligung durchgeführt, können nicht in dem von Froschungsinstitutionen vorgesehenen Rahmen durchgeführt und auch

nicht ausreichend finanziert werden. Es wäre zu überlegen, in Österreich für österreich-relevante Themen eine organisatorische Schaltstelle zu schaffen, die - ähnlich wie die Mainzer Akademie für die Bundesrepublik Deutschland - solche längerfristigen Forschungsvorhaben koordiniert und ihre Finanzierung absichert.

Dies umso mehr, als den Geistes- und Kulturwissenschaften im Vergleich mit anderen Wissenschaftszweigen oft ein Mangel an Effizienz und "Anwendungsorientiertheit" vorgeworfen wird, andererseits jedoch die Rolle, die sie im Prozeß des "Vor- und Nachdenkens" für und über Österreich und darüber hinaus spielen können, eine Herausforderung darstellt, die angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen in Europa größer denn je ist: Fragen nach Standortbestimmung, nach individuellem und kollektivem Selbstverständnis, nach Selbst- und Fremdbildern, die für eine Identitätsbildung konstitutiv wirken, treffen sich mit Problemstellungen, die in ihrer Relevanz wie in ihrer Komplexität nicht nur über nationale, sondern auch über europäische Grenzen hinausgehen. Umso mehr muß der Versuch, diesen Herausforderungen wirksam gerecht zu werden, verstärkte methodische wie thematische Öffnung den Nachbardisziplinen ebenso wie der internationalen Forschung gegenüber, bedeuten, ohne die die Suche nach zukunftsorientierten Konfliktlösungsmodellen gesellschaftlicher und gesellschaftspolitischer Relevanz kaum erfolgreich sein wird - und damit die Frage nach Sinn und Funktion der Geisteswissenschaften kaum zufriedenstellend beantwortet werden kann.

Exkurs:

Exemplarisch sei an dieser Stelle auch eine Stellungnahme aus der Sicht der Wissenschaft, verfaßt von Univ.Prof. Dr. Reinalter (Institut für Geschichte, Universität Innsbruck), der sich intensiv mit Fragen der Bedeutung der Geisteswissenschaften in der heutigen Gesellschaft befaßt hat, in den vorliegenden Bericht aufgenommen:

"1. Zur Entwicklung und Schwerpunktbildung der geisteswissenschaftlichen Forschung:

In den letzten Jahrzehnten haben sich in den Geisteswissenschaften im wesentlichen drei große Fächer bzw. Fächergruppen herausgebildet (Kernfächer der klassischen "Philosophischen" Fakultät): Philosophie, Geschichte und die Sprach- und Kulturwissenschaften. Die hier letztgenannte Gruppe ist die größte und zugleich auch heterogenste Kategorie, da sie sowohl "große" (europäische) als auch "kleine" (außereuropäische) Sprachen und Kulturen umfaßt sowie Disziplinen, die

mit dem Anspruch allgemeiner, sprach- und kulturübergreifender und vergleichender Studien auftreten. So unterschiedlich die Entwicklung der einzelnen Disziplinen aus der Sicht der Vertreter auch sein mag, sind doch einige gemeinsame Leitmotive zu erkennen. Sie weisen auf gewisse Gemeinsamkeiten in der Geschichte der Fächer hin - in der inneren Entfaltung oder in der Entwicklung der allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Dabei sind im wesentlichen drei Phasen zu unterscheiden:

- die Phase relativer Kontinuität nach 1945 (kaum Brüche im Inneren und Äußeren);
- die relative Destabilisierungsphase oder Neuorientierungsphase seit den 60er und 70er Jahren, wachsendes Unbehagen gegenüber den traditionellen Inhalten und Methoden der geisteswissenschaftlichen Forschung;
- neue Ansätze der Theoriebildung, intensivere Diskussion über Methodenprobleme und das Verhältnis von Wissenschaft und lebensweltlichen (gesellschaftlichen) Faktoren, Paradigmenwechsel in einzelnen geisteswissenschaftlichen Disziplinen (z.B. Geschichtswissenschaft - Historische Sozialwissenschaft, Alltags- und Mentalitätsgeschichte), verstärkte Zuwendung zum Besonderen sub specie des Allgemeinen vor allem in Form des Vergleichs, Betonung der gesellschaftlichen Funktion geisteswissenschaftlicher Forschung seit den 70er Jahren. Vorschläge, den Kampfbegriff "Geisteswissenschaften" durch die Bezeichnung "Kulturwissenschaften", "Humanwissenschaften", "Orientierungswissenschaften" zu ersetzen.

2. Gegenwärtige Situation:

Die gegenwärtige sogenannte "Krise der Geisteswissenschaften" ist nicht nur eine Krise in ihrem Verhältnis zur Öffentlichkeit, sondern vor allem Ausdruck einer Struktur- und Modernisierungs-krise. Es gibt beträchtliche Auffassungsunterschiede über ihren Gegenstandsbereich, über Funktionen und Aufgaben, über die Leistungsfähigkeit, die gesellschaftliche Akzeptanz. Die Aktualität und Bedeutung der Geisteswissenschaften sind allerdings gerade wegen der fortschreitenden Technisierung unserer Welt ungebrochen. Sie werden unter den sich stets verändernden Bedingungen der Lebenswelt für die Menschen zu wichtigen Orientierungshilfen. Einen Nachholbedarf haben sie zweifelsohne in ihrer Präsentation nach außen, in ihrer methodischen Selbstreflexion und in der Klärung ihres Wissenschaftsverständnisses. Sie bewegen sich im Spannungsfeld zwischen Wissenschaftsanspruch und außerwissenschaftlicher Prätention, denn sie wollen auch der Humanität, der Bildung, der Lebenspraxis und der Emanzipation in der Welt dienen. Im

Strukturwandel treten besonders zwei Tendenzen deutlich hervor: die Entindividualisierung und Kollektivierung der Forschung sowie Veränderungen in den Arbeitsformen.

3. Wissenschaftsimmanente Hauptströmungen und Zukunftsperspektive:

- Zum Wissenschaftsverständnis heute: Grundsätzlich sind die Geisteswissenschaften grenzüberschreitend (interdisziplinär), integrativ und dialogisch. Sie sind Reflexionswissenschaften, deren wesentlichste Methode die "Verfremdung" ist. Ihre ungebrochene zentrale Bedeutung liegt in der Theoriebildung über historisch-kulturelle Wirklichkeiten, in der wirklichkeitsprägenden Kraft und in der aufklärerisch-emanzipatorisch-ideologie-kritischen Funktion. Sie orientieren sich als Organe der Selbstreflexion an der Idee der Emanzipation durch Aufklärung - mit einem breiten Angebot an kulturellen Erfahrungsmöglichkeiten. An Haupttendenzen in der wissenschaftsimmanenten Entwicklung lassen sich erkennen:
 - eine stärkere Berücksichtigung lebensweltlicher (gesellschaftlicher Bezüge), geistige Prozesse werden verstärkt als gesellschaftliche Prozesse aufgefaßt;
 - neue Ansätze zur Theoriebildung, Orientierung an Nachbardisziplinen, insbesondere an den Sozialwissenschaften;
 - Methodenvielfalt, Interdisziplinarität, Vernetzung der einzelnen Disziplinen;
 - Vergleich, interkulturelle Betrachtungsweisen, Strukturgeschichte als Perspektive (nicht Methode!);
 - Betonung der gesellschaftlichen Funktion geisteswissenschaftlicher Forschung.

Die Geisteswissenschaften müssen Kulturbestände nicht nur präsent halten, sondern sie auch kritisch weiterentwickeln. Lebensweltliche Verluste, die durch die Technik erzeugt werden, können sie z.T. auch kompensieren. Die der Öffentlichkeit zugewandten Disziplinen werden allerdings auch daran gemessen, inwieweit sie zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen können. Zweifelsfrei werden die Naturwissenschaften ohne Geisteswissenschaften allzu technisch-instrumentell und damit in gewisser Weise inhuman.

- Die Geisteswissenschaften decken auch wichtige (Aus)bildungsfunktionen ab, auf die manchmal vergessen wird, und sie bieten Orientierungen in immer komplexer werdenden Gesell-

schaften. Dabei verstärkt sich die Auffassung, daß sich die geisteswissenschaftlichen Studienangebote nicht auf bestimmte Berufsfelder festlegen lassen, sehr wohl aber berufsorientierte Elemente verstärkt in die Studiengänge einzubauen sind, die überwiegend den Charakter von Schlüsselqualifikationen aufzuweisen hätten.

Die Geisteswissenschaften sind keine Einheitswissenschaft, sondern leben aus ihrer Vielfalt. Ihre einzelnen Fächer sind aber miteinander eng vernetzt. Wie keine anderen sind sie herausgefordert, ihre gesellschaftliche Relevanz zu begründen. Dabei können sie als Kristallisierungspunkt einer neuen Selbstverständigung der Wissenschaften über ihre Rolle in der modernen Welt dienen. Ihre aktuelle Bedeutung zur Orientierung, ihre Aufklärungs- und Bildungsfunktion und ihre Grundlagen zu verantwortungsvollem Handeln sind heute ungebrochen.

Trotz der hier erwähnten wichtigen Funktionen muß man jedoch die transitorischen Beeinträchtigungen der Geisteswissenschaften ernst nehmen und vor allem erkennen, die z.B. von überholten Methoden, manchen Orientierungsfehlern bis zum Problem ihrer überspezialisierten Fehlinstitutionalisierung reichen, und ihre Krisensituation, die nicht neu ist, sehen, die weniger im Leistungsbereich zu suchen ist, sondern darin, daß die Nachfrage nach Geisteswissenschaften als Folge der immer globaler und schneller werdenden Modernisierung rascher zunimmt als das geisteswissenschaftliche Leistungspotential, sodaß man heute besser von einer "Überforderungskrise" sprechen sollte."

B) Sozialforschung¹ in Österreich

Überlegungen zu Entwicklung und Schwerpunkten der sozialwissenschaftlichen Forschung in Österreich

Im Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst werden zur Zeit generell Überlegungen zur Förderung der Sozialwissenschaften und ihrer Infrastruktur angestellt. In diesem Zusammenhang wurde Univ.-Prof. Dr. Max Haller vom Institut für Soziologie der Universität Graz mit einem Expertengutachten beauftragt. Die quantitative Darstellung der sozialwissen-

¹⁾ Zur Begriffsabgrenzung siehe die nachstehenden Ausführungen im Abschnitt 1

schaftlichen Forschungslandschaft liegt somit vor, genauere Details enthält nachstehender Bericht.

Weiters enthält das Expertengutachten eine kritische Reflexion der Zukunftsperspektiven sowie Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen, wie beispielsweise die gezielte Förderung bestimmter Forschungsschwerpunkte, die Einrichtung infrastruktureller Hilfseinrichtungen sowie die Förderung der Europäisierung und Internationalisierung der österreichischen Sozialforschung. Diese Vorschläge und Anregungen werden in geeigneten Gremien zu diskutieren sein.

1. Der Bereich der Sozialforschung und Kriterien zur Beurteilung der Forschungsqualität

Versucht man eine Bilanz über die jüngere Entwicklung, die aktuelle Situation und die Zukunftsperspektiven der Sozialforschung in Österreich zu erstellen, muß man sich als erstes die Kriterien für die Beurteilung dieser Tendenzen klarmachen. Dabei sind drei Gesichtspunkte zu beachten:

- (1) die inhaltliche Breite und Kontinuität der Forschung, Stärken wie auch Lücken in dieser Hinsicht,
- (2) die wissenschaftliche Qualität der Forschungsleistungen und schließlich
- (3) ihr Praxisbezug und ihre Öffentlichkeitswirksamkeit.

Vorab seien einige Präzisierungen erwähnt, was unter Sozialforschung zu verstehen ist. Sinn und Absicht dieser Präzisierung ist nicht, damit neue künstliche Abgrenzungen oder Quasi-Monopole zu schaffen, jedoch klarzumachen, daß es trotz aller Unschärfe einen relativ deutlich abgrenzbaren Bereich der Sozialforschung im engeren Sinne gibt, der seine Bedeutung neben anderen großen Gebieten zeitgenössischer Forschung besitzt. Auch die heute allenthalben geforderte interdisziplinäre Kooperation kann letztlich nur dann fruchtbar werden, wenn es zunächst Disziplinen bzw. Forschungsbereiche gibt, die als solche auf einen etablierten Kanon von Fragestellungen, Konzepten und Methoden verweisen können. Die Existenz eines solchen Kanons ist es ja letztlich (oder sollte es zumindest sein), die dazu berechtigt, den damit umgrenzten Forschungsgebieten institutionalisierte gesellschaftliche Ressourcen (vor allem auch in Form von universitären Ausbildungsgängen und Forschungsinstituten) zuzuweisen.

In einem weiteren Sinne ist unter "Sozialforschung" ohne Zweifel der gesamte Bereich der wirtschafts-, rechts- und sozialwissenschaftlichen Forschung zu verstehen, in Abgrenzung etwa zu den technischen, Natur- und biologischen Wissenschaften (einschließlich der Medizin) einerseits, den "reinen" Geisteswissenschaften andererseits. Selbstverständlich ist eine jede derartige Abgrenzung in der Realität nicht so scharf durchführbar und nicht ein- für allemal fixierbar. So gibt es selbst Bereiche naturwissenschaftlicher Forschung, die enge Berührungen mit den Sozialwissenschaften aufweisen (man denke hier an das neue Gebiet der "Soziobiologie"), ebenso wie geistes- und kulturwissenschaftliche Forschungsrichtungen, die wichtige sozialwissenschaftliche Befunde erbringen können.

Unter Sozialforschung im engeren Sinne versteht man in erster Linie Forschung über gesellschaftliche Phänomene und Prozesse. Diese Forschung wird vor allem von der wissenschaftlichen Fachdisziplin der Soziologie und ihr nahestehender Fächer (wie der Politikwissenschaft, der Volkskunde und der Ethnologie bzw. Kultur- und Sozialanthropologie) durchgeführt. Nur im weiteren Sinne zur Sozialwissenschaft in diesem Sinne zu zählen sind verwandte Disziplinen wie die Erziehungswissenschaften, die Psychologie (insbesondere Sozialpsychologie) und die Wirtschaftswissenschaften, sowie alle jene Teildisziplinen von Einzelwissenschaften, die in ihrer Bezeichnung (Sozial-) auf diesen Gegenstandsbereich verweisen (wie die Sozialgeographie, die Sozialgeschichte usw.).

Nicht als "Sozialforschung" im engeren Sinne wird im folgenden daher (obwohl man, wie festgestellt, im weiteren Sinne auch hier von Sozialforschung sprechen kann bzw. sogar muß) Forschung unter primär ökonomischen Fragestellungen und unter Zuhilfenahme ökonomischer Modelle verstanden, sehr wohl jedoch Forschung, wie sie etwa von "Sozialökonom" oder ökonomischen Arbeitsmarktforschern durchgeführt wird.

Die Politikwissenschaft gilt z. B. als eine Sozialwissenschaft par excellence. Sie ist in Österreich als sozialwissenschaftliche Disziplin erst seit 25 Jahren etabliert und hatte als Studienrichtung "Politikwissenschaften" an den Universitäten Wien und Salzburg Beginn der 70er Jahre und zu Beginn der 80er Jahre an der Universität Innsbruck ihren endgültigen Durchbruch. Trotzdem ist es der Politikwissenschaft in Österreich bisher nicht gelungen, ähnliche Wertschätzung wie in den USA oder Skandinavien zu erreichen. Das Nahverhältnis zwischen Politik und Wissenschaft und das trotz aller Erfolge in wesentlichen öffentlichen Bereichen weiterbestehende "Juristenmono-

pol" in Bürokratie und Politik dürften dabei eine nicht unwesentliche Rolle spielen bzw. gespielt haben. Forschung dieser Art kann nicht erzwungen oder in kurzer Zeit aus dem Boden gestampft werden - auch nicht durch Einsatz großer Geldmittel.

Zu den drei oben angeführten Kriterien zur Bewertung des Standes und der Qualität von Forschung ist folgendes anzuführen:

Eine gewisse inhaltliche Breite und Kontinuität der Sozialforschung wird man als wichtig ansehen müssen, wenn man davon ausgeht, daß die Sozialforschung einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis der wichtigsten aktuellen Probleme einer Gesellschaft leisten soll. Die inhaltliche Breite der Forschung findet ihre Grenzen in einem Kleinstaat wie Österreich allerdings darin, daß es schon von den personellen Kapazitäten her unmöglich ist, eine mehr oder weniger umfassende Erforschung aller relevanten Lebens- und Gesellschaftsbereiche durchzuführen. Als Ziel wird man angesichts dieser Sachlage nur formulieren können, daß zumindest in zentralen Bereichen der Sozialforschung auch in Österreich eine "Basisforschung" derart geleistet wird, daß man über Grundstrukturen und -prozesse in einer Form Bescheid weiß, die über das von laufenden amtlichen und statistischen Erhebungen gelieferte Wissen hinausgeht. Dies zum einen in der Form, daß Prozesse sichtbar gemacht werden, die durch statistische Rahmendaten (wie z.B. die Daten der Bevölkerungsbewegung: Geburten, Heiraten, Ehescheidungen, usw.) allein nicht erfaßt werden (zu denken wäre hier etwa an Wertorientierungen und Verhaltensweisen im Zusammenhang mit Sexualität, Partnerwahl, Familienbildung, usw.). Zum anderen ist die Durchführung spezifischer sozialwissenschaftlicher Studien immer wieder notwendig, um ganz neue Phänomene empirisch zu erfassen, die in laufenden Erhebungen gar nicht thematisiert werden. Um beim vorigen Beispiel zu bleiben, wären hier die genaue Erfassung der vielfältigen neuen Familienformen, die numerisch oft nur kleine Anteile ausmachen, inhaltlich aber von großer Bedeutung sind, zu nennen.

Bei Anforderungen an die wissenschaftliche Qualität von Sozialforschung könnte man zwischen zweierlei Typen von Forschung unterscheiden. Die Einhaltung von wissenschaftlich-methodischen Minimalstandards ist ohne Zweifel auch von jener Forschung einzufordern, die man quasi als sozialwissenschaftliche "Anwendungs-" oder "Normalforschung" bezeichnen könnte, also dem wohl größeren Teil der in- und außerhalb der Universitäten laufend durchgeführten Auftrags- oder Eigenforschung, etwa auch im Rahmen von Diplomarbeiten und Dissertationen.

Mehr zu erwarten wäre jedoch von dem, was man als "sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung" bezeichnen könnte. Sie ist in erster Linie auf wissenschaftliche Fragestellungen gerichtet und zielt auch von vornherein darauf ab, die Erkenntnisse einem breiteren Fachpublikum mitzuteilen. Dies muß deswegen nicht notwendig heißen, daß sie keinen praktischen Anwendungsbereich haben kann; im Gegenteil, dieser kann oft sogar stärker sein als bei rein deskriptiv angelegter angewandter Forschung. Grundlagenforschung dieser Art sollte mehr als nur bescheidene Teilerkenntnisse liefern, sie sollte innovativ sein und neue Wege beschreiten, in inhaltlicher und methodischer Hinsicht umfassendere Erkenntnisse und Zusammenhänge erschließen.

Von zentraler Bedeutung für eine solche Grundlagenforschung ist auch eine fundierte, kontinuierlich weiterzuentwickelnde soziologische Theorie. Als entscheidend für die Bedeutung einer solchen ist aber der Grad, in welchem sie für empirische Forschung und praktische Fragen Relevanz besitzt, anzusehen.

Zu beurteilen, ob eine Forschung grundlegend und innovativ ist, ist sicher schwer. Als Anhaltspunkte dafür können Projekt-Publikationen in international renommierten Verlagen und Zeitschriften, Einladungen der Forscher zu Hauptvorträgen zu großen Kongressen, Interesse ausländischer Forschergruppen an Kooperationen, Anerkennungspreise aller Art usw. dienen.

Die Bedeutung des Praxisbezuges, der politisch-praktischen Bedeutsamkeit und der Öffentlichkeitswirksamkeit von Sozialforschung ergibt sich, wenn man Sozialforschung als Wissenschaft im Dienste der Gesellschaft und ihrer aktuellen Problemlagen versteht. Auch dieser Gesichtspunkt darf jedoch nicht überzogen werden: wie schon viele bedeutende Wissenschaftler feststellten, ist es letztlich eine gute Theorie, die den stärksten Praxisbezug aufweist. Praxisbezug sollte daher nicht nur im Sinne unmittelbarer "Anwendbarkeit" von Ergebnissen gesehen werden, sondern auch im Sinne eines komplexen Modells des Zusammenhangs von Sozialwissenschaft und sozialer Realität, in dem Wissenschaft nicht nur technokratisch verwertbares Wissen bereitstellt, sondern auch zu radikalen Infragestellungen herkömmlicher Anschauungen und Paradigmen und zu grundlegenden Neuorientierungen anregt.

2. Die jüngere Entwicklung und der aktuelle Stand der Sozialforschung in Österreich

2.1 Der Umfang der Sozialforschung im Vergleich zur Forschung in anderen Wissenschaftsbereichen

Zunächst ist zu fragen, wie sich die Forschungstätigkeit im Bereich der Sozialforschung im breiteren Sinne (die rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschung einschließend) in Österreich heute im Vergleich zu anderen Wissenschaftsdisziplinen darstellt. Eine systematische, zusammenfassende Übersicht über die für die Sozialforschung verfügbaren Mittel zu geben, ist aufgrund der Vielzahl der dafür relevanten Finanzierungsinstitutionen, Behörden, Institute usw. ohne umfassende Spezialrecherchen kaum möglich. Was hier präsentiert wird, sind Übersichten über bestimmte Finanzierungsinstitutionen jeweils für sich; daraus kann ein Gesamtbild abgeleitet werden. Da diese Finanzierungsinstitutionen allerdings die Sozialforschung im überwiegenden Maße finanzieren, besitzt dieser Überblick doch eine beträchtliche Aussagekraft.

Ausgaben des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF), der neben dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst die wichtigste Institution zur Finanzierung von Forschungsprojekten mit wissenschaftlichen Intentionen darstellt.

Tabelle 1

Die Entwicklung der Forschungsmittel für die Sozialwissenschaften beim Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung (FWF), 1987-1992

Jahr	Mittel für neubewilligte Forschungsprojekte		
	Insgesamt (in 1000 S)	davon für Sozialwissenschaften (in 1000 S)	in %
1987	292.140	17.164	5,8
1988	427.386	19.436	4,5
1989	368.558	15.038	4,0
1990	533.989	34.119	6,4
1991	448.980	19.406	4,3
1992	420.571	29.734	7,0

Quelle: Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung, Jahresberichte. Der Jahresbericht 1993 enthält keine Aufgliederung nach Disziplinen mehr.

Tabelle 1 zeigt, daß der Anteil der Sozialforschung beim FWF in den letzten Jahren etwa bei 4% bis 6% lag; in absoluten Zahlen bedeutete dies ein Forschungsvolumen von 20 bis 30 Millionen Schilling. Damit liegen die Sozialwissenschaften weit hinter den Natur- und Geisteswissenschaften und der Humanmedizin. Zieht man einzelne andere Fachdisziplinen zum Vergleich heran, so verfügten 1992 allein die beiden Naturwissenschaften Physik und Biologie über nahezu das doppelte, die Chemie (auf den naturwissenschaftlichen und medizinischen Fakultäten zusammen) sogar über das drei- bis vierfache Volumen der gesamten Sozialwissenschaften. Bei diesem Vergleich ist selbstverständlich die ungleich höhere Kostenintensität von naturwissenschaftlichen Forschungsprojekten durch apparative Ausstattungen zu berücksichtigen.

Der Fonds benachteiligt bei seiner Vergabe die Sozialwissenschaften keineswegs. Das Problem liegt zunächst einmal bei den Sozialwissenschaftlern selbst, die durchaus mehr Anträge stellen könnten, als sie es tatsächlich tun (vgl. dazu die Ausführungen des seinerzeitigen FWF-Referenten für die Sozialwissenschaften, Peter Gerlich, im FWF-Jahresbericht 1989, S. 34-35). Der strukturelle Hintergrund für dieses Verhalten mag allerdings darin liegen, daß man als freiberuflicher oder in einem nichtbeamten Arbeitsverhältnis stehender Sozialwissenschaftler sich den Arbeitsaufwand kaum leisten kann, einen umfangreichen Antrag auszuarbeiten, wenn dessen Annahmehandlungen gering sind. Für Lehrende an den Universitäten wiederum mag sich selbst der mit der Durchführung genehmigter Projekte verbundene Aufwand oft kaum lohnen, solange nicht die Möglichkeit besteht, auch für sich selber eine Freistellung von anderen laufenden Lehr- und Verwaltungsaufgaben zu erreichen.

Betrachtet man die von den Universitäten im Rahmen ihrer Teilrechtsfähigkeit insgesamt akquirierten und gemeldeten Drittmittel, so waren dies im Jahre 1991 immerhin rund öS 587 Mio., also mehr als der durch den FWF vergebene Betrag. Auf die Sozialwissenschaften entfielen davon nur 17 Millionen oder 3,8%. Im Hochschulbericht wird allerdings festgestellt, daß der größte Teil der teilrechtsfähigen Einrichtungen, welche überhaupt keine Rechnungsabschlüsse vorlegten, im Bereich der Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (neben der Theologie!) lag (BMWF 1993: 87). Da es eher unplausibel ist, daß die meisten Sozialwissenschaftler hier besonders lukrative Einnahmemöglichkeiten haben (vielleicht abgesehen von einigen wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Disziplinen), sodaß sie ihre Forschungsmittel seltener deklarieren, muß man hierin ein deutliches Indiz für die besondere Schwierigkeit sehen, für Sozialforschung finanzielle Mittel aus anderen als den normalen staatlichen Geldtöpfen zu gewinnen.

Diese Schwierigkeit ergibt sich aus zwei Gründen: Zum einen sind viele der typischen Fragestellungen der Sozialforschung auf Probleme und Bevölkerungsgruppen gerichtet, die über nur geringe "Zahlungsfähigkeit" und/oder politische Einflußmöglichkeiten verfügen; man denke hier an Gruppen wie Kinder, alleinerziehende Elternteile, berufstätige Mütter, Behinderte, Randgruppen; an soziale Probleme wie Armut, Drogenkonsum und andere Formen sozialer Abweichung usw. Zum anderen ist die Bedeutung sozialwissenschaftlicher Befunde oft erst mittel- und langfristig erkennbar und selbst dann nicht einzelnen Organisationen Interessentengruppen allein zurechenbar bzw. in deren ausschließlichem Interesse verwertbar. Dies gilt etwa für Studien über sozialstrukturelle Entwicklungen oder über den Wertwandel, für langfristig angelegte Replikations- und Panelstudien usw.

Was den FWF betrifft, so zeigt sich, daß dort selbst die historischen Wissenschaften noch erheblich mehr Förderungsmittel erhalten als die gesamte Sozialforschung; es waren dies 1992 etwa 46 Millionen, also nahezu um zwei Dritteln mehr als die gesamte rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschung zusammen. Dies ist dadurch zu erklären, daß das wissenschaftliche Personalkapazität in den historischen Wissenschaften seit jeher sehr groß ist.

Als dritte Quelle für die Beurteilung des Umfanges der Finanzierung sozialwissenschaftlicher Forschung in Österreich kann man schließlich die Ausgaben des Bundes für Forschung und Entwicklung betrachten (vgl. BMFWF, Hochschulbericht 1993, S. 273). Hier zeigt sich, daß im Jahre 1992 von rund öS 1,5 Mrd. Gesamtausgaben öS 243 Mio. auf die "Sozialwissenschaften" entfielen (worin offenkundig auch Wirtschafts- und Rechtswissenschaften inkludiert sind). Anteilmäßig waren dies rund 15% der gesamten Ausgaben. Problematisch erscheint dabei allerdings, daß seit 1990 der Anteil der Sozialwissenschaften in diesem Sinne weit weniger zugenommen zu haben scheint, als jener der meisten anderen Wissenschaften. Dies ist aber vielleicht auch nur ein Klassifikationsartefakt, da in der entsprechenden Tabelle die Kategorie "nicht zugeordnet" 1990 noch sehr viel größer war. Eine vorsichtige Schätzung des Anteils der Sozialwissenschaften im engeren Sinne würde also auch hier ergeben, daß auf sie etwa 5 % der vom Bund vergebenen Forschungsmittel entfallen - also wieder ein außerordentlich bescheidener Anteil!

Betrachten wir die Frage der Finanzierung als letztes schließlich von seiten der Sozialforscher selber; es geht hier also um die Frage, aus welchen finanziellen Quellen sie ihre Mittel hauptsächlich beziehen.

Tabelle 2 zeigt hierzu die wichtigsten Auftraggeber der Sozialforschungsprojekte der Universitätsinstitute in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und insgesamt. Die Daten zeigen wieder sehr deutlich, daß der Bund und seine Einrichtungen die herausragende Quelle für die Finanzierung von sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekten darstellen; für die sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Universitätsinstitute gilt dies schon in eingeschränkterem Maße, für alle Universitätsinstitute noch weniger (wenngleich die Daten in dieser Hinsicht nicht ganz vergleichbar sind). Bei vielen der letzteren (etwa technischen, naturwissenschaftlichen und medizinischen Instituten) sind ohne Zweifel Privatwirtschaft bzw. private Klienten vergleichsweise wichtigere und potenter Auftraggeber.

Tabelle 2

Die Auftraggeber von Sozialforschungsprojekten (1990-94) und Forschungsprojekten von Universitätsinstituten (1989-90), nach Auskunft der Projekte und Institute (Verteilung in %)

Auftraggebende Institution	Sozialforschungsprojekte (1)	Institute der sozial- und wirtschaftswissenschaftl. Fakultäten (2)	Alle Universitätsinstitute (3)
Bund u. Bundeseinrichtungen	61,2	*	*
Land u. Landeseinrichtungen	9,5	*	*
Gemeinden	10,7	*	*
Bund, Land und Gemeinden zusammen	81,4	24,7	20,5
Fonds zur Förderung der wissenschaftl. Forschung (FWF)	*	16,0	26,0
Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft (FFF)	*	1,3	3,0
Interessenvertretungen, Kammern	7,8	*	*
Wirtschaft	1,7	*	*
Kirche	2,9	*	*
Sonstige	6,2	44,7	38,3
Zusammen (Projekte gesamt)	100 (529)	100 (376)	100 (5494)

*) Kategorien fehlen

Quellen: (1) SOWIS, Wirtschaftsuniversität Wien; (2) und (3): BMFWF, Hochschulbericht 1993, Bd. 2, S.277 ff.

Als Fazit aus diesen globalen (und bei weitem nicht vollständigen) Daten über die Finanzierung der österreichischen Sozialwissenschaften ist (aus Sicht der Wissenschaft) festhalten, daß die Dotierung angesichts ihrer gesellschaftlich-politischen Aktualität noch unzureichend ist. Eine Verbesserung dieser Situation wird von den öffentlichen Forschungseinrichtungen

erwartet, da es offenkundig ist, daß nur diese bereit sind, Sozialforschung zu finanzieren, deren Resultate zum überwiegenden Teil als quasi "öffentliches Gut" betrachtet werden können.

2.2. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Sozialforschung im allgemeinen und der soziologischen Forschung im besonderen

Tabelle 3 zeigt die inhaltliche Aufgliederung nach Fachdisziplinen, dargestellt nach den vom Fonds bewilligten Projekten. Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung steht mit etwa einem Viertel des gesamten Förderungsvolumens an der Spitze, allerdings knapp gefolgt mit 15% von der Soziologie. In letzter Zeit haben auch die Rechtswissenschaft und die Ethnologie stark aufgeholt, jedoch kann es sich dabei auch nur um vorübergehende Spitzenwerte handeln (wie auch der überproportional hohe Anteil der Soziologie mit 30% im Jahre 1990 zeigt).

Die Stellung der soziologischen Forschung muß nach diesen Daten als überraschend stark bezeichnet werden. Denn Sozialwissenschaften wie die Nationalökonomie, Rechts- und Politikwissenschaften können aufgrund ihrer hohen politisch-praktischen "Verwertbarkeit" als Lieferanten technokratisch-planerischen Basis- bzw. Legitimationswissens nahezu kontinuierlich mit öffentlichem Interesse (und der Bereitschaft, dafür Geldmittel zur Verfügung zu stellen) rechnen.

Tabelle 3

Die Verteilung der vom Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung vergebenen Mittel für Forschungsprojekte nach Disziplinen innerhalb der Sozialwissenschaften, 1990-1992

Disziplin	1990	1991	1992
Politische Wissenschaften	6,5	17,3	14,4
Rechtswissenschaften	7,4	11,9	15,0
Wirtschaftswissenschaften	32,9	28,2	23,8
Soziologie	29,6	15,4	16,0
Ethnologie, Volkskunde	6,9	16,3	18,6
Raumplanung	1,0	0,8	0,5
Angewandte Statistik	0	1,4	3,7
Sonstige	15,4	8,6	7,7
Zusammen (Absolut in 1.000 S)	100,0 (34.119)	100,0 (19.406)	100,0 (29.734)

Quelle: Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung, Jahresbericht 1992, Wien 1993, Tab. 15, S. 31.

Der - relativ betrachtet - hohe Anteil soziologischer Forschung im engeren Sinne steht ohne Zweifel in Zusammenhang mit der bekannten Tatsache, daß die Soziologie im Vergleich zu benachbarten Disziplinen sich seit jeher durch eine starke empirische Ausrichtung und Fundierung ausgezeichnet hat. Dies unterscheidet sie etwa deutlich von der starken Theorie- und Modellastigkeit der klassischen Nationalökonomie oder von der zwar nicht notwendigen, im deutschen Sprachraum aber noch weithin bestehenden Ausrichtung der Rechtswissenschaften an der Interpretation und Auslegung juristischer Dogmen und Texte. Zudem entlehnt eine in jüngster Zeit stark expandierende Disziplin wie die Betriebswirtschaftslehre in zentralen Bereichen ihrer Forschung und Lehre (etwa dem Marketing, der Unternehmensführung) Fragestellungen, Theorien und Methoden zu einem guten Teil der Soziologie. Die hohe wissenschaftliche Produktivität der Sozialwissenschaften bzw. der Soziologie kann auch direkt durch eine vergleichende Betrachtung der wissenschaftlichen Publikationstätigkeit der Universitätsinstitute belegt werden.

Tabelle 4 beruht auf den Berichten der Institutsvorstände über die Zahl der veröffentlichten Bücher und Zeitschriftenartikel pro Mitarbeiter sowie die Zahl der Tagungsteilnahmen aller Institutsangehörigen.

Die Daten zeigen, daß die soziologischen Institute hinsichtlich ihrer Publikationstätigkeit im Vergleich zu den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften mit wenigen Ausnahmen hervorragend abschneiden: im statistischen Durchschnitt hat etwa jeder zweite Soziologe in den größeren Instituten Wien, Linz und Graz im Berichtsjahr ein Buch veröffentlicht und zwei bis vier wissenschaftliche Zeitschriftenbeiträge publiziert. Diese Werte liegen fast durchwegs höher als jene der Vergleichsdisziplinen. Unter Berücksichtigung der absoluten Zahlen der Institutsangehörigen schneidet die Soziologie ebenfalls sehr gut ab. Bei den zum Teil deutlich niedrigeren Werten für die betriebswirtschaftlichen Institute ist allerdings zu berücksichtigen, daß diese aufgrund der hohen Studentenzahlen eine erheblich höhere Lehr- und Prü-fungsbelastung haben als die Soziologen.

Tabelle 4

Indikatoren für die wissenschaftliche Produktivität der universitären Institute für Soziologie im Vergleich zu den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften (Studienjahr 1990/91)

Fachrichtungen der Institute	Anzahl der wissensch. Bediensteten insgesamt	Veröffentlichte Bücher pro wissenschaftl. Mitarbeiter	Veröffentl. Zeitschriftenbeiträge pro wiss. Mitarb.	Tagungs-teilnahmen gesamt
Universität Wien				
Rechtswissenschaftl. Fakultät	143	0,3*	3,3*	21,9*
SOWI-Fakultät:				
Wirtschaftswissenschaften	21	0,4	2,1	123
Betriebswirtschaftslehre	13	0,2	2,0	10
Soziologie (SOWI-Fakultät)	17	0,5	2,8	56
Soziologie (GRUWI-Fakultät)	13	0,6	4,8	46
Universität Graz				
Volkswirtschaftslehre	14	0,3	1,2	49
Betriebswirtschaftl. Institute	38	0,2**	1,2**	21**
Soziologie	13	0,4	2,2	43
Soziologie an der				
Universität Linz	18	0,7	1,8	81
Universität Klagenfurt	6	0,3	1,5	27
Universität Salzburg	3	0,0	2,0	7
Universität Innsbruck	6	0,2	1,0	7
Wirtschaftsuniversität Wien	10	0,5	1,5	27
Technische Universität Wien				
Inst. f. Technik u. Gesellschaft	3	0,3	0,7	10

*) Durchschnitt von 12 Instituten

**) Durchschnitt von 9 Instituten

Quelle: Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Arbeitsberichte der Institutsvorstände gem. § 95 UOG über das Studienjahr 1990/91, Wien 1992

Vier Bereiche der Sozialforschung scheinen durch die österreichische Soziologie heute - gemessen an Buchpublikationen - am besten abgedeckt, nämlich die Bereiche "Wirtschaft, Arbeit-Beruf, Organisation", "Soziale Probleme, Gesundheit, Medizin", der Bereich "Politik, Recht, Planung" und der Bereich "Allgemeines, Einführungen, Theorie, Wissenschaftssoziologie".

Betrachtet man etwas genauer, um welche Schwerpunkte innerhalb dieser z.T. sehr breiten Bereiche es sich hauptsächlich handelt, so sind dies:

- Forschungen und Publikationen zum technischen Wandel und seinen Folgen; sie wurden einerseits von Autoren durchgeführt, die den Gewerkschaften und Arbeiterkammern nahestehen, andererseits im Rahmen neuer Lehrstühle bzw. Institute vor allem an der Technischen Universität Wien, am Institut für Höhere Studien bzw. am Institut für sozioökonomische Entwicklungsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften tätig sind;
- Studien über die Interessenverbände von Unternehmern und Gewerkschaften, sowie der Bereich der Arbeitsmarktforschung, der vor allem Unterstützung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales erfährt; zu nennen sind hier beispielsweise die Abteilung Soziologie des Instituts für Höhere Studien oder das Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung.

Im Sammelbereich "Soziale Probleme usw." ragen hervor:

- Studien zur Medizinsoziologie und zur Soziologie des Gesundheitswesens und der Gesundheitsberufe; diese Forschungstradition, begründet u.a. durch den inzwischen verstorbenen, namhaften Sozialpsychologen und -psychiater Hans Strotzka, hat vor allem im Ludwig-Boltzmann Institut für Medizinsoziologie zu einer umfangreichen Forschungstätigkeit geführt.
- Im Bereich "Allgemeines, Einführungen, Theorie" sind eine Reihe von Buchpublikationen zur soziologischen Theorie, Wissenschaftslehre und Theoriegeschichte bemerkenswert; dazu gehören auch mehrere Einführungen in die Soziologie und soziologische Theorie, die - angesichts der Nachfrage im Rahmen der bestehenden soziologischen Lehrpläne - aus didaktischen Gründen erarbeitet wurden.
- Im Bereich "Politik, Recht, Planung" sind Publikationen zur Stadtplanung und zur Soziologie des Wohnens sowie zur Sozialpolitik, insbesondere aus dem Europäischen Zentrum für Wohlfahrtsforschung auszuführen.

An nächster Stelle folgen "Kultur und Kunst" sowie "Bildung, Wissenschaft" mit den folgenden spezifischen Schwerpunkten:

- Im Bereich "Kultur, Kunst, Medien" sind Studien zu Religion und Wertwandel sowie zur Soziologie der Kunst und Musik anzuführen.

- Im Bereich "Bildung, Wissenschaft" sind als Schwerpunkte Arbeiten zur Bildungs- und Universitätssoziologie im internationalen Vergleich sowie zur Soziologie der Wissenschaft bemerkenswert.
- Einen Schwerpunkt soziologisch-sozialwissenschaftlichen Forschung in den 80er Jahren bildete, wenn er auch zahlenmäßig nicht so hervortritt, der Bereich der Sozialstrukturanalyse.

Weitere Aufschlüsse über die Forschungstätigkeit der österreichischen Sozialwissenschaftler liefert ein Überblick über die von ihnen durchgeführten, geförderten Forschungsprojekte, von denen ja keineswegs alle zu einer Buchpublikation führen müssen.

Tabelle 5 enthält Daten über die im Zeitraum 1990 bis 31.1.1994 bearbeiteten Forschungsprojekte. Diese Daten werden von der Sozialwissenschaftlichen Informationsstelle SOWIS an der Wirtschaftsuniversität Wien gesammelt und ausgewertet.

Die Tabelle zeigt zunächst das auf den ersten Blick überraschende Ergebnis, daß soziologische Projekte im engeren Sinne nur die relative Mehrheit (36,2%) aller Forschungsprojekte ausmachen. Dies erklärt sich u.a. daraus, daß zur Spezifikation eines Projektes mehr als ein Fachbereich genannt werden konnte, und viele Projekte im Schnittpunkt mehrerer Disziplinen stehen. Man kann aus diesen Daten immerhin darauf schließen, daß Soziologen in erheblichem Ausmaße interdisziplinär arbeiten. Als besonders gewichtig erscheinen hierbei die Bereiche der Sozialpolitik, der Wirtschaft im weitesten Sinne, sowie die Politik- und Erziehungswissenschaften.

Tabelle 5

Verteilung der Forschungsprojekte soziologischer Institute in Österreich 1990 - 1994 nach Disziplinen bzw. inhaltlichen Schwerpunkten (in %; N=529)

	%
Soziologie	36,2
Sozialpolitik	10,4
Politikwissenschaft, Politik	7,1
Wirtschaft, Wirtschaftsgeschichte	6,7
Arbeit, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung	6,4
Erziehungswissenschaft, Pädagogik, Bildungsforschung	6,3
Umwelt	4,5
Technologie, Technikfolgen	4,1
Methoden der Sozialwissenschaften	4,0
Psychologie, Sozialpsychologie	3,0
Kommunikationswissenschaft, Publizistik	2,7
Jugendforschung	2,6
Andere (Geisteswissenschaften, Ethnologie, Recht, Regionalforschung, Sozialgeschichte)	5,9

Quelle: SOWIS - Sozialwissenschaftliche Informationsstelle an der Wirtschaftsuniversität Wien. Als "soziologische Institute" gelten alle Institute, die SoziologInnen beschäftigen.

In bezug auf die der Soziologie im engeren Sinn zugeordneten Projekte wurde auch deren soziologische Fachteilgebiete erfaßt (vgl. Tabelle 6). Trotz der zum Teil abweichenden Klassifizierung kann man erkennen, daß hier eine recht große Übereinstimmung mit den Arbeitsschwerpunkten besteht, wie sie die Buchpublikationen zeigen.

Tabelle 6

Verteilung der soziologischen Forschungsprojekte soziologischer Institute in Österreich 1990 - 1994 nach inhaltlichen Bereichen (in %)

	%
Industrie-, Betriebs- und Berufssoziologie, Wirtschaftssoziologie (wirtschaftliches Handeln, Konsum, Marktsoziologie)	12,5
Medizinsoziologie	12,1
Kultur- und Kunstsoziologie (bildende Kunst, Literatur, Theater, Musik, Mode)	10,7
Familien-, Jugend- und Alterssoziologie, Freizeitsoziologie	10,0
Gesamtgesellschaftliche Analysen (soziales System, Sozialstruktur, Schichtung und Mobilität, soziale Normen und Werte, sozialer Wandel)	10,0
Problemgruppen, soziale Konflikte, Minderheiten, Randgruppen, Integration	8,2
Bildungssoziologie, pädagogische Soziologie	5,0
Kriminal- und Rechtssoziologie, abweichendes Verhalten	5,0
Stadt-, Gemeinde- und Regionalsoziologie	5,0
Wissenschafts- und Wissenssoziologie	5,0
Politische Soziologie (Parteien, Wahlen, Macht, Herrschaft)	3,9
Demographie	2,8
Religions- und Kirchensoziologie	2,8
Andere (Agrarsoziologie, Organisationssoziologie, Sportsoziologie, Sprachsoziologie, Verkehrsssoziologie, Entwicklungsländer)	7,0

Quelle: SOWIS - Sozialwissenschaftliche Informationsstelle an der Wirtschaftsuniversität Wien. Als "soziologische Institute" gelten alle Institute, die SoziologInnen beschäftigen.

Am stärksten ist auch hier der Bereich der Wirtschaftssoziologie im weitesten Sinne vertreten. Dies hängt sicherlich auch damit zusammen, daß die meisten universitären Soziologieinstitute in Österreich heute an sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten vor allem auch als Unterstützungsinstitute für die Ausbildung in den Wirtschafts- und Betriebswissenschaften eingerichtet sind und dementsprechend Forschungsschwerpunkte in diesem Bereich aufweisen. Dies gilt etwa für die soziologischen Institute der Universitäten Wien und Innsbruck sowie der Wirtschaftsuniversität Wien.

Weitere Schwerpunkte der aktuell durchgeführten Forschungsprojekte liegen in der Medizinsoziologie, der Kunst- und Kulturosoziologie sowie im Bereich gesamtgesellschaftlicher Analysen zu sozialen Strukturen und soziokulturellem Wandel. All dies scheinen Bereiche zu sein, in denen an verschiedenen universitären, aber auch außeruniversitären Instituten (wie dem Institut für Höhere Studien oder den Ludwig Boltzmann-Instituten) inzwischen erhebliches Know-how und personelle Ressourcen aufgebaut und international beachtete Publikationen vorgelegt wurden. Dies gilt aber auch für mehrere etwas schwächer vertretenen Bereiche, wie die Bildungs- und Rechtssoziologie, die Wissenschaftssoziologie, die Religionssoziologie oder die Demographie und Stadtforschung.

Ein Vergleich dieser Schwerpunktbildung mit der entsprechenden Darstellung für die ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte zeigt interessante Ergebnisse: Rosenmayr (1969) diagnostizierte damals als Schwerpunkte der österreichischen Sozialforschung die Bereiche Kirche und Religion, Großstadt und Familie, Jugend und Bildung, Regional- und Raumplanung, Beruf und Freizeit; starke Defizite sah er gegeben in den Bereichen der politischen Soziologie, der Industrie- und Betriebssoziologie, der Soziologie des Gesundheitswesens, der Massenkommunikation und der Rechtssoziologie.

Die Gegenüberstellung zeigt, daß in den meisten der früheren Defizitbereiche inzwischen in der Tat erhebliche Aufholprozesse stattgefunden haben; so insbesondere im Bereich Wirtschaft im weitesten Sinne, in der Medizin- und Gesundheitssoziologie und in der politischen Soziologie, zu welcher auch die inzwischen sehr umfangreiche und bedeutende politikwissenschaftliche Forschung zu zählen wäre.

Als weiterhin bestehende Defizite der aktuellen Forschung in Österreich erscheinen nach diesem Überblick die Bereiche der Rechtssoziologie, der sozialen Probleme und der Massenkommunikation; auch die Sozialstrukturanalyse konnte die intensiven Studien, die Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre vor allem am Institut für Höhere Studien durchgeführt worden sind, nicht kontinuierlich weiterführen.

3. Stärken und Schwächen der heutigen Situation

Was die inhaltliche Breite der Sozialforschung betrifft, ist auf jeden Fall eine sehr deutliche Verbesserung gegenüber der Situation vor zwei Jahrzehnten eingetreten. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Sozialforschung hängen immer auch sehr eng mit ihrer organisatorisch-institutionellen Verankerung zusammen. Erst durch eine solche wird eine gewisse Schwelle überschritten, ab der sich Basisinvestitionen und -ressourcen wirklich auszuzahlen beginnen. Solche Basisinvestitionen stellen nicht nur Bibliotheken, Datenbanken und andere organisatorische und technische Infrastruktureinrichtungen dar, sondern vor allem auch ein wissenschaftliches "Humankapital", also das wissenschaftlich-methodische Know-how einer ausreichenden Anzahl von qualifizierten und motivierten Forschern, für dessen Aufbau zumindest ein Zeitraum von vier bis fünf Jahren zu veranschlagen ist.

Betrachtet man die Situation der heutigen österreichischen Sozialforschung, so liegt in verschiedenen Bereichen eine relativ gute organisatorisch-personelle wissenschaftliche Institutionalisierung in diesem Sinne. Zu nennen sind hier etwa die größeren soziologischen Institute an den Universitäten Wien, Graz und Linz; die sozialwissenschaftlichen Institute der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, u.a. die Institute für sozio-ökonomische Entwicklungsforschung, Institut für Demographie, Institut für Stadt- und Regionalforschung, der Ludwig Boltzmann-Gesellschaft (bei manchen von diesen stellt sich allerdings auch die Problematik der kritischen Größe). Zu nennen sind hier - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - auch neuere, z.T. noch im Aufbau begriffene Institute wie WISDOM (Wiener Institut für Sozialwissenschaftliche Dokumentation und Methodik), das durch die Sammlung und Dokumentation sozialwissenschaftlicher Datensätze und methodische Grundlagenforschung wichtige Serviceleistungen für die Sozialforschung insgesamt erbringt; oder das Interdisziplinäre Forschungszentrum Sozialwissenschaften, das sich vor allem auf die Organisation internationaler Publikationen und Konferenzen konzentriert.

Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang auch die österreichischen sozialwissenschaftlichen Zeitschriften, die eine sehr wichtige Rolle für die Verbreitung soziologischer Befunde unter dem Fachpublikum, für die Motivierung der Forscher zur Ausarbeitung von prägnanten Fassungen ihrer Forschungsergebnisse und für die Sichtbarmachung der österreichischen Sozialforschung im internationalen Kontext spielen. Zu nennen sind hier insbesondere vier im gesamten deutschen

Sprachraum renommierte Zeitschriften: die Österreichische Zeitschrift für Soziologie, die Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, das Journal für Sozialforschung und die SWS-Rundschau.

Bei einigen Institutionen sind in den letzten Jahren Einschränkungen der Ressourcen vorgenommen worden, wie etwa bei der Abteilung Soziologe des Instituts für Höhere Studien, dem Institut für Kriminal- und Rechtssoziologie oder im Bereich Stadt- und Wohnbauforschung.

Diese Einschränkung sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitutionen trägt mit zum Trend zu einer Aufsplitterung der Forschungstätigkeit in kleine und kleinste organisatorische Einheiten bei; für diese ist es kaum möglich, eine Minimalschwelle zu überschreiten, ab der erst wirklich anspruchsvolle wissenschaftliche Forschung geleistet werden kann.

Ein Teilausschnitt der außeruniversitären Forschungslandschaft zeigt weiters, daß eine starke Wien-Zentrierung innerhalb der empirischen Sozialforschung gegeben ist, die schon die seinerzeitige umfassende IHS-Studie über sozialwissenschaftliche Forschung in Österreich festgestellt hatte (Knorr/Haller/Zilian 1981:16 f.). Durch die universitären Soziologieinstitute wird diese Einseitigkeit nur teilweise ausgeglichen; die vier Wiener Institute haben 43 wissenschaftliche Mitarbeiter, die fünf Institute außerhalb Wiens 46. Es zeigt sich aber auch wieder die extreme Kleinheit vieler Forschungsinstitute: 10 der 30 Institute haben nur einen oder zwei Mitarbeiter, etwa die Hälfte hat bis maximal fünf Mitarbeiter. Die tatsächliche Situation mag noch stärker in Richtung auf Kleininstitute ausgeprägt sein. Denn zum einen ist anzunehmen, daß in der vorliegenden "Schnell-Erhebung" gerade die Klein- und Kleinstinstitute am wenigsten vollständig erfaßt wurden, sodaß hier u.U. noch eine nicht unerhebliche Anzahl hinzurechnen wäre. Zum anderen sind de facto auch größere Institute (wie etwa die größeren soziologischen Universitätsinstitute in Wien, Graz und Linz) oft noch rechtlich oder de facto in Abteilungen untergliedert wenn nicht gar manche ihrer Mitarbeit als nahezu völlig für sich arbeitende Einzelforscher tätig sind.

Bezieht man auch noch die in der Übersicht nicht enthaltenen soziologischen Universitätsinstitute ein, von denen die vier größeren (an den Universitäten Graz, Linz und zweimal Wien) 1990/91 je etwa 15 wissenschaftliche Mitarbeiter hatten, die sechs kleineren (an den Universitäten Klagenfurt, Innsbruck, Salzburg, TU und Hochschule für darstellende Kunst Wien je etwa 5), so

kommt man auf eine Durchschnittsgröße der soziologischen Forschungsinstitute von nicht viel mehr als 5 Mitarbeitern; auch dies entspricht recht genau der schon vor rund 20 Jahren festgestellten Struktur. Als Gesamtzahl der in der österreichischen Sozialforschung derzeit tätigen Wissenschaftler würde sich nach dieser Schätzung eine Zahl von ungefähr 240 Personen ergeben, wovon etwa ein knappes Drittel an den Universitäten tätig ist.

Besonders klein sind die Institute der Ludwig Boltzmann-Gesellschaft (vgl. Ludwig Boltzmann-Gesellschaft, Geschäftsbericht 1993), die in diesem Zusammenhang ebenfalls wichtig ist, da sie einen Schwerpunkt u.a. im Bereich der Gesellschaftswissenschaften besitzt. Von den 12 im engeren Sinne sozialwissenschaftlichen Ludwig Boltzmann-Instituten verfügen fünf über keine fest angestellten Mitarbeiter; nur eines (das Institut für Medizin- und Gesundheitssoziologie) über elf Mitarbeiter. Den etwa 100 Instituten der Boltzmann-Gesellschaft stehen insgesamt rund öS 80 Mio. zur Verfügung (die Summe ergibt sich aus Aufaddierung der verschiedenen größeren Zuschüsse, die im Jahresbericht explizit angeführt werden), was pro Institut einen Betrag von ca. öS 800.000,-- ausmacht. Zur Begründung dieser extrem schwachen Dotierung ist allerdings anzuführen, daß es explizite Zielsetzung der L. Boltzmann-Gesellschaft ist, Institute durch Partnerschaftsverträge in bereits bestehende Institutionen einzugliedern, und Leiter zu bestellen, die in diesen Institutionen Stellen innehaben, wodurch natürlich Kosten minimiert werden können.

Warum ist die stark einseitige Verteilung der sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute in Österreich problematisch? Erstens deshalb, weil damit eine starke Anfälligkeit für kurzfristige Schwankungen im verfügbaren Auftragsvolumen gegeben ist, was zu einem kontinuierlichen kommerziellen Erwerbsdruck auf die Mitarbeiter führt und die Herausarbeitung längerfristiger Forschungsprogramme und wissenschaftlich anspruchsvoller Publikationen unmöglich macht. Eine weitere negative Folge ist die mangelhafte Koordinierung und Kommunikation zwischen den Instituten und Forschern und allgemein eine unzureichende Fähigkeit, so etwas wie eine "kommunikative Kultur" aufzubauen (Fleck/Nowotny 1993:111), die etwa im Wien der Zwischenkriegszeit eine außerordentlich bedeutende Rolle für die Herausbildung von nachmals weltberühmt gewordenen wissenschaftlichen Schulen (in der Nationalökonomie, Philosophie, Psychologie usw.) gespielt hat.

Die Aufsplinterung der österreichischen Sozialforschung ist u.a. auch auf eine gewisse Zersplinterung der Forschungsaktivitäten an den Universitäten zurückzuführen. Diese entsteht zum einen als Folge der Möglichkeit frühzeitiger Pragmatisierung von Hochschulassistenten, wodurch diesen zwar keineswegs die generelle Leistungsmotivation abhanden kommen muß, wohl aber der Druck und das Interesse, sich an größeren Forschungen zu beteiligen, die z.B. international kompetitiv angelegt sind. Dies ist in aller Regel nur in größeren personellen Arbeitskontexten möglich. Sie ist zum anderen vielleicht auch ein Begleitaspekt einer generellen Änderung in den Einstellungen junger Menschen zu Studium und Beruf. Hier herrscht der Eindruck, daß heute Studierende (etwa bei der Wahl ihrer Diplomarbeit) ein unbedingt originelles oder auch sie persönlich berührendes Thema bearbeiten zu müssen glauben, anstatt angebotene Möglichkeiten zur Kooperation in größeren Forschungskontexten anzunehmen, in denen der Lerneffekt (aufgrund engerer Kooperation mit erfahrenen Forschern) in aller Regel sicherlich größer wäre.

Literaturauswahl:

BMFWF - Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (1993), Hochschulbericht 1993, Band 1 und Band 2, Wien

BMFWF - Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (1994), Forschungsbericht 1994, Wien

BMFWF - Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (1992), Arbeitsberichte der Institutsvorstände 1990/91, Wien

Fleck, Christian/Nowotny, Helga (1993), "A marginal discipline in the making: Austrian sociology in a European context", in: B. Nedelmann/P. Sztompka, eds., *Sociology in Europe. In search of identity*, Berlin/New York: W. de Gruyter

Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung, Jahresberichte (erscheinen jährlich), Wien: FWF

Forum Sozialforschung (1992), Perspektiven in der Forschungspolitik: Forschungsförderung und außeruniversitärer Bereich (Protokoll einer Podiumsdiskussion), hektographierter Bericht, Wien

Haller, Max (1984), "Forschungsnotizen. Schwerpunkte und Lücken sozialwissenschaftlicher Forschung in Österreich. Plädoyer für die Einführung einer regelmäßigen sozialwissenschaftlichen Umfrage", in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 9:149-155

Haller, Max (1986), "Universitätsassistenten - wissenschaftliche Beamte mit 28 Jahren? Ein Plädoyer für ein offenes und wettbewerbsorientiertes akademisches Karrieresystem", in: Österreichische Hochschulzeitung 38:9-10

Haller, Max (1987), "Empirische Sozialforschung als Basis für die gesellschaftliche Relevanz der Soziologie", in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 12:11-17

Haller, Max (1990), "Pläoyer für eine europäische Sozialforschung", in: ZUMA-Nachrichten 14:21-24

Haller, Max (1992), Buchpublikationen österreichischer Soziologen und Soziologinnen, 1981-1991, zusammengestellt im Auftrag der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie, Wien: Österreichische Gesellschaft für Soziologie

Haller, Max/K. Knorr/H.G. Zilian (1981), Sozialwissenschaftliche Forschung in Österreich. Produktionsbedingungen und Verwertungszusammenhänge, Wien: Verlag für Jugend und Volk

König, René, Hrsg. (1973), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd.1: Geschichte und Grundprobleme, Stuttgart: Enke

Knorr, Karin/Max Haller/Hans-Georg Zilian (1981), Sozialwissenschaftliche Forschung in Österreich. Produktionsbedingungen und Verwertungszusammenhänge, Wien: Jugend & Volk

Luhmann, Niklas (1983), "Interdisziplinäre Theoriebildung in den Sozialwissenschaften", in: C. Schneider, Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Beispiele, Kritik, Vorschläge, Weinheim: Verlag Chemie

Österreichische Akademie der Wissenschaften, Almanach 1993/94, 144. Jahrgang, Wien 1994

Profil extra "Universitäten '94", 4. Jg., Nr. 2, September 1994

Rhode, Barbara (1994), "Die Sozialwissenschaften als neuer Schwerpunkt der Forschungsförderung in der Europäischen Union", FWF-Sozialforschung 1/1994, S.3-6

Rosenmayr, Leopold (1969), "Die Institutionalisierung der soziologischen Forschung in Österreich", in: L. Rosenmayr/S. Höllinger, Hrsg., Soziologie - Forschung in Österreich. Methoden, theoretische Konzepte, praktische Verwertung, Wien/Köln/Graz: Böhlau, S. 47-73

C) Forschungsförderung im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften durch das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Bei der Formulierung eines staatlichen Förderungsprogrammes für die Sozial- und Geisteswissenschaften empfiehlt es sich, nach anderen Gesichtspunkten vorzugehen, als dies in den Technischen und Naturwissenschaften üblich ist. Dies hat vor allem mit dem besonderen Charakter der Sozial- und Geisteswissenschaften zu tun, mit der Vielfalt ihrer Methoden und ihrer disziplinären Ausdifferenzierung, und mit den an sie herangetragenen Anforderungen und ihrem eigenen Geltungsanspruch. Diese Wissenschaften sind ihrem Selbstverständnis nach genauso wie andere Wissenschaften dem Prinzip der Rationalität verpflichtet, aber stärker als bei anderen wird in ihnen eine außerwissenschaftliche Prätention und ein gesellschaftlicher Erwartungsdruck wirksam. Insbesondere die Geisteswissenschaften sind auch als Teil der Humanität, der Bildung, des Identitätsbewußtseins, der privaten wie öffentlichen Praxis zu sehen, die der Orientierung und Problembewältigung in der historischen, menschlichen Welt dienen.

Die unterschiedliche institutionelle Ausformung und Einbettung in das Feld wissenschaftlicher Institutionen ergeben für die Forschungsförderung der Sozialwissenschaften ein anderes Bild als für jene der Geisteswissenschaften. Die geisteswissenschaftliche Forschung ist traditionellerweise stärker in das System der Universitäten eingebunden als die Sozialwissenschaften im engeren Sinne. Während in den letzten 25 Jahren im Bereich der Sozialwissenschaften die Forschungskapazitäten verstärkt auf dem außeruniversitären Sektor ausgebaut wurden und damit eine Forschungsförderung im Sinne des § 9 des FOG (Basissubvention) wirksam eingesetzt werden konnte, konzentriert sich die geisteswissenschaftliche Forschung, von einigen Ausnahmen abgesehen, personell wie institutionell nach wie vor auf die Universitäten.

Zur Abdeckung von strategischen Defiziten in der Forschungslandschaft hat das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst die Möglichkeit der Vergabe von Forschungsaufträgen, die sowohl punktuell als auch strukturell in Form von Forschungsschwerpunkten und Forschungsprogrammen eingesetzt werden können. Im Rahmen der Auftragsforschung nach § 12 FOG vergibt das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst unter Konzentration auf bestimmte Forschungsschwerpunkte Forschungsaufträge, um gezielt Forschungsaktivitäten in jenen Bereichen zu stimulieren, in denen forschungs- und wissenschafts-

politische Desiderata bestehen und die von gesellschaftspolitischer Relevanz sind.

Die Vorschläge für die Erteilung von Forschungsaufträgen haben zusätzlich folgende Kriterien zu erfüllen: Ausgehend von der Einbringung neuer Frage- oder Problemstellungen sollen Perspektiven zum Stand der Forschung eröffnet werden. Dies kann mittels Entwicklung eines innovativen Methodeninstrumentariums, eines disziplinen-übergreifenden Forschungsdesigns bzw. der Integration inter- und multidisziplinärer Komponenten sowie dem Auf- und Ausbau von Forschungskooperationen, bevorzugt mit internationalen Partnern, erfolgen. Problemlösungsansätze und Umsetzbarkeit der erzielten Forschungsergebnisse sollten nicht außer acht gelassen werden.

1. Internationale Forschungskooperation

1.1. Das 4. Rahmenprogramm der EU 1994-1998

Seit 1. Jänner 1995 ist Österreich Mitglied der Europäischen Union und somit ein gleichwertiger Partner im Bereich der gemeinschaftlichen Forschungs- und Technologieaktivitäten. In den wissenschaftlichen Forschungsprogrammen der EU werden die Ziele und Prioritäten der Forschungsförderung für einen Zeitraum von fünf Jahren festgelegt. In diesem Zusammenhang wurde im April 1994 das 4. Rahmenprogramm der EU formell verabschiedet.

Die gemeinschaftlichen Forschungsprogramme sollen wesentlich dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und die technischen bzw. wissenschaftlichen Grundlagen (Know-how) zu verbessern und die Gemeinschaftspolitik zu stärken. Durch grenzüberschreitende Forschungsaktivitäten beabsichtigt die EU das Synergiepotential der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in Europa neu zu mobilisieren und die Forschungskooperation zwischen den europäischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu verstärken.

Teilnahmeberechtigt an den Forschungsprogrammen der EU sind Universitätsinstitute, Forschungseinrichtungen, Gewerbe- und Industriebetriebe mit eigener Forschung und kleine und mittlere Unternehmen mit geringer bzw. ohne eigene Forschung.

Finanzieller Förderungsplan der EU:***Projekte auf Kostenteilungsbasis (shared cost projects)***

Hiebei wird von der EU ein gewisser Prozentsatz der tatsächlichen Forschungskosten des Projektes erstattet, und zwar max. 50% der Projektvollkosten für Unternehmen bzw. 100% der Zusatzkosten an Institutionen ohne Vollkostenrechnung (wie z. B. universitäre Einrichtungen).

Konzertierte Aktionen (concerted actions)

Durch konzertierte Aktionen wird die internationale Koordination von Forschungsprojekten und -aktivitäten gefördert, die in den beteiligten Ländern national finanziert werden. Die EU zahlt somit nicht die tatsächlichen Forschungskosten, sondern bis zu 100% der Koordinierungskosten wie etwa Besprechungs- und Reisespesen, kurzzeitigen Personalaustausch, Auswertung und Publikation der Ergebnisse und Verwaltungskosten; für die tatsächlichen Forschungskosten des Projekts müssen nationale Fördermittel in Anspruch genommen werden.

Nationale Finanzierungsquellen für EU-Projekte:

Der FFF (Forschungsförderungsfond der gewerblichen Wirtschaft) gewährt Zuschüsse von bis zu 60% der Kosten (max. öS 250.000,--) an kleine und mittlere Unternehmen und der FWF (Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung) finanziert Reise- und Aufenthaltskosten, max. eine Woche pro Jahr, zur Vorbereitung von EU-Projekten.

Das Sozio-ökonomische Forschungsprogramm

Das Forschungsprogramm "targeted socio-economic research/sozio-ökonomische Schwerpunkt-forschung" stellt eine Novität innerhalb der EU Rahmenprogramme dar. Mit diesem Programm soll die gesellschaftliche Integration neuer Technologien gefördert werden. Weiters geht es um die Prognose zukünftiger gesellschaftlicher Schwerpunktsetzungen als Maßnahme der Politikberatung. Es enthält drei große Forschungsbereiche:

Bewertung der wissenschafts- und technologiepolitischen Optionen:

- Erarbeitung konkreter Analysedaten, mit denen die Stärken und Schwächen im Bereich Forschung, Technologie und Entwicklung in Europa im Verhältnis zu anderen Regionen der Welt beurteilt werden können.
- Verhältnis zwischen den kurz- und mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Forderungen und

Entwicklungen bzw. den sozialen Veränderungen und den neuen Entwicklungen in Wissenschaft und Forschung

- Methoden und Zugänge für die Erarbeitung, Kontrolle und Evaluierung von Wissenschafts- und Technologiepolitik
- Horizontale und unterstützende Aktivitäten

Forschungsarbeiten über das allgemeine und berufliche Bildungswesen

- Effektivität von Politik bzw. Maßnahmen
- Europäische Dimension und Vielfalt
- Methoden, Instrumentarien und Technologie: Qualität und Innovation im allgemeinen und beruflichen Bildungswesen
- Allgemeines und berufliches Bildungswesen und wirtschaftliche Entwicklung.

Forschungsarbeiten über soziale Integration und soziale Ausgrenzung in Europa:

- Formen und Abläufe sozialer Ausgrenzung und Integration
- Ursachen für soziale Ausgrenzung (vor allem Arbeitslosigkeit)
- Migration
- Evaluierung der Auswirkungen von sozialer Integrationspolitik
- Horizontale Aktivitäten und Forschungsinfrastruktur.

Allgemeine Kriterien für Projektvorschläge sind

- Übereinstimmung mit Programminhalten und Zielen
- Wissenschaftlich-technische Qualität, Neuheit, Innovationsgrad
- Europäische Dimension des Projektes
- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit (mind. zwei Partner aus EU/EWR-Staaten, keine reinen EFTA-Kooperationen)
- Fachliche Kompetenz und Erfolgsaussichten der Projektgemeinschaft
- Berücksichtigungen der sozialen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Auswirkungen
- Realistische Kostenplanung
- Erstklassiges Projektmanagement
- Ergebnisverwertung und -verbreitung
- Rechtzeitige Einreichung bis zur Abgabefrist.

Der erste "Call for Proposals" wurde am 15. März 1995 im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften zusammen mit einem "Call for Expression of Interests", der sich auf die horizontalen Aktivitäten bezieht, veröffentlicht. Die Einreichfrist für den ersten "Call for Proposals" endet am 15. Juni 1995.

Die Entwürfe des Arbeitsprogrammes der Europäischen Kommission wurden in einem sog. "Programmbegleitenden Ausschuß" diskutiert bzw. überarbeitet. Diese "Management Committees" werden von der EU-Kommission zu Sitzungen in Brüssel einberufen. Jedes EU-Land bzw. alle Länder des EWR entsenden in dieses entscheidungsberechtigte Gremium jeweils zwei nationale Delegierte und nach Bedarf einen Experten. Generell kommt den "Management Committees" eine wesentliche Rolle bei der inhaltlichen Gestaltung bzw. der Durchführung der spezifischen Forschungsprogramme auf nationaler als auch internationaler Ebene zu. In den Programmausschüssen wird auch die Endevaluierung der Projekteinreichungen vorgenommen.

Um die nationalen Interessen im Ausschuß effizient einbringen zu können, bedarf es eines starken Lobbying der Delegierten. Im November 1994 wurde deshalb vom Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst ein sogenannter "Expertenkreis" etabliert, dem eine Anzahl führender, österreichischer Wissenschaftler angehören. Dieser Kreis, der interdisziplinär besetzt ist, soll bei der Durchführung des Vierten bzw. bei der inhaltlichen Ausarbeitung des Fünften Rahmenprogrammes mitarbeiten und neue Ansätze für die Sozialwissenschaften innerhalb der EU-Förderung erarbeiten.

Da das sozio-ökonomische Forschungsprogramm stark mit den anderen Aktionslinien des gesamten Rahmenprogrammes verbunden ist, ist eine Anzahl von programmübergreifenden Workshops und Konferenzen geplant, die der sozialwissenschaftlichen Gemeinschaft in Österreich den Zugang zu europäischen, wissenschaftlichen Kooperationen erleichtern sollen. In den nächsten zwei bis drei Jahren ist eine intensivierte europäische Vernetzung Österreichs im sozialwissenschaftlichen Forschungsbereich zu erwarten.

1.2. COST–Social Sciences

Österreich beteiligt sich bereits seit 1971 an der europäischen Forschungsinitiative COST (= Abkürzung für *COoperation Européenne dans le domaine de la Recherche Scientifique et*

Technique/Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung). 1991 erfolgte eine Ausweitung der im Rahmen von COST kooperierenden Staaten auf mehrere Länder Mittel- und Osteuropas (Ungarn, Polen, damalige CSFR). Derzeit arbeiten insgesamt 25 europäische Staaten an dieser Initiative mit.

COST ist neben EUREKA und dem 4. Rahmenprogramm eine der drei wichtigsten, von der EU eingerichteten Plattformen grenzüberschreitender Kooperationsprojekte für Forschung und Entwicklung. COST stellt einen Kooperationsrahmen mit flexibler institutioneller Struktur dar. Am COST-Programm können sowohl universitäre und außeruniversitäre Forschungsinstitute als auch Forschungseinrichtungen in Unternehmen teilnehmen. Die Forschungsbeteiligungen in den einzelnen COST Aktionen sind jeweils auf nationaler Ebene zu finanzieren.

Die zentralen Ziele von COST lassen sich wie folgt formulieren: Zum einen soll COST die Durchführung *konzertierter Aktionen* (dh die Zusammenarbeit vollzieht sich in Form eines Zusammenwirkens einzelstaatlicher Forschungsvorhaben) *à la carte* (dh die Teilnahme an einzelnen Aktionen ist freiwillig; es wirken die jeweils interessierten Länder mit), außerhalb der Forschungsprogramme der Europäischen Union gestatten. Zum anderen bietet COST jenen europäischen Staaten, die nicht der Europäischen Union angehören, die Möglichkeit, an Gemeinschaftsprogrammen mitzuwirken. COST stellt sich somit als wertvolle Ergänzung zu diversen Forschungsprogrammen der Europäischen Union dar.

Einer der insgesamt 15 Forschungsbereiche im Rahmen von COST ist der Bereich Sozialwissenschaften. In seiner heutigen, ausdifferenzierten Form besteht dieser Bereich seit 1991 und umfaßt derzeit sechs Aktionen:

- A2: Migration: Europe's Integration and the Labour Force (including "Brain-Drain East-West");
- A3: Management and New Technologies;
- A4: Social Shaping of Technology;
- A5: Ageing and Technology;
- A6: Evaluation of Anti-Drug Abuse in Europe;
- A7: Rules of the Single European Market.

In den letzten Jahren ist es sukzessive gelungen, für die einzelnen Aktionsbereiche österreichische Forschungsbeteiligungen - zum überwiegenden Teil im Wege der Auftragsforschung des Wissenschaftsressorts - zu initiieren.

Österreich ist durch Unterzeichnung der *Gemeinsamen Absichtserklärung* (=Memorandum of Understanding) den COST-Aktionen A2, A3, A4, A5 und A7 beigetreten. Die Beteiligung an COST A6 befindet sich derzeit in Vorbereitung.

An der Forschungsaktion *A2 Migration* ist Österreich durch das Projekt *Die Zukunft der Ost-West-Wanderungen und deren Konsequenzen für Westeuropa* (gemeinsam durchgeführt vom Institut für Demographie und vom Institut für Stadt- und Regionalforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften) vertreten.

An der Aktion *A3 Management and New Technologies* nimmt Österreich mit dem von der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) durchgeführten Projekt *Umstrukturierung von Produktion und Beschäftigung in europäischen Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie* teil.

Eine österreichische Beteiligung erfährt die Aktion *A4 Social Shaping of Technology* durch das Projekt *Software Cultures: Zum Einfluß von Arbeitsorganisation, Managementstilen und Organisationskultur auf das Design von informationstechnischen Systemen aus einer interkulturellen Perspektive*. Mit dieser Studie wurde das Institut für Gestaltungs- und Wirkungsforschung der Technischen Universität Wien beauftragt.

An der Aktion *A5 Ageing and Technology* beteiligt sich Österreich mit dem Forschungsprojekt *Technologie und Altern: Integration mit der Unterstützung durch Technologien*, das vom Institut für Technikfolgenabschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften durchgeführt wird.

An der Aktion *A7 Rules of the Single European Market* nimmt Österreich mit dem Forschungsprojekt *Demokratische Perspektiven der Europäischen Union nach 1996* (Forschungsinstitut für Europafragen der Wirtschaftsuniversität Wien) teil.

Eine Teilnahme an der Aktion *A6 Evaluation of Anti-Drug Abuse in Europe* strebt das Wissenschaftsressort mit dem Projekt *Die Erfassung und Analyse der Evaluation primärpräventiver Aktionen gegen den Drogenmißbrauch: eine internationale methodologische und inhaltliche Studie* an, das vom Institut für Suchtforschung der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft beantragt wurde. Weiters ist das Wissenschaftsressort als Mitveranstalter und Mitfinancier des Workshops *Evaluation of Primary Prevention* (Wien, 3-4 März 1995) im Rahmen der COST-Aktion A6 aufgetreten.

Den COST-Social Sciences-Aktionen soll auch künftig verstärktes Forschungs- und Finanzierungsinteresse entgegengebracht werden, zumal COST-Forschungsbeteiligungen gewissermaßen als "Vorstufe" zu Projektbeteiligungen im Rahmen diverser EU-Forschungsprogramme gewertet werden können.

1.3 Internationales Forschungszentrum Kulturwissenschaften

Im September 1993 wurde das Internationale Forschungszentrum Kulturwissenschaften (IFK) auf vereinsrechtlicher Basis als Plattform zur Initiierung, Förderung, Präsentation und Diskussion kulturwissenschaftlicher Forschung und ihrer Ergebnisse gegründet. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Aspekte der Interdisziplinarität, der Internationalität und des innovativen Charakters der Forschung gelegt, da es in diesen Bereichen gerade in Österreich zahlreiche Defizite aufzuarbeiten gilt.

Diesem Zweck sollen erstens Kooperationen des IFK mit der österreichischen universitären wie außeruniversitären Forschungslandschaft auf personeller und institutioneller Ebene dienen. Zweitens soll die Anbindung an die internationale Forschungslandschaft mittels *Visiting Fellowships* erfolgen, im Rahmen derer einerseits renommierte Wissenschaftler nach Österreich eingeladen werden, um durch Gastvorträge, Werkstattgespräche und Workshops Kontakte der österreichischen mit der internationalen Forschungslandschaft zu etablieren und dadurch mittel- bis längerfristig entsprechende Netzwerke aufzubauen zu helfen. Drittens soll durch postgraduales Training für junge Wissenschaftler bzw. die Vergabe von *Junior Fellowships* die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und dessen Einbindung in anspruchsvolle interdisziplinäre Forschungsprojekte ermöglicht werden.

Des weiteren wurde ein international besetzter wissenschaftlicher Beirat konstituiert, der mit der Identifikation von nicht aufgearbeiteten Forschungsdesiderata und in der Folge mit der Festlegung forschungspolitischer Strategien zu ihrer Erfüllung betraut ist. Des weiteren ist der Beirat mit der wissenschaftlichen Begutachtung der beim IFK eingereichten Forschungsprojekte und der Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen bzw. der Evaluation der praktischen Umsetzung der Forschungskonzeptionen betraut, wodurch die Qualitätssicherung der Arbeit des IFK garantiert wird.

Auf der operativen Ebene erfolgte in den Jahren 1993 und 1994 die Festlegung dreier thematischer Schwerpunkte:

- Pluralitäten im 20. Jahrhundert - europäische Transformationsprozesse
- Kulturvergleiche
- Innovation: Kreativität in Kunst und Wissenschaft.

Diesen Schwerpunkten entsprechend werden Forschungsprojekte vergeben, für die ein entsprechender Richtlinienkatalog erarbeitet wurde. Ebenso richten sich die internationalen *Fellowships*, das Veranstaltungsprogramm (Workshops, Kolloquien und Werkstattgespräche), die Nachwuchsförderung und die Einbindung auch in die universitäre Lehre, nach diesen Schwerpunkten.

Seit Gründung des IFK konnten im Jahre 1993 zehn international besetzte Workshops veranstaltet und drei *Visiting Fellows* eingeladen werden. 1994 stieg die Zahl der Workshops auf 17 an, dazu kamen 14 "Werkstattgespräche" mit den *Visiting Fellows* am IFK und etwa zwölf vergleichbare Veranstaltungen, die mit Gastprofessoren an österreichischen Universitäten durchgeführt wurden. Hiemit wurde gleichzeitig die Anbindung an die regulären universitären Lehrveranstaltungen ermöglicht. Die Zahl der *Visiting Fellows* stieg 1994 auf ebenfalls auf 14 an, zudem ging in diesem Jahr das *Junior-Fellow*-Programm von der Planungs- in die Realisationsphase über.

Um dieser Expansion gerecht zu werden, ist eine Veränderung der derzeitigen Leitungs- und Organisationsstrukturen geplant.

Für 1995 ist die Durchführung des Veranstaltungsprogrammes (etwa mit Themen der Migrations- und Identitätenforschung), sowie die Vertiefung der Nachwuchsförderung und die

Vorbereitung eines längerfristigen wissenschaftlichen Programmes für 1996 und 1997 geplant.

2. Forschungsprogramm "Grenzenloses Österreich"

Die Idee zum Forschungsprogramm "Grenzenloses Österreich" entstand ausgehend aus den Überlegungen, auf welche Weise die Anniversarien 1995 (50 Jahre Gründung der Zweiten Republik) und 1996 (erstmalige urkundliche Nennung des Namens Österreich) auf möglichst breiter Basis zu begehen seien. Es handelt sich dabei um eine Sammlung von Projekten aus dem Bereich der geistes-, sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschung, die sich mittels unterschiedlichster Fragestellungen mit dem Thema "Österreich - seiner Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft" - auseinandersetzen.

Dieses planende "Nachdenken über Österreich" koinzidiert mit Veränderungen und Entwicklungen vor allem innerhalb Europas, die noch vor wenigen Jahren kaum denkbar gewesen wären: viele der mittlerweile laufenden Projekte und der damit verbundenen wissenschaftlichen Kooperationen wären vor der Öffnung des Ostens nicht möglich gewesen. Die Rolle Österreichs bei der Integration der Reformstaaten Ostmitteleuropas in ein neues Europa und die damit verbundene Herausforderung gewinnt durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union eine weitere Dimension. Die sich gegenwärtig vollziehende Neuordnung Europas und die daraus resultierenden Krisen erfordern veränderte Konfliktlösungsmodelle, deren Entwicklung eine Auseinandersetzung mit Fragen nach dem Bedeutungswandel von "Nation" und "Identität", nach Standortbestimmung und Selbstverständnis, aber auch nach dem Umgang mit Fremdem, Andersartigem bzw. den Ängsten, die dadurch hervorgerufen werden, erfordert. Ab- und Ausgrenzungen kann nur wirksam entgegengetreten werden, wenn man den Ursachen für derartiges Verhalten auf den Grund geht. Aus diesen Prämissen ergaben sich schrittweise als Grundlinien des gegenwärtigen Forschungsprogramms "Grenzenloses Österreich" die Prinzipien der thematischen Offenheit, der Zukunftsorientierung (ohne die Verankerung persönlicher wie kollektiver Identität in der Vergangenheit unterzubewerten), der internationalen und interdisziplinären Zusammenarbeit - kurz: der Überschreitung physischer, ideeller und wissenschaftlicher Grenzen.

Dieser Konzeption entsprechen die schon laufenden bzw. in Planung befindlichen Projekte und ihre lose Einteilung in fünf thematische Gruppen:

- Stereotypen - Identitäten,

- Konfrontation - Kommunikation,
- Wanderungen und Grenzen,
- Brüche und Kontinuitäten,
- Kulturtraditionen und Kulturinnovationen.

Die Themenkreise entstanden aus dem Projektangebot, das "Programm" entwickelte sich jedoch an seinem Inhalt und wuchs mit ihm nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ:

Die Projekte der Gruppe "Stereotypen - Identitäten" haben sowohl die theoretische, als auch an Fallstudien erarbeitete Auseinandersetzung mit Fragen individuellen, kollektiven und nationalen Selbstverständnisses bzw. der "Erfahrung des Fremden" zum Thema. Sie untersuchen Grundlagen, Einflüsse, Wandel und Äußerungen von Selbst- und Fremdbildern, als deren Kombination Identität faßbar wird.

Die Erarbeitung theoretischer Grundlagen ist hier ebenso vorhanden wie der Vergleich historischer und zeitgenössischer Entwicklungen und Phänomene bzw. ihrer Interdependenzen. Die Untersuchungen von politisch-administrativen, wirtschaftlichen und kulturellen Traditionen, von Gemeinsamkeiten und Zugehörigkeiten, die für die Ausbildung von Identitäten konstitutiv wirken, ergänzen sich mit Forschungen, die Aus- und Abgrenzungen thematisieren.

In direktem thematischen Zusammenhang damit stehen die Fragestellungen des Themenkreises "Konfrontation-Kommunikation". Bestehende Selbst- bzw. Fremdbilder im (zwischen-)menschlichen wie (zwischen-)staatlichen Bereich werden zur Grundlage von Konfrontationen, wenn durch Probleme mit der eigenen Identität der "Andere" zu einem Feindbildern wird. Deren Überwindung ermöglicht erst Kommunikation. Andererseits wird Konfrontation (als positiv bzw. neutral verstandener Begriff im Sinne von Auseinandersetzung mit dem "Anderen" oder "Andersartigen", von Bereitschaft zum Umgang mit Widersprüchen), zur Voraussetzung für jede Kommunikation.

Ihre Ausdrucksformen werden in Projekten zu "Sprachpolitik", "Sprachanwendung" und zum "Sprachgebrauch" als verbindendes und trennendes Element, untersucht. Darüber hinaus geht es um Schauplätze der Kommunikation, sei es das österreichische Hospiz in Jerusalem oder etwa die österreichische Kultur in den St. Petersburger Periodika.

“Wanderungen und Grenzen” stellt konzeptuell gleichsam die räumlich-horizontale Ebene dar, während “Brüche und Kontinuitäten” bzw. “Kulturtraditionen und Kulturinnovationen” die zeitlich-vertikale Achse markieren.

In diesem Sinne kann auch nicht von einem räumlichen Schwerpunkt "Ostmitteleuropa" die Rede sein, wenngleich "Aufbruch" am Beginn der Konzeption des Forschungsprogramms auch bedeutet hat, bislang vernachlässigte Forschungskooperationen mit Wissenschaftlern aus den östlichen Nachbarländern anzustreben. Im vergangenen Jahr haben sich die Bemühungen auf Forschungskooperationen mit westeuropäischen (v.a. Frankreich und Italien) Partnern bzw. auf die Behandlung von Fragestellungen im Bereich des westlichen Europa, konzentriert. Mit der Schweiz ist ein gemeinsames Symposium zu "Geschichtsbilder und Identitäten" im Planungsstadium.

Über Europa hinausgehende Themenstellungen sind bislang nur in einigen Aspekten verfolgt worden, wie etwa die "Beziehungen USA-Österreich" oder die "Auswanderung aus Österreich nach 1945". In Erweiterung des Programms soll nun in einer dritten Phase verstärkt auf globale und außereuropäische Themen hingearbeitet werden. Aus forschungspolitischer Sicht wären die Räume Amerika (v.a. Entwicklung von Schwerpunktbereichen zu Lateinamerika aufgrund vielfältiger wissenschaftlicher Kontakte und Forschungskapazitäten in Österreich) und Vorderer Orient (aufgrund der großen Tradition der österr. Orientalistik und des international zunehmenden interdisziplinär ausgerichteten Forschungsinteresse an diesem Raum) beachtenswert. Zur Intensivierung der wissenschaftspolitischen Kontakte zu Lateinamerika könnte das "Lateinamerikainstitut" herangezogen werden. In Bezug auf die zu aktivierende Orientforschung wären Forschungsaktivitäten, wie sie in Berlin durchgeführt wurden (Forschungsschwerpunkt "Moderner Orient"), notwendig.

Die Grenzenlosigkeit des Forschungsprogramms findet auch in der Tatsache Ausdruck, daß die Umsetzung der Ergebnisse der einzelnen Projekte nicht auf einen Zeitpunkt des Begehens rückwärtsgerichteter Jubelfeierlichkeiten hin orientiert ist. Ein wesentlicher Aspekt der Grenzenlosigkeit besteht in der Tatsache, daß sich das Programm als weiterhin offen für neue Projekte versteht, wobei außerdem die Möglichkeit bestehen soll - ebenso wie bei den schon bestehenden - Ziele und Ergebnisse in unterschiedlicher Form zu definieren bzw. zu präsentieren. Sei es in Form von Publikationen, Ausstellungen oder anwendungsorientierte Ergebnisse, die sich etwa

direkt medien-, verkehrs- oder arbeitsmarktpolitisch umsetzen lassen. Damit ist auch die Möglichkeit gegeben (über die Millenniumsidee hinaus), sowohl innerhalb der österreichischen Forschungslandschaft als auch im Rahmen internationaler Forschungskooperationen, längerfristig Impulse zu geben und interdisziplinäre Kontakte auch auf institutioneller Ebene zu etablieren.

Symposium 1994

Als Forum für die Präsentation der schon erfolgten wissenschaftlichen Arbeiten, deren (Zwischen-)ergebnisse und deren Diskussion sind sowohl Workshops und Kleinsymposien für die einzelnen Projekte, als auch die jährlichen Symposien für das Gesamtprogramm bzw. spezielle Aspekte innerhalb desselben, vorgesehen. Das erste Symposium fand im April 1994 statt. Eine Dokumentation liegt mittlerweile vor; sie ist dem Ablauf der Veranstaltung entsprechend in vier thematische Abschnitte gegliedert:

Sie und Wir

Theoretische Überlegungen und Untersuchungen zur Konstituierung von Identität und ihrem Wandel, aber auch zu den Bedingungen für Pluralität stellen einerseits Voraussetzungen für die Analyse von konkreten "Lebenswelten" dar, für die andererseits Fallstudien erst den notwendigen Zugang bzw. das inhaltliche Material liefern. Das gilt auch für die Untersuchung der historischen Situation einer Lebenseinheit und ihrer Zerstörung zwischen 1938 und 1948 an der Grenze Böhmens und Mährens zu Ober- und Niederösterreich, sowie für gegenwärtige Reaktionen innerhalb multiethnischer Regionen auf die Öffnung der Grenzen der Reformstaaten Ostmitteleuropas.

Den Selbst- und Fremdbildern von Individuen und Gruppen auf die Spur zu kommen, setzt eine umfassende Betrachtung der in ihrer (gemeinsamen) Vergangenheit liegenden Wurzeln voraus. Der Vergleich historischer Muster mit gegenwärtigen Entwicklungen der Probleme und Konflikte aufzeigt, andererseits aber auch die Chance bietet, mit Methoden - etwa der Oral History bzw. der quantitativen Auswertung von Meinungsumfragen - Ergebnisse auf eine wesentlich breitere Basis zu stellen, lässt zukunftsweisende Konfliktlösungsmodelle möglich werden.

Schauplätze

Schauplätze der Kommunikation sind auch Orte der Grenzüberschreitung, die kulturelle Traditionen begründen, wie etwa Vereine oder das "Kaffeehaus als Ort der 'Sociabilité' im weiteren Sinn. Offensichtlich ist, daß - wo beispielsweise staatliche Grenzen mittels kultureller, gemeinschaftlicher Handlungen oder Gesten überschritten werden - diese Schauplätze ihrerseits ein kollektives Zusammengehörigkeitsgefühl bzw. Bewußtsein der Gruppe konstituieren und damit identitätsstiftend wirken.

Außensichten

Außensichten ermöglichen Abstand, um aus der Entfernung neue Perspektiven zu gewinnen. Sie stellen eine wirksame Strategie zur Bekämpfung von einseitigen Sichtweisen dar. Durch solche "Blicke ins Weite" bzw. Versuche, sich in die Lage des anderen zu versetzen - im wörtlichen Sinn den Standpunkt des anderen einzunehmen - können Differenzierungen und damit längerfristig der Abbau von Vorurteilen gelingen. Ebenso macht es die Methode des Vergleichens, sei es in gleichen Räumen zu verschiedenen Zeiten oder zwischen zeitgleichen, aber räumlich differenten Schauplätzen, möglich, wechselseitig aus den Erfahrungen des Anderen zu lernen.

Aussichten

In der Frage nach den philosophischen Grundlagen globaler Kommunikation wird deutlich, daß zukünftige Forschung mehr denn je nicht nur auf Basis internationalen, sondern vor allem auch interdisziplinären Zusammenwirkens fruchtbar sein kann. Innerhalb der sogenannten Humanwissenschaften wird diese Tatsache heute zumindest theoretisch anerkannt. Wie notwendig allerdings Kooperationen zwischen diesen und den Wirtschafts- und Naturwissenschaften sind bzw. wären, zeigen exemplarisch die Arbeitsmarktforschung oder die Untersuchung von Kulturlandschaften unter ökologischen Gesichtspunkten.

Symposium 1995

Für Herbst 1995 ist im Rahmen der Schwerpunktsetzung innerhalb des Forschungsprogrammes "Grenzenloses Österreich" die Abhaltung eines zweiten internationalen Symposiums geplant, das

sich im besonderen auf Fragen der Gesellschaft und Demokratie nach 1945 konzentrieren soll. Damit wird das Forschungsprogramm einerseits dem Ereignis der sich zum 50. Mal jährenden Gründung der 2. Republik gerecht, andererseits können seiner Gesamtkonzeption entsprechend weiterreichende Impulse zur Entwicklung erkenntnisleitender Fragestellungen im Rahmen der interdisziplinären Demokratieforschung gegeben werden.

Workshops und Publikationen

In gleicher Weise wie für das Symposium 1994 ist für die folgenden Symposien sowie für Workshops, die im Rahmen von Einzelprojekten durchgeführt werden, die Publikation von Arbeitsdokumentationen geplant. Ein erster Arbeitsbericht, der die 1994 stattgefundenen Workshops zusammenfaßt, wird voraussichtlich im Frühjahr 1995 erscheinen.

Diese Dokumentationsbände stellen Teile der Gesamtpräsentation des Forschungsprogramms dar, das nicht nur Publikationen abgeschlossener Studien vorlegen will: sowohl die thematische Heterogenität der Projekte als auch das offene, prozeßorientierte Arbeitskonzept haben vielmehr den Zweck, Mut zum Zwischenergebnis, zum gemeinsamen Nachdenken und Problematisieren zu machen. Gerade darin liegt ein wesentlicher methodischer Aspekt der "Grenzenlosigkeit" des Forschungsprogrammes, das die Schaffung über einzelne Projekte oder Anlässe hinausreichender wissenschaftlicher Kooperationen fördern will.

Zusammenfassungen der Projektendberichte werden (unabhängig von deren vollständiger Publikation) in der Reihe "Relationen" in 12-seitigen, illustrierten Informationsföldern einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt. Bis Februar 1995 sind bereits drei Publikationen erschienen.

Diese Präsentationsformen sollen - auf unterschiedlicher Informationsebene - sowohl allein verwendbar und für die verschiedenen Interessentengruppen ansprechend sein, als auch das dahinterstehende Gesamtkonzept des Forschungsprogramms zum Ausdruck bringen. Der "Benutzer" kann sich somit das Material nach Belieben von bloßer Überblicksinformation bis hin zur gesamten Dokumentation des Forschungsprogrammes "Grenzenloses Österreich" zusammenstellen.

3. Fremdenfeindlichkeit

Die politische Aktualität und Dringlichkeit des gesellschaftlichen Phänomens "Fremdenfeindlichkeit" - hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf den europaweiten Anstieg fremdenfeindlicher und rassistischer Aktivitäten - sowie dessen bisherige unzureichende wissenschaftliche Thematisierung in Österreich, sind Anlaß für verstärkte Forschungsaktivitäten. Bereits in den letzten Jahren sind zahlreiche Projekte in thematischem Zusammenhang bzw. thematischer Nähe zu diesem Forschungsbereich in Auftrag gegeben worden.

Diese Forschungsaufträge waren vorerst als Einzelprojekte ohne programmatischen Zusammenhang zu klassifizieren. Daher wurde ein interdisziplinär zusammengesetztes Expertenteam beauftragt, ein Gesamtkonzept auszuarbeiten. Primäre Aufgaben waren das Aufzeigen spezifischer Forschungslücken, die Entwicklung relevanter Fragestellungen und die Erörterung eines angemessenen Methodeninstrumentariums. Mit der Konzeption dieses sozialwissenschaftlichen Forschungsschwerpunktes soll eine Reihe aufeinander abgestimmter Projekte und Analysen stimuliert werden.

Der BMWF-Expertenkreis hat auch die wissenschaftliche Konzeption eines internationalen Symposiums *Fremdenfeindlichkeit. Konflikte um die groben Unterschiede. Symposium zur Entwicklung eines Forschungsprogramms*, das am 27./28. Oktober 1994 in Wien stattfand, ausgearbeitet. In vier Arbeitskreisen wurden die relevanten Teilespekte des Phänomens thematisiert: (a) Migration – Mobilität – Fremdenfeindlichkeit: Die europäische Perspektive; (b) Gender and Racism; (c) Wirtschaftliche Ursachen von Fremdenfeindlichkeit? und (d) Kulturkonflikt/Transkulturalität. In einem abschließenden international besetzten Workshop *Fremdenfeindlichkeit – Forschungsprioritäten* wurden relevante Forschungsschwerpunkte innerhalb des Forschungsbereiches "Fremdenfeindlichkeit" diskutiert. Das Interesse der Öffentlichkeit an diesem Symposium war groß (ca. 200 Anmeldungen), das mediale Echo sehr zufriedenstellend (Berichte in elektronischen und Printmedien). Geplant ist die Veröffentlichung einer Arbeitsdokumentation aus den Referaten und den Zusammenfassungen aus den einzelnen Arbeitskreisen, die voraussichtlich im Sommer 1995 erscheinen wird.

Aus den Vorarbeiten ergeben sich folgende Themenschwerpunkte:

- Phänomenologie der Fremdenfeindlichkeit;

- Migration und Fremdenfeindlichkeit;
- Politik/Wirtschaft und Fremdenfeindlichkeit;
- Medien und Fremdenfeindlichkeit;
- Sozialstruktur und Fremdenfeindlichkeit und
- Kulturkonflikt und Transkulturalität.

Projektvorschläge müssen die folgenden Kriterien erfüllen: interdisziplinär und problemorientiert, theoretisch und empirisch; qualitativ wie quantitativ (Methodenvielfalt); innovativ (keine Wiederholung bereits vorhandener Forschung); österreich-spezifisch (in bezug auf empirische Forschungsvorhaben); komparativ (unter Miteinbeziehung der österreichischen Situation). Die Forschungsprojekte in den einzelnen Schwerpunktbereichen sollten neben der Grundlagenforschung auch praxisrelevante Strategien untersuchen. Übergeordnetes Ziel sämtlicher Forschungsbemühungen ist daher die Entwicklung von Gegenmaßnahmen und Bewältigungsmöglichkeiten.

Das Programm soll im Frühjahr 1995 beschlossen werden. Danach wird die *scientific community* zur Ausarbeitung entsprechender Vorschläge aufgefordert werden. Nach einem Auswahlverfahren werden die qualifiziertesten Vorschläge einem internationalen Begutachtungsverfahren unterzogen. Mit ersten Auftragsvergaben ist ab der zweiten Jahreshälfte 1995 zu rechnen. Im Herbst 1995 ist die Durchführung eines Workshops beabsichtigt, welches die beteiligten Forschungsteams vernetzen und Zwischenevaluationen ermöglichen soll. Ein internationales *Advisory Board* soll den Forschungsschwerpunkt für die Dauer seiner Laufzeit beratend und evaluierend begleiten.

Das Schwerpunktvorhaben "Fremdenfeindlichkeit" korrespondiert mit dem Subprogramm *Research on social integration and social exclusion in Europe* innerhalb des spezifischen Programms *Targeted Socio-Economic Research* des 4. Rahmenprogramms der Europäischen Union (1994-1998). Damit besteht die Möglichkeit, über den nationalen Forschungsschwerpunkt hinaus internationale Forschungskooperationen zu stimulieren.

4. Arbeits- und Berufsweltforschung

Der Schwerpunkt "Arbeits- und Berufsweltforschung", welcher im Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung zur Legislaturperiode 1991-1994 eingerichtet wurde, umfaßt eine Reihe von

Forschungsaufträgen, die sich sowohl im nationalen als auch im internationalen Kontext auf Fragen der Produktionsorganisation, der Arbeitsorganisation, Arbeitsbeziehungen, Belastungsstrukturen, der psychosozialen Situation von Arbeitnehmern sowie auf Fragen nach Wertorientierungen zu Arbeit und Beruf, beziehen.

Einzelne Forschungsaufträge aus diesem thematischen Schwerpunkt sind gleichzeitig in internationale Forschungskooperationen im Rahmen des COST-Social Sciences-Programmes eingebunden (siehe dort). Weiters wurden Kontakte zwischen österreichischen Forschern und der *European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Dublin Foundation)* hergestellt (Expertenentsendungen zu themenspezifischen Workshops und Konferenzen der Dublin Foundation) welche schließlich zur Beteiligung an einem international vergleichenden Projektes dieser Stiftung geführt haben.

Ergänzend zur Forschungsförderung hat das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung themenspezifische Konferenzen und Symposien (mit)veranstaltet und finanziert, wie z.B. im September 1994 die internationale Konferenz der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie/Sektion für Industrie- und Arbeitssoziologie *Arbeitswelt im Umbruch — Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven* oder im November 1994 das vom Forum Sozialforschung organisierte internationale Symposium *Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft*.

Der Forschungsschwerpunkt "Arbeits- und Berufsweltforschung" soll im Hinblick auf das spezifische Programm *Targeted Socio-Economic Research* innerhalb des Vierten Rahmenprogramms der Europäischen Union weitergeführt werden (vgl. auch Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, L 126, 37. Jg., 18. Mai 1994. Beschuß Nr. 1110/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. April 1994 über das Vierte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration).

5. Schwerpunktbildung Psychotherapieforschung

Als Folge des Psychotherapiegesetzes von 1991 und der damit verbundenen Aktualisierung dieser Thematik wurde im Frühjahr 1993 im Rahmen der Auftragsforschung des Bundesministerrums für Wissenschaft und Forschung der Forschungsschwerpunkt "Psychotherapieforschung"

eingerichtet. Zunächst wurden Expertengutachten mit dem Ziel der Entwicklung und Koordinierung von zukünftigen Forschungsprojekten in Auftrag gegeben. Es soll ein Überblick und eine Bewertung des aktuellen Standes der Psychotherapieforschung geliefert werden, um darauf aufbauend bestehende Lücken aufzuarbeiten und zu schließen. Dabei wird vor allem auch das internationale Geschehen in diesem Bereich berücksichtigt.

Vier Arbeitsgruppen wurden mit jeweils einem Gutachten beauftragt:

- *Epistemologische und methodische Grundlagen der Psychotherapie und Psychotherapieforschung:* Ausgehend von der aktuellen Literatur sollen die basalen wissenschaftstheoretischen Leitlinien und Erkenntnismethoden psychotherapie-spezifisch ausgelegt und interpretiert werden. Hypothesen und Modelle der Psychotherapieforschung sollen wissenschaftlich untersucht werden.
- *Psychotherapie in der Medizin. Psychotherapeutische und medizinische Behandlung, Kooperation und Integration:* Aufgabe ist die deskriptive Darstellung des Standes der internationalen Forschung zum diesem Thema innerhalb der letzten zehn Jahre. Literaturrecherchen werden mittels der Datenbanken "PsychInfo" und "PsychLit", "Med-Line" und "PsynDEX", aber auch einiger Fachzeitschriften durchgeführt.
- *Psychotherapeuten: Der Praktiker als Forscher - Forschung für die Praxis:* Aufgabe dieser Studie ist es, die Stellung des Psychotherapeuten innerhalb der Psychotherapieforschung zu bewerten. Dabei sollen Interaktionsfragen zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung untersucht werden. Das Psychotherapiegesetz in Österreich fördert die Entwicklung der Psychotherapie zu einer eigenen Wissenschaft und zu einem eigenen Berufsstand. Daher ist die Abgrenzung zu den humanwissenschaftlichen Nachbardisziplinen wie etwa der Psychologie, der Medizin oder etwa der Pädagogik geboten, damit die wesentlichen Charakteristika der Psychotherapieforschung zum Tragen kommen können. Dabei "wird angenommen, daß es eine, dem psychotherapeutischen Denkmuster und den ethischen Regeln angepaßte Methodik zum Erkenntnisgewinn gibt und für sie feststellbare, beschreibbare Kriterien gefunden werden können, die weitgehend unabhängig von der jeweiligen psychotherapeutischen Schule sind" (Mag. R.Patera, Dr. K.Zenta).

- *Qualitätssicherung von Psychotherapie*: Zunächst wurde eine breite Literaturanalyse zum Thema durchgeführt, wobei die wichtigsten medizinischen, psychologischen und natur- und sozialwissenschaftlichen Datenbanken berücksichtigt wurden. Expertenbefragungen dienten der Klärung des Begriffs *Qualitätssicherung*. Die Diskussion über *Qualität* und *Qualitätssicherung* ist sehr vielschichtig und ist seit etwa zehn Jahren auch in der Gesundheitsversorgung aktuell. Länder wie die Vereinigten Staaten, Großbritannien oder die Niederlande sind in diesem Bereich führend und Österreich um etwa zehn Jahre voraus.

In der Gesundheitsversorgung ist ab Beginn der Behandlung auf Qualität zu achten, es müssen also bereits vor Beginn der (therapeutischen) Behandlung die qualitativen Rahmenbedingungen ebenso erfüllt sein, wie sie im Behandlungsprozeß verankert sein müssen. Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Qualität und damit deren Management.

Die Ergebnisse der vier Gutachten wurden im Februar 1995 präsentiert. Fragen wie "Forschungslücken", "Verbindung von Forschung und Praxis" oder "Themenvernetzung" sollen in einem internationalen Symposium zur Diskussion gestellt werden.

Die Psychotherapieforschung soll in Hinkunft interministeriell weiterbearbeitet werden. Ein koordiniertes Vorgehen zusammen mit dem Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz aber auch dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird angestrebt.

6. Schwerpunktbildung Frauenforschung

Frauen und *weibliche Lebenszusammenhänge* haben in den Wissenschaften bisher höchst ungenügende Beachtung gefunden; sie waren als Forschende in der Wissenschaft stark unterrepräsentiert waren.

Bereits die ersten Forschungsergebnisse lieferten den Nachweis dafür, daß Frauen in den Wissenschaften ausschließlich aus dem Blickwinkel der Männer gesehen wurden und daher *weibliche Lebenszusammenhänge* in verzerrter Weise wahrgenommen bzw. unzureichend beachtet wurden. In der Androzentrismuskritik wird diese männerzentristische Sichtweise reflektiert und aufgedeckt. Sie begründet einen weiteren bedeutenden Aufgabenbereich der Frauenforschung. Forschung sollte nun vermehrt auch unter dem Blickwinkel der Frauen getätigter werden, weil nur so

der Betroffenheit und den Interessen der Frauen Rechnung getragen werden kann.

Eine *Dokumentation von Frauenforschung in Österreich*, Wien 1982, bewies, daß die Frauenforschung in Österreich, auf internationaler Ebene verglichen, bis dahin nur sehr mäßig entwickelt war. Ein "Forschungslückenkatalog" im Jahre 1988 lieferte für die einzelnen Disziplinen auch eine Zusammenstellung der bisher vernachlässigten Forschungsbereiche.

Auch in den 90er Jahren zeugt die inhaltliche Diversifikation innerhalb dieses Schwerpunktes vom weiterhin bestehenden Bedarf an der Frauenforschung. So wurden z.B. Studien über die Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen im ländlichen Bereich, in Industrie und Handel sowie im Wissenschaftssystem erstellt. Auch die sich ändernde Position der Frau in Ehe und Familie, Kinderbetreuungseinrichtungen oder Themen wie Gewalt gegen die Frau etc. wurden wissenschaftlich analysiert.

Weitere 1994 abgeschlossene Projekte sind:

- "Frauen im Parlament" (Juli 1994),
- "Effizienz der Frauenhausarbeit" (November 1994),
- "Ein Frauenleben in Österreich, Mary Dickenson-Auner, Leben und Werk" (Dezember 1994).

Eine "Arbeitsgruppe Frauenforschung" trifft eine Vorauswahl aus den vorgelegten Projektvorschlägen entsprechend der forschungspolitischen Notwendigkeit (Ressortinteresse). Themen von hoher gesellschaftlicher Relevanz werden einem Begutachtungsverfahren unterzogen. Kontakt- und Informationsgespräche tragen zur Sicherung der Qualität der Frauenforschung bei und dienen als Informationsforum der Frauenforschung. Außerdem wurde die interministerielle Zusammenarbeit intensiviert.

7. Musikwissenschaft

Die Erforschung gesellschaftsbezogener Fragestellungen im Bereich des Musik- und Kulturbetriebes erweist sich gerade in Österreich, als dessen weltweit wirksamster Exportartikel der Kulturbetrieb gelten kann, als Desiderat. Es ist daher die Absicht des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst, einen Forschungsschwerpunkt zu installieren, der diese

relevanten Themenbereiche aufgreift.

An Fragestellungen wären vorrangig anzuführen: gesellschaftliche und kulturelle Bedeutung des Musikbetriebes (Oper, Konzert, Blasmusik als Teil der Volkskultur, etc.); Kulturmechanismen und Politik; Verhältnis kulturelles Zentrum versus Peripherie; Kontinuitäten-Diskontinuitäten; Rezeptionsgeschichte (Mahler-Rezeption, R. Strauss-Rezeption, etc.); Biographische Lexika (Franz Schubert-Handbuch, Bruckner-Handbuch, Johann Strauß-Handbuch), um exemplarisch nur einige zu nennen.

Im Rahmen des *MILLENNIUMS* wurden Projekte initiiert, die sich von der klassischen Musikwissenschaft der Stil- und Werkkunde abheben. Die Wechselwirkungen zwischen kulturellem Zentrum und Peripherie (im Sinne von gegenseitiger Beeinflussung von staatstragendem Musiktheater - sprich: Staatsoper - und dem schlechthin als solchem bezeichneten "Theater in der Provinz") werden dabei ebenso bearbeitet wie die mit dem prestigeträchtigen Kulturbetrieb verbundene Symbolik der "Wiener Staatsoper als Ikone des republikanischen Österreich". Einen vielfach unbearbeiteten und unreflektierten Bereich des Musikbetriebes greifen Forschungsarbeiten zu *Rahmenbedingungen und Werken von Komponistinnen* auf. Ein originelles Vorhaben untersucht die gesellschaftspolitische Bedeutung der Musikgattung *Oper* als Ausdruck bürgerlicher Kunstrezeption.

Die *Edition von musikalischen Quellen* ist ein häufig an das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst herangetragenes Anliegen, da sie eine wesentliche Voraussetzung für eine authentische Interpretation ist. Das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst fördert etliche Editionsunternehmungen, insbesonders die Ausgaben der Werke Glucks, Haydns, Mozarts und Schuberts. Im Gegensatz zu schriftlichen (historischen oder literarischen) Quellen ergibt sich jedoch die Problematik, daß musikalische Quellen einen völlig anderen und zudem zahlenmäßig eingeschränkteren Adressatenkreis ansprechen. Gleichwohl stellt die Edition musikalischer Quellen die unbedingt notwendige *Festschreibung* des musikalisch-kulturellen Potentials österreichischer Komponisten dar.

8. Forschungsprojekte zum Internationalen Jahr der Familie 1994

(teilweise in Kooperation mit dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie)

Im Sommer 1993 trat die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie in ihrer Funktion als Vorsitzende des Österreichischen Nationalkomitees anlässlich der Vorbereitung des "Internationalen Jahres der Familie 1994" an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung mit der Bitte um eine Beteiligung an einer forschungspolitischen Schwerpunktsetzung im Bereich "Familienforschung" heran.

Ein interministerieller Arbeitskreis des Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie und des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung zur koordinierten Vergabe von Forschungsprojekten wurde eingerichtet. Forschungsvorhaben, welche die Auswirkungen gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen auf die Familie bzw. politikberatende Fragestellungen in den Mittelpunkt des Interesses stellen, werden vorrangig gefördert. Dazu gehören vor allem Projekte, die einen interdisziplinären Zugang und einen direkten Bezug zwischen Wissenschaft und Praxis aufweisen bzw. die behandelte Problematik im internationalen Vergleich darstellen.

Die vom Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst geförderte Themen liegen im Bereich der Kindheits- und Jugendforschung, Altersforschung, Frauenforschung und Berufs- und Arbeitsweltforschung, wobei an bereits vorhandene Strukturen angeknüpft werden konnte.

Projektvorschläge wurden anhand eines Prioritätenkatalogs von beiden Ressorts geprüft und nach Approbation finanziert.

1994 wurden Projekte mit folgenden Themen abgeschlossen:

- "Technologische Einflüsse auf Kindheit und Jugend",
- "Scheidungen und Familienauflösungen",
- "Öffnungszeiten und Aufenthaltsdauer im Kindergarten - Erforschung von entwicklungsfördernden bzw. entwicklungshemmenden Rahmenbedingungen",
- "Großeltern in historischen Familienformen".

Neu vergeben wurden die Projekte:

- "Kindheitsforschung in Österreich",

- *"Familie in Europa von 1500 bis 2000"*,
- *"Children in a Period of Transition. Childhood Research and Policies in Central and Eastern Europe"*.

Mit dem Projekt *"Kindheitsforschung in Österreich"* wird eine Bestandsaufnahme empirischer Forschungsarbeiten zu "Kindern" und "Kindheit" in Österreich durchgeführt. Die Analyse der österreichischen Forschung soll vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklung erfolgen und auf diese Weise breitere Strukturentwicklungen erfassen. Die Ergebnisse sollen direkt in den jeweiligen Forschungseinrichtungen umgesetzt werden.

Ebenso international ausgerichtet war die vom Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung organisierte Tagung *"Children in a Period of Transition. Childhood Research and Policies in Central and Eastern Europe"*, in deren Rahmen österreichische, mittel- und osteuropäische Wissenschaftler "Kindheit" als soziales Phänomen und die Rechte des Kindes vor dem Hintergrund der tiefgreifenden politischen, demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen Mittel- und Osteuropas diskutierten.

Demgegenüber stellt das Forschungsprojekt *"Familie in Europa 1500-2000"* gleichsam eine vertikale Untersuchungssachse der Grundlagenforschung dar: Es handelt sich dabei um die Fortsetzung der Arbeiten des Vereins Dokumentation lebensgeschichtlicher Aufzeichnungen am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien, der mit der Erarbeitung der "Vienna Data Base on European Family History", die mit entsprechenden Dokumentationsstellen in Budapest und Prag vernetzt werden, die empirische Datenbasis zur Historischen Familienforschung erschlossen hat.

9. Alternsforschung

Ziel des Schwerpunkts war es, die gesellschaftliche Situation älterer Menschen auf der Grundlage von Forschungsergebnissen und Erfahrungsberichten aus der Praxis darzustellen und daraus Richtlinien für einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten. Zur Effektivierung der forschungspolitischen Maßnahmen besteht seit 1992 eine aus Forschern und Praktiker bestehende Arbeitsgruppe, die beratend den Forschungsschwerpunkt begleitet.

Die Erkenntnis, daß die Lebensbedingungen, -formen und -bezüge in den späteren Phasen eines Menschen der modernen Industriegesellschaft in ihrer Heterogenität und Dynamik als ein historisch gesehen qualitativ neuer und bislang einmaliger Abschnitt zu sehen ist, ist heute die Ausgangslage jener wissenschaftlichen Teildisziplinen, die sich mit dem Forschungsfeld "Alter(n)" befassen.

Die Forschungsauftragsvergabe konzentrierte sich in den letzten drei Jahren auf den Komplex der intergenerationellen Beziehungen, die vorrangig mit soziologischen und sozialhistorischen Methoden untersucht wurden. Einzelstudien wurden zu Themen wie "Altersbildung und Generationenverhältnis in Österreich", "Die Betreuung alter Menschen in der Familie", "Kulturelle Lebensformen älterer Österreicher", "Gesellschaftliche Leitbilder vom Altern", "Großeltern in historischen Familienformen", "Generationenbeziehungen im Übergang" und "Die Zukunft des Alters" vergeben. Darüberhinaus wurde in der Diskussion um den Stellenwert der nicht-medizinischen Altersforschung der Begriff "Altersforschung" definiert. Eine entsprechende Dokumentation wurde erarbeitet, die einen gesicherten Überblick über den Stand der Altersforschung in Österreich ermöglicht, von dem ausgehend die weiteren Forschungsperspektiven entwickelt werden können. Diese Publikation, die eine wertvolle Orientierungshilfe für alle an gerontologischen Fragen Interessierte darstellt, wurde anlässlich einer Arbeitstagung im Oktober 1994 in Salzburg präsentiert.

Eine der größten Lücken der empirischen Sozialforschung stellt das Fehlen einer Längsschnittstudie zum Thema "Altern in Österreich: Individuelle Anpassungskapazität und soziale Rahmenbedingungen im Lebenslauf" dar. Im internationalen Vergleich ist Österreich eines der wenigen Länder Europas, die keine Untersuchung zu den Entwicklungsabläufen von Individuen und sozialen Kleingruppen im Zeitablauf vorweisen kann. Folgende Leitgedanken sind bei der Durchführung einer Längsschnittstudie zu beachten:

- Schaffung von Datenbasen im Zusammenhang mit dem demographischen Alterungsprozeß und der steigenden Lebenserwartung,
- Bestimmung von Ursachen und Folgen des neuen, höheren gesellschaftlichen Stellenwerts der älteren Menschen,
- Abstimmung von Forschungen im internationalen Vergleich.

Dabei ist nach Funktionen, Leistungen und Verhalten der älteren Menschen, nach Gruppen und Schichten zu differenzieren, um theoretische und praxisrelevante Bedingungszusammenhänge von "Altern in hoher Lebensqualität" formulieren zu können. Diese können aber nicht mittels Querschnittsvergleichen gewonnen werden, sondern nur, indem man den Lebenslauf einzelner Personen verfolgt. Aus forschungspolitischer Sicht zählt die Durchführung dieser Längsschnitt-analyse zu den zentralen Vorhaben der nächsten Zeit auf dem Gebiet der Altersforschung.

10. Zeitgeschichte

Nach über zwanzig Jahren - ausgehend vom Jahr der *Zeitgeschichte 1975*, das *Jahr 1984 (50. Wiederkehr der Ereignisse des Februar 1934)*, das *Bedenk Jahr 1988* bis zum Jahr 1995, in dem sich die Gründung der Zweiten Republik zum 50. Male jährt -, in denen Zeitgeschichte als Forschungsschwerpunkt vor allem die Funktion hatte, das Fach "Zeitgeschichte" als solches zu etablieren und ein Zeichen politisch-historischer Konfliktkultur zu setzen, lief dieser Schwerpunkt mit Jahresende 1994 aus, wenngleich als Arbeitsbereich weiterhin zumindest berücksichtigt. Allein in den letzten Jahren wurden für die Zeitgeschichtsforschung an die öS 40 Mio. aufgewendet, über 50 % davon ausschließlich für NS-bezogene Geschichte. Dies ist deswegen bemerkenswert, da gerade wegen des Auslaufens des Schwerpunktes "Zeitgeschichte" auch parlamentarische Anfragen sich der Tatsache verschließen, daß sich das Fach Zeitgeschichte mit seinen Fragestellungen über die zwischen 1975 und 1988 intensiv betriebene Erforschung des *Totallitarismus, Faschismus und Nationalsozialismus in Österreich* hinaus offensichtlich weiterentwickelt und sich neuen Themenfeldern zugewendet hat.

Thematisch läßt sich die Forschungsauftragsvergabe auf folgende Punkte konzentrieren:

a. Erste Republik 1918-1938

Zur Geschichte der Ersten Republik, deren intensive Erforschung in den letzten Jahren zugunsten der Erforschung des Nationalsozialismus und der Geschichte des Wiederaufbaus bzw. der Zweiten Republik zurückgegangen war, müssen zumindest zwei biographische Forschungsvorhaben genannt werden, die sich mit der Kontinuitäten/Diskontinuitätenfrage von Entscheidungsträgern aus der Verwaltung sowie des Ständestaatregimes auseinandersetzen: "Mandatare im Ständestaat. Christlich-Ständisch-Autoritär" und "Spitzenbeamte (Sektionschefs) der Ersten Republik". Weitere Vorhaben werden aus thematisch-strukturellen Gründen nachstehend ange-

führt:

b. Geschichte 1938 -1945.

Im Rahmen des Bedenkjahres 1988 und im Zuge der innenpolitischen Diskussion um die Aufarbeitung des Holocaust und der damit verbundenen österreichischen Verantwortung wurden zahlreiche einschlägige Forschungsvorhaben in Auftrag gegeben.

Schon im Jahr 1987 begonnen wurden die wissenschaftlichen Vorbereitung für das von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften veranstaltete Symposium "Österreich, Deutschland und die Mächte 1937/38", in dessen Tagungsband (Wien 1990) die wissenschaftlichen Ergebnisse über die Untersuchungen der Entwicklung des gesamteuropäischen Kontextes zur "Anschlußproblematik" und deren Diskussion im Rahmen des Symposium nachvollziehbar sind.

Sowohl die innenpolitische Diskussion seit 1986 als auch das Bedenkjahr 1988 haben zahlreiche Forschungsfragen aktuell werden lassen. Sei es etwa die Erforschung von Strukturen, wie z.B. der Medienrealität und deren Handhabung durch die Nationalsozialisten seit 1933, die Entwicklung der illegalen Nationalsozialisten (am Fallbeispiel Kärtents), oder die Erforschung von Identitäten durch das NS-Schulwesen und dessen Prägungen. Eine auf einzigartigem Primärquellenmaterial aufbauende Forschungsarbeit beschäftigt sich mit der Haltung und dem Bewußtseinsstand von Österreichern in der Deutschen Wehrmacht 1938-1945.

Andere Fragestellungen untersuchen die individuellen und kollektiven Folgen des NS-Regimes. Hier wären vorrangig jene Forschungsvorhaben anzuführen, die sich mit den Verarbeitungsmechanismen der Erlebnisse der Verfolgten beschäftigen. In den Forschungsarbeiten "Simon Wiesenthal-Zeitzeuge", "Jüdische und nichtjüdische Erinnerungen 1938-1945" und "Innere Emigration 1938-1945" werden Muster der Bewältigung aufgezeigt. Zu den Untersuchungen über nationalsozialistische Maßnahmen gegenüber ethnischen Kollektiven ist zweifellos die Arbeit über die Zwangsaussiedlung der Kärtner Slowenen 1942 hervorzuheben.

Im Bereich der Exilforschung beschäftigten sich die in Auftrag gegebenen Forschungsarbeiten mit der Emigration österreichischer Verfolgter und mit deren sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Identitätsbrüchen: "Österreichische Komponisten im Exil 1938-1945 in den USA" und "Das österreichische Exil in Chile". Gerade letzteres Projekt zeigt allerdings deutlich auch

die zu problematisierende Rolle einzelner Exilländer auf, da Chile auch als willkommenes Zielland ehemaliger hochrangiger Nationalsozialisten bezeichnet werden kann.

Einem besonderen Aspekt politisch motivierter Emigration gehen die Forschungsprojekte "Österreicher in der Sowjetunion 1918-1945" und "Schutzbund-Kinder. Emigranten in der Sowjetunion 1934-1955" nach.

Die Erfassung der "Österreichischen Holocaust-Opfer" und die Aufarbeitung der Beziehungen "Österreich-Israel" (in Vorbereitung) setzen einen staatspolitisch längst notwendigen Schritt zur Erforschung der Auswirkungen österreichischer Verantwortung im Dritten Reich.

c. Geschichte der Zweiten Republik seit 1945.

Seit 1988 bemühte sich das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, daß der Themenkatalog vorrangig Forschungsfelder zur Geschichte der Zweiten Republik enthält, auch um einen besseren Archivzugang zu forcieren. In einer Reihe von Workshops wurden unter Einbeziehung sämtlicher Zeithistoriker-Lehrstühle der österreichischen Universitäten die 1. Zeitgeschichte-Tage (1993 Innsbruck) und 2. Zeitgeschichte-Tage (Mai 1995 Linz, Schwerpunkt Zweiten Republik) erarbeitet und konzipiert. Hiebei erwies sich, daß das Fach Zeitgeschichte sich *offensichtlich* selbst über die nahezu ausschließliche Erforschung der NS-Geschichte hinaus weiterentwickelt hat. Weiter zu verfolgen wären jedenfalls die Konzipierung der Zeitgeschichte-Tage 1997 (Wien) sowie das Projekt zur "Geschichte der österreichischen Bundesländer nach 1945" (Forschungsinstitut Dr. Wilfried Haslauer-Bibliothek, Salzburg). Sowohl thematisch als auch methodisch für das gesamte Fach Zeitgeschichte von hoher Relevanz sind die folgenden Projekte:

"Ernährungssicherung im Nachkriegsösterreich" und "Frauen österreichischer Kriegsgefangener" zeigen die besondere Rolle der Frau im Produktions und Reproduktionsprozeß der Wiederaufbauera auf. "Zur Geschichte des Sendens" zeichnet den Wandel zur Informationsgesellschaft und den Einzug moderner elektronischer Medien in die Alltagskultur der 50er und 60er Jahre nach. Die sensiblen Bereiche österreichischer Vergangenheitsbewältigung und der damit verbundenen Entwicklung der österreichischen Spezifika einer politisch-demokratischen Kultur arbeiten die Forschungsvorhaben über die "Judenfrage im Nachkriegsösterreich" sowie "Demokratie und politische Kultur der Ersten und Zweiten Republik am Beispiel des Salzkammergutes" auf.

Zum Bereich der Geschichte der Staatsgründung 1945 bzw. der Anfangsphase der Zweiten Republik sind die Forschungsarbeiten über die Gründung der staatstragenden Parteien ebenso zu nennen wie Arbeiten über das Verhältnis Österreichs zu den Besatzungsmächten ("Österreich und Frankreich nach 1945") oder seinen Nachbarn ("Die Südtirolfrage 1945-1966"). Als authentische Quellen dieses Zeitraums gelten einerseits die "Ministerratsprotokolle 1945" (s. auch Absatz *e. Quelleneditionen*), die vorerst den unmittelbaren Staatsverdungs- und Regierungsbildungsprozeß dokumentieren, andererseits die aufgearbeiteten Reden und Dokumente 1945-1953 des kürzlich verstorbenen ehemaligen Außenministers Dr. Karl Gruber.

Durch die EU-Mitgliedschaft erlangt auch die geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung des Verhältnisses zwischen EWG und EFTA der Jahre 1958-1963 besondere Bedeutung, da in diesem Zeitraum unter dem damaligen Außenminister Dr. Bruno Kreisky bereits ernsthaft ein EWG-Beitritt Österreichs diskutiert worden war. Vielversprechende Ergebnisse sind von dem Forschungsprojekt "Sozialpartnerschaft und Wirtschaftspolitik 1970-1983" zu erwarten, das sich auf umfangreiches Material des damaligen Handelsministers Dr. Josef Staribacher stützt.

d. Mittelosteuropäische Geschichte.

Mit der Öffnung der Grenzen zu den mittel- und osteuropäischen Nachbarländer im Jahre 1989, deren gesellschaftlichem Transformationsprozeß und der damit einhergehenden Demokratisierung ergaben sich zahlreiche sozial-, wirtschafts- und kulturhistorische Fragestellungen und deren gemeinsame Aufarbeitung.

Eine gemeinsame Initiative von Historikern des Alpen-Adria-Raumes beschäftigt sich mit der Ausarbeitung eines "Alpen-Adria-Geschichtsbuches". Dabei sollen die Positionen des Miteinander, Nebeneinander, aber auch Gegeneinander, des Gemeinsamen und Trennenden einer historisch-kritischen, gemeinsam getragenen Bewertung unterzogen und vorurteilsfrei dargestellt werden. Nicht weniger interessant scheint die Aufarbeitung der Situation der "Minderheiten und Nationalitäten in Ostmittel- und Südosteuropa 1918-1990" sowie des "Verhältnisses der Tschechen und Deutschen in Mähren". Ein bilaterales Projekt beschäftigt sich ausführlich mit einer "Bilanz 100 Jahre Nachbarschaft Österreich-Ungarn". Das Forschungsvorhaben "Der Weg zur slowenischen Eigenstaatlichkeit" erhält gerade durch das besondere Engagements Österreichs bei der Erklärung zur Unabhängigkeit erhöhte Aktualität. Einen interessanten Aspekt der Demokra-

tisierungsfolgen zeigt das Projekt "Nationale Probleme und Arbeiterbewegung in Mitteleuropa" auf.

Die derzeitige Chance des Zutritts zu bislang für westliche Besucher verschlossenen Archiven und deren Beständen ermöglichte eine Bestandsaufnahme von österreichrelevanten Quellenbeständen in polnischen und russischen Archiven. Entsprechend publizierte Dokumenten- und Archivführer sollen einer größeren österreichischen Scientific Community die Möglichkeit bieten, gezielt auf diese Aktenbestände zugreifen zu können.

Ein großes, multilateral unterstütztes Forschungsprojekt widmet sich der Aufgabe, "Die wirtschaftspolitische Rolle Österreichs in der Zwischenkriegszeit in Mitteleuropa" wirtschaftsgeschichtlich aufzuarbeiten. Dabei zeigt sich einhellig, daß sich zahlreiche Wirtschaftskontakte und -strukturen - aber auch jene von Wissenschaftlern - über die Jahrzehnte des Eisernen Vorhangs hinweg erhalten haben und relativ leicht wiederbelebbar waren und sind.

e. Historische Quelleneditionen.

Diese haben den Zweck, einem möglichst großen Kreis von Wissenschaftlern und Interessenten den sonst nur im Archiv möglichen Quellenzugang zu erleichtern. An zeitgeschichtlichen Quelleneditionen sind vorrangig die Edition der Staatsratsprotokolle Deutsch-Österreichs, der Ministerratsprotokolle der Ersten Republik und der Protokolle des Handelspolitischen Ministerkomitees 1931-1937, die Edition der Außenpolitischen Dokumente Österreichs 1918-1938, sowie die im Jahr 1994 begonnene Edition der Ministerratsprotokolle der Anfangsjahre der Zweiten Republik zu nennen. Eine ebenso interessante, wenngleich nicht unbedingt historiographisch als "zeitgeschichtlich" zu bezeichnende Editionsreihe publiziert die Ministerratsprotokolle des gemeinsamen Österreichisch-Ungarischen Ministerrates. Weiters wurden in einem mehrjährigen Projekt die "Parteivorstandssprotokolle der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei Österreichs 1897-1918" als eine wesentliche Quelle für die Forschungen zum Parlamentarismus und zum Übergang der Monarchie zur Republik editionsreif vorbereitet.

11. Gesundheitsförderungsforschung (Public Health)

Unter dem Begriff der "Public-Health-Forschung", die in den angelsächsischen Ländern eine

lange Tradition hat, sind von mehreren Disziplinen übergreifend behandelte Forschungsfragen zum Gesundheitswesen (Vorsorge und Erziehung), zur Verhütung von Krankheiten und zu verhaltens- und umweltbedingten Krankheiten zusammengefaßt. Die gesundheitswissenschaftliche Forschung soll dazu beitragen, Möglichkeiten für Prävention und Gesundheitsförderung besser zu erkennen, Risikofaktoren und besonders gefährdete (regional wie schichtspezifisch) Bevölkerungsgruppen zu identifizieren und die gesundheitlichen Ressourcen der Bevölkerung - nicht zuletzt auch wegen der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen - zu stärken. Die Gesundheitssystem- und -förderungsforschung versteht sich als eine Erweiterung der "klassischen" medizinischen Forschung und forciert eine Integration von medizinischem Wissen und Erkenntnissen der Epidemiologie, Sozialmedizin, Psychologie und Gesundheitsökonomie. Forschungspolitisch bedeutet jedoch eine Erweiterung der Forschungsansätze auch ein Überdenken der Förderung der "hard-science"-Perspektive der medizinischen Forschung, das langfristig dazu führen könnte, in Zukunft mehr als bisher in den Bereich der Gesundheitsforschung zu investieren.

Vor rund 20 Jahren haben die Schweiz und die Niederlande, vor etwa 10 Jahren die Bundesrepublik Deutschland begonnen, mehr oder weniger großzügig und systematisch Programme der gesundheitswissenschaftlichen Forschung wie der Aus- und Weiterbildung zu entwickeln und zu fördern. In all diesen Ländern existieren "Public-Health"-Stellen, die ein Netzwerk von universitären Einrichtungen verschiedener Disziplinen, Forschungsstellen und Institutionen des Gesundheitswesens und der -politik koordinieren. Auch in Österreich sind Bemühungen im Gange, Anschluß an die internationale Entwicklung zu finden. Dies geschieht einerseits durch die Intensivierung der interdisziplinären und internationalen Kontakte auf allen Ebenen des Gesundheitssystems, andererseits durch die Konzentration auf Forschungsfragen, die die wesentlichen gesundheitswissenschaftlichen Defizite in Österreich beseitigen sollten. Für beide Strategien hat sich die Abhaltung von Tagungen, Workshops u.ä. als zielführend und ergebnisreich bewährt.

Daß die Gesundheitsforschung in Österreich durchaus nicht völlig den Anschluß an internationale Tendenzen verloren hat, zeigt die führende Rolle von österreichischen Forschergruppen im Bereich der Gesundheitsförderung in "sozialen Settings" (Gemeinden, Schulen und Krankenhäusern). In anderen Fachgebieten wie der Epidemiologie, Lebensweisenforschung und Gesundheitssystemforschung zeigen sich allerdings noch gravierende Lücken, die zu schließen zu den vielen Aufgaben zählen wird, zu deren Lösung eine gezielte Forschungspolitik einen sinnvollen Beitrag

leisten könnte.

Einen Überblick des bisher in der Gesundheitsforschung Geleisteten bietet eine sehr ausführlich vom Ludwig Boltzmann-Institut für Medizinsoziologie ausgearbeitete Forschungsdokumentation. Daraus ist zu entnehmen, daß in den Jahren 1984-94 von den 68 Forschungsprojekten elf vom Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz, sechs vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, fünf vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst und eines vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales finanziert wurden. Der Anteil des Wissenschaftsministeriums an der Gesamtförderung der Gesundheitsforschung beträgt in diesem Zeitraum über 9% und ist also gleich hoch wie der Anteil des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung.

12. AIDS - Forschung

Seit 1987 war das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung mit dem Forschungsschwerpunkt "Soziale und politische Aspekte von AIDS" bemüht, durch die Vergabe von Forschungsaufträgen Modelle und Strategien von Prävention und Aufklärung erarbeiten zu lassen. Trotz dieser Bemühungen ist es allerdings nicht gelungen, Neuinfektionen mit HIV in den Hauptbetroffenengruppen zu verhindern. In der Entwicklung von Präventionsstrategien wird es immer wichtiger werden, verstärkt für Frauen und Jugendliche auf spezifische Anforderungen und Bedürfnisse zu reagieren. Dabei geht es nicht so sehr darum, "neue Risikogruppen" zu identifizieren, sondern darum, Risikosituationen nachvollziehbarer zu machen und darzulegen, welcher Logik die Präventionspolitik der Information und Aufklärung folgen muß, um im Sinne von selbstverantwortlichen Verhaltensänderungen wirksam zu werden.

Mit der Kampagne "*AIDS geht uns alle an*" konnte vermutlich erstmals ein relativ hohes "AIDS-Bewußtsein" in der österreichischen Bevölkerung erreicht werden. Nicht zuletzt auf der Basis grundlegender und differenzierter wissenschaftlicher Studien versuchte diese Kampagne sowohl für einen humanen, politisch vernünftigen Umgang mit AIDS-Opfern zu plädieren, als auch das heterosexuelle Übertragungsrisiko zu betonen. Da die medizinische Forschung in absehbarer Zeit keine Lösung - sei es in der Heilung von Aids-Erkrankten oder in der Entwicklung eines Impfstoffes gegen die Gefahr einer HIV-Infektion - anzubieten hat, kommt der Vorbeugung und Aufklärung im Sinne einer persönlichen Risikowahrnehmung und Betroffenheit nach wie vor

große Bedeutung zu.

Die exakte Information über die Infektionsgefahr und die AIDS-Krankheit ist wichtig. Gleichzeitig hat die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt, daß das vermehrte Wissen nicht ausgereicht hat, die weitere Verbreitung einzudämmen. Entscheidend ist, wie wir mit diesem Wissen umgehen, wie mit welcher gesellschaftlichen Gruppe darüber kommuniziert wird, wie es uns gelingt, mit Ängsten und Unsicherheiten im Reden über AIDS, das Themen wie Sexualität, Drogen und Tod essentiell berührt, fertig zu werden.

Die Tatsache, daß nicht nur Homosexuelle und Drogenabhängige zu den "Risikogruppen" zu zählen sind, sondern auch Jugendliche und Frauen in bestimmten Risikosituationen als HIVgefährdete Population zu betrachten sind, machen neuerliche Bemühungen notwendig, die gesundheitspolitischen Implikationen der HIV-Übertragung durch heterosexuelle Kontakte zu überdenken, zu strukturieren und in eine öffentlich kommunizierbare Form zu bringen.

Neben der gewiß noch zu intensivierenden epidemiologischen Forschung (vor allem hinsichtlich der sich ständig verändernden Erkrankungswege und Manifestationen der HIV-Infektionen), erscheint es heute angebracht, stärker als bisher aufgrund der bestehenden sozialwissenschaftlichen Forschungsergebnisse spezifische HIV/AIDS-Interventionsprogramme zu entwickeln und ständig einer begleitenden Evaluation zu unterziehen.

Im Zentrum der sozialwissenschaftlichen Forschung zum Komplex AIDS stehen derzeit einerseits Fragen der Organisation bzw. die Frage, wie die Ergebnisse der empirischen Forschung in Präventionsstrategien (safer-sex-Strategien) gesundheitspolitisch wirksam umgesetzt werden können, andererseits das empirisch und vor allem theoretisch relativ neue Feld der Sexualsoziologie, also die Analyse der sozialen Bedingungen von Sexualverhaltensweisen und der gesellschaftlichen Deutungsmuster von Sexualität. Insbesondere von der neueren Systemtheorie werden interessante Konzepte für eine biopsychosoziale Sexualtheorie erwartet.

13. Kulturlandschaftsforschung

Das *Forschungsprogramm Kulturlandschaftsforschung* setzt sich zum Ziel, durch eine Reihe von Forschungsvorhaben, die sich mit allen Fragen der *Nachhaltigkeit der Entwicklung von*

Kulturlandschaften beschäftigen, Lösungsmodelle für einen neuen Umgang des Menschen mit seinen natürlichen Ressourcen zu entwickeln. Korrespondierend zu diesem Forschungsprogramm ergeben sich für die Geistes- und Sozialwissenschaften zahlreiche gesellschaftsbezogene Anknüpfungspunkte, insbesondere durch Fragestellungen an Historiker, aber auch Soziologen.

Die Fragestellungen an die Historiker ergaben sich vor allem aus dem Mangel an ausreichendem Wissen über Maßnahmen der Bewältigung von Umweltbelastungen in der Vergangenheit, die vielleicht modellhaft für neue Lösungsansätze adaptiert werden könnten. Zur Formulierung von Themen und Forschungsfeldern wurde ein Arbeitskreis "Geschichte&Umwelt" installiert. Hier erweist sich der Aufbau der "Historischen Umweltdatenbank" Vorindustrielles Umweltmanagement in Ostösterreich" und der "Historisch-statistischen Umweltdatenbank der Steiermark", die bereits umweltrelevantes Quellenmaterial seit dem Spätmittelalter erschließen, als gute Basis für weiterführende Arbeiten, wie etwa dem großen interdisziplinären Projekt zur Erforschung "Historisch-ökologischer Prozesse in einer Kulturlandschaft am Beispiel Traisental/NÖ". Dieses Großvorhaben bindet z.B. neben der klassischen historischen Forschung auch die Fächer Anthropologie, Archäologie, Archäobotanik, Archäozoologie, Geologie, Limnologie, etc. ein. Der konstituierte Arbeitskreis tritt wieder zusammen, sobald die ersten Ergebnisse vorliegen.

Begleitend hiezu wurden Projekte wie "Umwelt und Raum in historischer Perspektive" (Grundlagen, Definition), "Alte Ansichtskarten in der Landschaftsforschung", das den Wandel der Kultur- und Landschaftsästhetik aufgreift, oder "Kulturen an der Grenze", das grenzüberschreitende Kulturräume am Beispiel des nördlichen Waldviertels untersucht, initiiert.

Eine interessante sozialwissenschaftliche Fragestellung behandelt das Projekt "Lebensqualität im urbanen und ländlichen Raum", das auf die subjektiven Kategorien der Land- und Stadtbevölkerung und deren Empfinden von Lebensqualität eingeht. Parallel hiezu ist ein Forschungsvorhaben über die "Lebensqualität im alpinen Bereich" ein Vorbereitung.

Statistischer Annex

Aufgrund der zum Zeitpunkt der Endredaktion des vorliegenden Berichts noch nicht erfolgten Beschußfassung über das Bundesfinanzgesetz 1995 war es nicht möglich, forschungsstatistische Übersichten mit Daten über das Jahr 1995 aufzunehmen.

Die vom Österreichischen Statistischen Zentralamt vorgenommenen Auswertungen (Tabellen 1 - 6) geben einen Überblick über die von den Bundesdienststellen im Jahre 1993 vergebenen Forschungsförderungen und Forschungsaufträge, gegliedert nach volkswirtschaftlichen Kriterien, nach sozio-ökonomischen Zielsetzungen und nach Wissenschaftszweigen; die ebenfalls vom ÖSTAT erstellte Tabelle 7 enthält eine Schätzung der für Forschung und Entwicklung an den Universitäten eingesetzten personellen Ressourcen (in Vollzeitäquivalenten); die anschließenden Tabellen 8 und 9 bieten einen statistischen Hintergrund zur Situation der Sozial- und Geisteswissenschaften.

Inhaltsverzeichnis:

Tabelle 1: Forschungsförderungen und Forschungsaufträge des Bundes 1993 nach Förderungsempfängern bzw. Auftragnehmern: gegliedert nach volkswirtschaftlichen Sektoren/Bereichen und vergebenden Ressorts (einschließlich "große" Globalförderungen);

Tabelle 2: Forschungsförderungen und Forschungsaufträge des Bundes 1993 nach Förderungsempfängern bzw. Auftragnehmern: gegliedert nach volkswirtschaftlichen Sektoren/Bereichen und vergebenden Ressorts (ohne "große" Globalförderungen);

Tabelle 3: Forschungsförderungen und Forschungsaufträge des Bundes 1993 nach Förderungsempfängern bzw. Auftragnehmern: gegliedert nach sozio-ökonomischen Zielsetzungen und vergebenden Ressorts (einschließlich "große" Globalförderungen);

Tabelle 4: Forschungsförderungen und Forschungsaufträge des Bundes 1993 nach Förderungsempfängern bzw. Auftragnehmern: gegliedert nach sozio-ökonomischen Zielsetzungen und vergebenden Ressorts (ohne "große" Globalförderungen);

Tabelle 5: Forschungsförderungen und Forschungsaufträge des Bundes 1993 nach Förderungsempfängern bzw. Auftragnehmern: gegliedert nach Wissenschaftszweigen und vergebenden Ressorts (einschließlich "große" Globalförderungen);

Tabelle 6: Forschungsförderungen und Forschungsaufträge des Bundes 1993 nach Förderungsempfängern bzw. Auftragnehmern: gegliedert nach Wissenschaftszweigen und vergebenden Ressorts (ohne "große" Globalförderungen);

Tabelle 7: Universitäten: Bundespersonal an Instituten und Kliniken im Jahr 1995 (gegliedert nach Wissenschaftszweigen und Beschäftigtenkategorien);

Tabelle 8: Personalplanstellen an Universitäten: Vergleich der Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Fakultäten mit Grund- und Integrativwissenschaftlichen und Naturwissenschaftlichen Fakultäten 1990 bis 1994;

Tabelle 9: Habilitationen im Vergleich der Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Fakultäten mit Grund- und Integrativwissenschaftlichen und Naturwissenschaftlichen Fakultäten 1990 bis 1994.

Tabelle 1: Forschungsförderungen und Forschungsaufträge des Bundes 1993 nach Förderungsempfängern bzw. Auftragnehmern (gegliedert nach volkswirtschaftlichen Sektoren/Bereichen) und vergebenden Ressorts

Auswertung der Faktendokumentation ¹ der Bundesdienststellen für 1993 einschließlich "große" Globalförderungen ²

RESSORT	Teilbeträge 1993	d a v o n v e r g e b e n a n																								
		HOCHSCHULEKTOR					SEKTOR STAAT					PRIV. GEMEINN. SEKTOR			UNTERNEHMENSEKTOR											
		Universitäten (einschl. Kliniken)	Kunsthochschulen	Österr. Akademie der Wissenschaften	Versuchsanstalten an HTLs	ZUSAMMEN	Bundeseinrichtungen (außerhalb des HS-Sektors)	Landeseinrichtungen	Gemeinden	Kammern	Sozialversicherungsträger	ZUSAMMEN	Priv. gemeinn. Sektor ohne L. Boltzmann-Gesellschaft	Ludwig Boltzmann- Gesellschaft	ZUSAMMEN	Kooperativer Bereich ohne ÖFZS	Österr. Forschungszentrum Seibersdorf (ÖFZS)	Ziviltechniker	Technische Büros	Wohnbaugesellschaften	Firmen (einschl. Kraftwerksgesellschaften)	ZUSAMMEN	FONDS ZUR FÖRDERUNG DER WIS- SENSCHAFTLICHEN FORSCHUNG	FORSCHUNGSFÖRDERUNGSFONDS FÜR DIE GEWERBLICHE WIRTSCHAFT	INDIVIDUALFORSCHER	SONSTIGE
	in Schilling																									
BKA	6 025 804	1,2	-	9,7	-	10,9	0,7	-	-	-	-	0,7	55,9	-	55,9	6,8	-	-	-	10,8	17,6	-	-	14,9	-	
BMI	2 122 623	2,7	-	55,1	-	57,8	-	-	-	-	-	-	42,2	-	42,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
BMUK	3 824 446	27,1	-	-	-	27,1	-	-	-	-	-	-	43,3	4,6	47,9	-	-	-	-	3,9	3,9	-	-	21,1	-	
BMWF	2 565 227 410	6,8	0,1	13,1	-	20,0	0,3	0,1	-	-	-	0,4	6,7	1,2	7,9	2,3	13,6	0,0	0,0	-	0,3	16,2	22,8	32,0	0,6	0,1
BMAS	42 866 036	1,1	-	1,0	-	2,1	0,0	-	-	-	-	0,0	80,2	2,8	83,0	-	-	-	-	6,3	6,3	-	-	8,6	-	
BMGSK	17 975 919	30,8	-	1,4	-	32,2	2,4	-	-	-	-	2,4	14,6	2,7	17,3	6,6	39,6	-	-	-	46,2	-	-	-	1,9	-
BMUJF	13 770 851	36,5	-	7,6	-	44,1	-	-	-	-	-	-	34,0	1,0	35,0	9,9	-	2,5	-	-	0,7	13,1	-	-	0,7	7,1
BMAA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
BMJ	998 615	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	100,0	-	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
BML	3 932 106	53,3	-	12,4	-	65,7	-	-	-	-	-	-	12,5	-	12,5	-	-	-	-	8,1	8,1	-	-	13,7	-	
BMF	62 635 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	100,0	-	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
BMLF	29 957 898	52,6	-	0,9	-	53,5	0,3	2,8	-	-	-	3,1	16,4	0,5	16,9	4,5	11,4	-	-	0,9	16,8	-	-	5,8	3,9	
BMWA	38 825 891	18,6	-	-	-	18,6	9,1	-	-	0,3	-	9,4	15,5	-	15,5	6,6	-	6,4	-	26,7	14,6	54,3	-	-	1,2	1,0
BMÖWV	19 180 600	9,2	-	-	-	9,2	-	-	-	-	-	-	35,6	-	35,6	-	2,1	1,8	-	44,8	48,7	-	-	1,2	5,3	
INSGESAMT	2 807 343 199	7,6	0,1	12,1	-	19,8	0,4	0,1	-	0,0	-	0,5	10,7	1,2	11,9	2,4	12,8	0,2	0,0	0,4	0,9	16,7	20,9	29,2	0,8	0,2

Stand: 6. April 1995

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt (ÖSTAT)

¹ Ergänzt um Forschungsprojekte des BMUJF. Quelle: Forschungsdatenbank des BMUJF, Stand: 28.2.1995.

² d.h. einschließlich Globalförderungen für: Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft, Ludwig Boltzmann-Gesellschaft, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Österreichisches Forschungszentrum Seibersdorf (insgesamt 2 015 832 558 Schilling).

Tabelle 2: Forschungsförderungen und Forschungsaufträge des Bundes 1993 nach Förderungsempfängern bzw. Auftragnehmern (gegliedert nach volkswirtschaftlichen Sektoren/Bereichen) und vergebenden Ressorts

Auswertung der Faktendokumentation ¹ der Bundesdienststellen für 1993 ohne "große" Globalförderungen ²

RESSORT	Teilbeträge 1993	d a v o n v e r g e b e n a n																								
		HOCHSCHULEKTOR					SEKTOR STAAT					PRIV. GEMEINN. SEKTOR			UNTERNEHMENSEKTOR											
		Universitäten (einschl. Kliniken)	Kunsthochschulen	Österr. Akademie der Wissenschaften	Versuchsanstalten an HTLs	ZUSAMMEN	Bundeseinrichtungen (außerhalb des HS-Sektors)	Landeseinrichtungen	Gemeinden	Kammern	Sozialversicherungsträger	ZUSAMMEN	Priv. gemeinn. Sektor ohne L. Boltzmann-Gesellschaft	Ludwig Boltzmann- Gesellschaft	ZUSAMMEN	Kooperativer Bereich ohne ÖFZS	Österr. Forschungszentrum Seibersdorf (ÖFZS)	Ziviltechniker	Technische Büros	Wohnbaugesellschaften	Firmen (einschl. Kraftwerksgesellschaften)	ZUSAMMEN	FONDS ZUR FÖRDERUNG DER WIS- SENSCHAFTLICHEN FORSCHUNG	FORSCHUNGSFÖRDERUNGSFONDS FÜR DIE GEWERBLICHE WIRTSCHAFT	INDIVIDUALFORSCHER	SONSTIGE
	in Schilling	in Prozent																								
BKA	6 025 804	1,2	-	9,7	-	10,9	0,7	-	-	-	-	0,7	55,9	-	55,9	6,8	-	-	-	-	10,8	17,6	-	-	14,9	-
BMI	2 122 623	2,7	-	55,1	-	57,8	-	-	-	-	-	-	42,2	-	42,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
BMUK	3 824 446	27,1	-	-	-	27,1	-	-	-	-	-	-	43,3	4,6	47,9	-	-	-	-	-	3,9	3,9	-	-	21,1	-
BMWF	549 394 852	31,7	0,3	13,4	-	45,4	1,4	0,3	-	-	-	1,7	31,2	0,7	31,9	10,8	5,6	0,2	0,1	-	1,3	18,0	-	-	2,7	0,3
BMAS	42 866 036	1,1	-	1,0	-	2,1	0,0	-	-	-	-	0,0	80,2	2,8	83,0	-	-	-	-	-	6,3	6,3	-	-	8,6	-
BMGSK	17 975 919	30,8	-	1,4	-	32,2	2,4	-	-	-	-	2,4	14,6	2,7	17,3	6,6	39,6	-	-	-	-	46,2	-	-	1,9	-
BMUJF	13 770 851	36,5	-	7,6	-	44,1	-	-	-	-	-	-	34,0	1,0	35,0	9,9	-	2,5	-	-	0,7	13,1	-	-	0,7	7,1
BMAA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
BMJ	998 615	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	100,0	-	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
BML	3 932 106	53,3	-	12,4	-	65,7	-	-	-	-	-	-	12,5	-	12,5	-	-	-	-	-	8,1	8,1	-	-	13,7	-
BMF	62 635 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	100,0	-	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
BMLF	29 957 898	52,6	-	0,9	-	53,5	0,3	2,8	-	-	-	3,1	16,4	0,5	16,9	4,5	11,4	-	-	-	0,9	16,8	-	-	5,8	3,9
BMWA	38 825 891	18,6	-	-	-	18,6	9,1	-	-	0,3	-	9,4	15,5	-	15,5	6,6	-	6,4	-	26,7	14,6	54,3	-	-	1,2	1,0
BMÖWV	19 180 600	9,2	-	-	-	9,2	-	-	-	-	-	-	35,6	-	35,6	-	2,1	1,8	-	-	44,8	48,7	-	-	1,2	5,3
INSGESAMT	791 510 641	27,0	0,2	9,8	-	37,0	1,5	0,3	-	0,0	-	1,8	38,1	0,8	38,9	8,4	5,3	0,5	0,0	1,3	3,2	18,7	-	-	3,0	0,6

Stand: 6. April 1995

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt (ÖSTAT)

¹ Ergänzt um Forschungsprojekte des BMUJF. Quelle: Forschungsdatenbank des BMUJF, Stand: 28.2.1995.

² d.h. ohne Globalförderungen für: Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft, Ludwig Boltzmann-Gesellschaft, Österreichische Akademie der Wissenschaften (Gesamtbetrag insgesamt 2 015 832 558 Schilling).

Tabelle 3: Forschungsförderungen und Forschungsaufträge des Bundes 1993 nach sozio-ökonomischen Zielsetzungen und vergebenden Ressorts

Auswertung der Faktendokumentation ¹ der Bundesdienststellen für 1993 nach sozio-ökonomischen Zielsetzungen (ÖSTAT-Klassifikation), einschließlich "große" Globalförderungen ²

RESSORT	Teilbeträge 1993	davon für														
		Förde- rung der Erfor- schung der Er- de, der Meere, der At- mosphä- re und des Welt- raums	Förde- rung der Land- und Forst- wirt- schaft	Förde- rung von Handel, Gewerbe und In- dustrie	Förde- rung der Erzeu- gung, Speiche- rung und Ver- teilung von Energie	Förde- rung des Trans- port-, Ver- kehrs- und Nach- richten- wesens	Förde- rung des Unter- richts- und Bil- dungs- wesens	Förde- rung des Gesund- heitswe- sens	Förde- rung der sozialen und so- zio-ökono- mischen Entwick- lung	Förde- rung des Umwelt- schutzes	Förde- rung der Stadt- und Raum- planung	Förde- rung der Landes- verteidi- gung	Förde- rung an- erer Ziel- setzungen	Förde- rung der al- gemeinen Erweite- rung des Wissens		
BKA	in Schilling in %	6 025 804 100,0	70 000 1,2	-	-	-	-	-	42 000 0,7	2 626 429 43,6	-	3 287 375 54,5	-	-	-	
BMI	in Schilling in %	2 122 623 100,0	-	-	-	-	951 573 44,8	-	-	-	-	-	-	-	1 171 050 55,2	
BMUK	in Schilling in %	3 824 446 100,0	-	-	-	-	-	2 993 446 78,3	-	717 000 18,7	-	-	-	-	114 000 3,0	
BMWF	in Schilling in %	2 565 227 410 100,0	104 803 345 4,1	30 589 055 1,2	862 399 168 33,6	87 894 289 3,4	18 183 013 0,7	15 867 320 0,6	219 433 653 8,6	105 615 731 4,1	235 912 870 9,2	6 836 750 0,3	-	16 440 858 0,6	861 251 358 33,6	
BMAS	in Schilling in %	42 866 036 100,0	-	-	-	-	-	364 460 0,9	-	41 899 412 97,7	-	331 914 0,8	-	-	270 250 0,6	
BMGSK	in Schilling in %	17 975 919 100,0	-	-	460 105 2,6	-	-	-	10 428 455 57,9	2 564 672 14,3	1 627 741 9,1	-	-	-	2 894 946 16,1	
BMUJF	in Schilling in %	13 770 851 100,0	953 491 6,9	-	177 040 1,3	250 000 1,8	-	-	-	255 000 1,9	10 414 320 75,6	-	-	-	1 721 000 12,5	
BMAA	in Schilling in %	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
BMJ	in Schilling in %	998 615 100,0	-	-	-	-	-	-	-	998 615 100,0	-	-	-	-	-	
BML	in Schilling in %	3 932 106 100,0	-	-	365 000 9,3	-	-	-	-	-	-	-	3 567 106 90,7	-		
BMF	in Schilling in %	62 635 000 100,0	-	-	-	-	-	-	-	62 635 000 100,0	-	-	-	-	-	
BMLF	in Schilling in %	29 957 898 100,0	400 000 1,3	15 736 280 52,6	1 406 470 4,7	-	-	-	-	500 000 1,7	4 324 218 14,4	-	-	-	7 590 930 25,3	
BMWA	in Schilling in %	38 825 891 100,0	-	-	17 004 443 43,7	185 073 0,5	4 194 000 10,8	536 590 1,4	-	3 889 879 10,0	2 392 000 6,2	10 000 000 25,8	-	-	-	623 906 1,6
BMÖVV	in Schilling in %	19 180 600 100,0	100 000 0,5	-	2 991 348 15,6	-	5 675 479 29,7	-	-	4 824 605 25,1	5 204 168 27,1	285 000 1,5	-	-	-	100 000 0,5
INSGESAMT	in Schilling in %	2 807 343 199 100,0	106 326 836 3,8	46 325 335 884 803 574 1,7	88 329 362 31,5	29 004 065 3,1	19 761 816 229 904 108 226 526 343 259 875 317 0,7 8,2 8,1	20 741 039 9,3	3 567 106 9,3	16 440 858 875 737 440 0,6	-	-	-	-	-	

Stand: 6. April 1995

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt (ÖSTAT)

¹ Ergänzt um Forschungsprojekte des BMUJF. Quelle: Forschungsdatenbank des BMUJF, Stand: 28.2.1995.

² d.h. einschließlich Globalförderungen für: Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft, Ludwig Boltzmann-Gesellschaft, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Österreichisches Forschungszentrum Seibersdorf (insgesamt 2 015 832 558 Schilling).

Tabelle 4: Forschungsförderungen und Forschungsaufträge des Bundes 1993 nach sozio-ökonomischen Zielsetzungen und vergebenden Ressorts

Auswertung der Faktendokumentation¹ der Bundesdienststellen für 1993 nach sozio-ökonomischen Zielsetzungen (ÖSTAT-Klassifikation), ohne "große" Globalförderungen²

RESSORT	Teilbeträge 1993	davon für												Förde- rung der allge- meinen Erweite- rung des Wissens
		Förde- rung der Erfor- schung der Er- de, der Meere, der At- mosphä- re und des Welt- raums	Förde- rung der Land- und Forst- wirt- schaft	Förde- rung von Handel, Gewerbe und In- dustrie	Förde- rung der Erzeu- gung, Speiche- rung und Ver- teilung von Energie	Förde- rung des Trans- port-, Ver- kehrs- und Nach- richten- wesens	Förde- rung des Unter- richts- und Bil- dungs- wesens	Förde- rung des Gesund- heitswe- sens	Förde- rung der sozialen und so- zio-ökono- mischen Entwick- lung	Förde- rung des Umwelt- schutzes	Förde- rung der Stadt- und Raum- planung	Förde- rung der Landes- verteidi- gung	Förde- rung an- derer Zielset- zungen	
BKA	in Schilling 6 025 804 in % 100,0	70 000 1,2	-	-	-	-	-	42 000 0,7	2 626 429 43,6	-	3 287 375 54,5	-	-	-
BMI	in Schilling 2 122 623 in % 100,0	-	-	-	-	951 573 44,8	-	-	-	-	-	-	-	1 171 050 55,2
BMUK	in Schilling 3 824 446 in % 100,0	-	-	-	-	-	2 993 446 78,3	-	717 000 18,7	-	-	-	-	114 000 3,0
BMWF	in Schilling 549 394 852 in % 100,0	55 058 430 10,0	5 389 847 1,0	110 772 674 20,2	14 558 656 2,6	7 097 895 1,3	11 343 147 2,1	44 420 815 8,1	70 211 111 12,8	31 555 678 5,7	650 000 0,1	-	13 887 550 2,5	184 449 049 33,6
BMAS	in Schilling 42 866 036 in % 100,0	-	-	-	-	-	364 460 0,9	-	41 899 412 97,7	-	331 914 0,8	-	-	270 250 0,6
BMGSK	in Schilling 17 975 919 in % 100,0	-	-	460 105 2,6	-	-	-	10 428 455 57,9	2 564 672 14,3	1 627 741 9,1	-	-	-	2 894 946 16,1
BMUJF	in Schilling 13 770 851 in % 100,0	953 491 6,9	-	177 040 1,3	250 000 1,8	-	-	-	255 000 1,9	10 414 320 75,6	-	-	-	1 721 000 12,5
BMAA	in Schilling -	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
BMJ	in Schilling 998 615 in % 100,0	-	-	-	-	-	-	-	998 615 100,0	-	-	-	-	-
BML	in Schilling 3 932 106 in % 100,0	-	-	365 000 9,3	-	-	-	-	-	-	-	3 567 106 90,7	-	-
BMF	in Schilling 62 635 000 in % 100,0	-	-	-	-	-	-	-	62 635 000 100,0	-	-	-	-	-
BMLF	in Schilling 29 957 898 in % 100,0	400 000 1,3	15 736 280 52,6	1 406 470 4,7	-	-	-	-	500 000 1,7	4 324 218 14,4	-	-	-	7 590 930 25,3
BMWA	in Schilling 38 825 891 in % 100,0	-	-	17 004 443 43,7	185 073 0,5	4 194 000 10,8	536 590 1,4	-	3 889 879 10,0	2 392 000 6,2	10 000 000 25,8	-	-	623 906 1,6
BMÖWV	in Schilling 19 180 600 in % 100,0	100 000 0,5	-	2 991 348 15,6	-	5 675 479 29,7	-	-	4 824 605 25,1	5 204 168 27,1	285 000 1,5	-	-	100 000 0,5
INSGESAMT	in Schilling 791 510 641 in % 100,0	56 581 921 7,1	21 126 127 2,7	133 177 080 16,8	14 993 729 1,9	17 918 947 2,3	15 237 643 1,9	54 891 270 6,9	191 121 723 24,2	55 518 125 7,0	14 554 289 1,8	3 567 106 0,5	13 887 550 198 935 131 1,8 25,1	

Stand: 6. April 1995

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt (ÖSTAT)

¹ Ergänzt um Forschungsprojekte des BMUJF. Quelle: Forschungsdatenbank des BMUJF, Stand: 28.2.1995.

2 d.h. ohne Globalförderungen für: Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft, Ludwig Boltzmann-Gesellschaft, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Österreichisches Forschungszentrum Seibersdorf (insgesamt 2 015 832 558 Schilling).

Tabelle 5: Forschungsförderungen und Forschungsaufträge des Bundes 1993 nach Wissenschaftszweigen und vergebenden Ressorts
 Auswertung der Faktendokumentation ¹ der Bundesdienststellen für 1993 einschließlich "große" Globalförderungen ²

RESSORT	Teilbeträge 1993	d a v o n f ü r					
		1.0 Naturwissen- schaften	2.0 Technische Wissenschaften	3.0 Humanmedizin	4.0 Land- und Forstwirtschaft, Veterinärmedizin	5.0 Sozialwissen- schaften	6.0 Geisteswissen- schaften
BKA	in Schilling in %	6 025 804 100,0	70 000 1,2	-	42 000 0,7	-	5 913 804 98,1
BMI	in Schilling in %	2 122 623 100,0	721 050 34,0	56 830 2,7	-	-	1 344 743 63,3
BMUK	in Schilling in %	3 824 446 100,0	350 000 9,2	-	-	-	3 474 446 90,8
BMWF	in Schilling in %	2 565 227 410 100,0	852 199 103 33,2	976 968 494 38,0	283 493 324 11,1	70 556 647 2,8	181 143 306 7,1
BMAS	in Schilling in %	42 866 036 100,0	-	-	-	-	42 866 036 100,0
BMGSK	in Schilling in %	17 975 919 100,0	5 549 998 30,9	8 032 818 44,7	848 631 4,7	1 743 000 9,7	1 801 472 10,0
BMUJF	in Schilling in %	13 770 851 100,0	6 421 439 46,7	3 545 640 25,7	-	150 000 1,1	3 653 772 26,5
BMAA	in Schilling in %	-	-	-	-	-	-
BMJ	in Schilling in %	998 615 100,0	-	-	-	-	998 615 100,0
BML	in Schilling in %	3 932 106 100,0	1 342 800 34,1	1 712 000 43,6	-	-	877 306 22,3
BMF	in Schilling in %	62 635 000 100,0	-	-	-	-	62 635 000 100,0
BMLF	in Schilling in %	29 957 898 100,0	13 551 759 45,2	98 278 0,3	-	11 557 251 38,6	4 750 610 15,9
BMWA	in Schilling in %	38 825 891 100,0	1 015 906 2,6	25 202 557 64,9	-	-	12 607 428 32,5
BMÖWV	in Schilling in %	19 180 600 100,0	100 000 0,5	7 943 618 41,4	-	41 299 0,2	11 095 683 57,9
INSGESAMT	in Schilling in %	2 807 343 199 100,0	881 322 055 31,4	1 023 560 235 36,4	284 383 955 10,1	84 048 197 3,0	333 162 221 11,9
							200 866 536 7,2

Stand: 6. April 1995

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt (ÖSTAT)

¹ Ergänzt um Forschungsprojekte des BMUJF. Quelle: Forschungsdatenbank des BMUJF, Stand: 28.2.1995.² d.h. einschließlich Globalförderungen für: Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft, Ludwig Boltzmann-Gesellschaft, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Österreichisches Forschungszentrum Seibersdorf (insgesamt 2 015 832 558 Schilling).

Tabelle 6: Forschungsförderungen und Forschungsaufträge des Bundes 1993 nach Wissenschaftszweigen und vergebenden Ressorts

Auswertung der Faktendokumentation ¹ der Bundesdienststellen für 1993 ohne "große" Globalförderungen ²

RESSORT	Teilbeträge 1993	d a v o n f ü r						
		1.0 Naturwissen- schaften	2.0 Technische Wissenschaften	3.0 Humanmedizin	4.0 Land- und Forstwirtschaft, Veterinärmedizin	5.0 Sozialwissen- schaften	6.0 Geisteswissen- schaften	
BKA	in Schilling in %	6 025 804 100,0	70 000 1,2	-	42 000 0,7	-	5 913 804 98,1	-
BMI	in Schilling in %	2 122 623 100,0	721 050 34,0	56 830 2,7	-	-	1 344 743 63,3	-
BMUK	in Schilling in %	3 824 446 100,0	350 000 9,2	-	-	-	3 474 446 90,8	-
BMWF	in Schilling in %	549 394 852 100,0	182 684 569 33,2	144 677 717 26,3	40 396 634 7,4	11 920 455 2,2	112 587 682 20,5	57 127 795 10,4
BMAS	in Schilling in %	42 866 036 100,0	-	-	-	-	42 866 036 100,0	-
BMGSK	in Schilling in %	17 975 919 100,0	5 549 998 30,9	8 032 818 44,7	848 631 4,7	1 743 000 9,7	1 801 472 10,0	-
BMUJF	in Schilling in %	13 770 851 100,0	6 421 439 46,7	3 545 640 25,7	-	150 000 1,1	3 653 772 26,5	-
BMAA	in Schilling in %	-	-	-	-	-	-	-
BMJ	in Schilling in %	998 615 100,0	-	-	-	-	998 615 100,0	-
BML	in Schilling in %	3 932 106 100,0	1 342 800 34,1	1 712 000 43,6	-	-	877 306 22,3	-
BMF	in Schilling in %	62 635 000 100,0	-	-	-	-	62 635 000 100,0	-
BMLF	in Schilling in %	29 957 898 100,0	13 551 759 45,2	98 278 0,3	-	11 557 251 38,6	4 750 610 15,9	-
BMWA	in Schilling in %	38 825 891 100,0	1 015 906 2,6	25 202 557 64,9	-	-	12 607 428 32,5	-
BMÖVV	in Schilling in %	19 180 600 100,0	100 000 0,5	7 943 618 41,4	-	41 299 0,2	11 095 683 57,9	-
INSGESAMT	in Schilling in %	791 510 641 100,0	211 807 521 26,8	191 269 458 24,2	41 287 265 5,2	25 412 005 3,2	264 606 597 33,4	57 127 795 7,2

Stand: 6. April 1995

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt (ÖSTAT)

¹ Ergänzt um Forschungsprojekte des BMUJF. Quelle: Forschungsdatenbank des BMUJF, Stand: 28.2.1995.² d.h. ohne Globalförderungen für: Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft, Ludwig Boltzmann-Gesellschaft, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Österreichisches Forschungszentrum Seibersdorf (insgesamt 2 015 832 558 Schilling).

Tabelle 7:

UNIVERSITÄTEN - BUNDESPERSONAL AN INSTITUTEN UND KLINIKEN (wissenschaftliches und nichtwissenschaftliches Personal)¹
 gegliedert nach Wissenschaftszweigen und Beschäftigtenkategorien

(VZÄ-Schätzung aufgrund des Stellenplanes 1. 1. 1995; 1 Planstelle = 1.0 VZÄ; auf der Basis der Koeffizienten aus der F&E-Erhebung 1989)
 Vollzeitäquivalente (VZÄ) für Lehre und Ausbildung, Forschung und experimentelle Entwicklung und Sonstige Tätigkeiten

WISSENSCHAFTSZWEIGE	Professoren				Assistenten				Sonstiges wissenschaftliches Personal				Wissenschaftliches Personal ZUSAMMEN				Nichtwissenschaftliches Personal				INSGESAMT				
	Lehre und Ausbildung	Forschung und experimentelle Entwicklung	Sonstige Tätigkeiten	ZUSAMMEN	Lehre und Ausbildung	Forschung und experimentelle Entwicklung	Sonstige Tätigkeiten	ZUSAMMEN	Lehre und Ausbildung	Forschung und experimentelle Entwicklung	Sonstige Tätigkeiten	ZUSAMMEN	Lehre und Ausbildung	Forschung und experimentelle Entwicklung	Sonstige Tätigkeiten	ZUSAMMEN	Lehre und Ausbildung	Forschung und experimentelle Entwicklung	Sonstige Tätigkeiten	ZUSAMMEN	Lehre und Ausbildung	Forschung und experimentelle Entwicklung	Sonstige Tätigkeiten	ZUSAMMEN	
Vollzeitäquivalente																									
1.0 Naturwissenschaften	208,7	222,1	56,2	487,0	518,7	775,4	154,4	1 448,5	64,7	97,7	28,7	191,1	792,1	1 095,2	239,3	2 126,6	437,5	617,3	247,6	1 302,4	1 229,6	1 712,5	486,9	3 429,0	
2.0 Technische Wissenschaften	97,0	92,6	32,4	222,0	282,7	397,7	101,6	782,0	36,1	49,3	20,9	106,3	415,8	539,6	154,9	1 110,3	230,8	306,9	142,5	680,2	646,6	846,5	297,4	1 790,5	
3.0 Humanmedizin ohne Kliniken	51,6	62,6	18,8	133,0	211,9	337,6	93,6	643,1	13,8	28,6	12,2	54,6	277,3	428,8	124,6	830,7	205,9	456,6	208,7	871,2	483,2	885,4	333,3	1 701,9	
Kliniken	35,2	47,6	81,2	164,0	226,3	500,7	1 162,0	1 889,0	10,5	21,1	43,7	75,3	272,0	569,4	1 286,9	2 128,3	79,2	163,9	360,9	604,0	351,2	733,3	1 647,8	2 732,3	
einschließlich Kliniken	86,8	110,2	100,0	297,0	438,2	838,3	1 255,6	2 532,1	24,3	49,7	55,9	129,9	549,3	998,2	1 411,5	2 959,0	285,1	620,5	569,6	1 475,2	834,4	1 618,7	1 981,1	4 434,2	
4.0 Land- und Forstwirtschaft, Veterinärmedizin	25,1	24,4	8,5	58,0	69,6	94,2	42,7	206,5	8,1	8,2	5,5	21,8	102,8	126,8	56,7	286,3	123,3	179,2	107,4	409,9	226,1	306,0	164,1	696,2	
1.0 bis 4.0 Zwischensumme																									
ohne Kliniken	382,4	401,7	115,9	900,0	1 082,9	1 604,9	392,3	3 080,1	122,7	183,8	67,3	373,8	1 588,0	2 190,4	575,5	4 353,9	997,5	1 560,0	706,2	3 263,7	2 585,5	3 750,4	1 281,7	7 617,6	
einschließlich Kliniken	417,6	449,3	197,1	1 064,0	1 309,2	2 105,6	1 554,3	4 969,1	133,2	204,9	111,0	449,1	1 860,0	2 759,8	1 862,4	6 482,2	1 076,7	1 723,9	1 067,1	3 867,7	2 936,7	4 483,7	2 929,5	10 349,9	
5.0 Sozialwissenschaften	174,5	193,3	43,2	411,0	390,3	474,3	141,9	1 006,5	31,7	35,3	15,4	82,4	596,5	702,9	200,5	1 499,9	184,6	177,0	101,7	463,3	781,1	879,9	302,2	1 963,2	
6.0 Geisteswissenschaften	182,1	190,2	44,7	417,0	326,7	393,2	110,1	830,0	145,3	94,8	30,7	270,8	654,1	678,2	185,5	1 517,8	177,5	164,7	97,8	440,0	831,6	842,9	283,3	1 957,8	
5.0 und 6.0 Zwischensumme	356,6	383,5	87,9	828,0	717,0	867,5	252,0	1 836,5	177,0	130,1	46,1	353,2	1 250,6	1 381,1	386,0	3 017,7	362,1	341,7	199,5	903,3	1 612,7	1 722,8	585,5	3 921,0	
1.0 bis 6.0 INSGESAMT																									
ohne Kliniken	739,0	785,2	203,8	1 728,0	1 799,9	2 472,4	644,3	4 916,6	299,7	313,9	113,4	727,0	2 838,6	3 571,5	961,5	7 371,6	1 359,6	1 901,7	905,7	4 167,0	4 198,2	5 473,2	1 867,2	11 538,6	
einschließlich Kliniken	774,2	832,8	285,0	1 892,0	2 026,2	2 973,1	1 806,3	6 805,6	310,2	335,0	157,1	802,3	3 110,6	4 140,9	2 248,4	9 499,9	1 438,8	2 065,6	1 266,6	4 771,0	4 549,4	6 206,5	3 515,0	14 270,9	

Stand: 6. April 1995

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt (ÖSTAT)

¹ Es sei darauf hingewiesen, daß die zugrundeliegenden Planstellenwerte, die natürlich auch unbesetzte Planstellen einschließen, das wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Instituts- bzw. Klinikpersonal umfassen, während das Personal der zentralen Universitätsverwaltungen ausgeschlossen ist und auch refundiertes Personal bzw. an den Instituten (Kliniken) tätiges Nicht-Bundespersonal gleichfalls nicht einbezogen ist.

Tabelle 8:

Personalplanstellen, 1990 bis 1994			1990	1991	1992	1993	1994	Veränd. 90-94 In %	Anteil an allem Per- sonal in %
	Stand :		1.4.	8.4.	31.3.	1.4.	1.1.		
UNIVERSITÄT WIEN									
Sowi-Fak.	o. Professoren	21	27	32	32	36	71,43	2,76	
	ao. Professoren	5	6	6	6	6	20,00	1,05	
	Prof. zusammen	26	33	38	38	42	61,54	2,24	
	Assistenten	67	71	107	88	115	71,64	1,76	
	wiss. Dienst, Lehrer	4	7	7	6	6	50,00	0,82	
	wiss. Pers. gesamt	97	111	152	132	163	68,04	1,78	
	nichtwiss. Pers.	37,5	43,5	65,5	65,5	69,5	85,33	1,05	
	gesamt	134,5	154,5	217,5	197,5	232,5	72,86	1,47	
Gruwi-Fak.	o. Professoren	27	28	28	28	28	3,70	2,15	
	ao. Professoren	19	22	24	22	23	21,05	4,03	
	Prof. zusammen	46	50	52	50	51	10,87	2,72	
	Assistenten	107	113	118,5	118,5	120,5	12,62	1,84	
	wiss. Dienst, Lehrer	15,5	13,5	15,5	17,5	15,5	0,00	2,12	
	wiss. Pers. gesamt	168,5	176,5	186	186	187	10,98	2,04	
	nichtwiss. Pers.	64,5	67,5	72,5	73,5	77,5	20,16	1,17	
	gesamt	233	244	258,5	259,5	264,5	13,52	1,67	
Gewi-Fak.	o. Professoren	71	74	74	74	74	4,23	5,68	
	ao. Professoren	27	29	29	29	31	14,81	5,43	
	Prof. zusammen	98	103	103	103	105	7,14	5,60	
	Assistenten	157,5	162,5	161,5	180,5	183,5	16,51	2,80	
	wiss. Dienst, Lehrer	77	78	80	78	80	3,90	10,94	
	wiss. Pers. gesamt	332,5	343,5	344,5	361,5	368,5	10,83	4,03	
	nichtwiss. Pers.	99	103,5	114	114	117,5	18,69	1,77	
	gesamt	431,5	447	458,5	475,5	486	12,63	3,08	
Sowi, Gewi, Gruwi	o. Professoren	119	129	134	134	138	15,97	10,59	
zusammen	ao. Professoren	51	57	59	57	60	17,65	10,51	
	Prof. zusammen	170	186	193	191	198	16,47	10,57	
	Assistenten	331,5	346,5	387	387	419	26,40	6,40	
	wiss. Dienst, Lehrer	96,5	98,5	102,5	101,5	101,5	5,18	13,88	
	wiss. Pers. gesamt	598	631	682,5	679,5	718,5	20,15	7,85	
	nichtwiss. Pers.	201	214,5	252	253	264,5	31,59	3,98	
	gesamt	799	845,5	934,5	932,5	983	23,03	6,22	
Nawi-Fak.	o. Professoren	68	68	69	69	69	1,47	5,30	
	ao. Professoren	34	38	40	37	41	20,59	7,18	
	Prof. zusammen	102	106	109	106	110	7,84	5,87	
	Assistenten	309	327,5	342	349	355	14,89	5,42	
	wiss. Dienst, Lehrer	37,5	37	35	34	34	-9,33	4,65	
	wiss. Pers. gesamt	448,5	470,5	486	489	499	11,26	5,45	
	nichtwiss. Pers.	343	359	368	368	378	10,20	5,69	
	gesamt	791,5	829,5	854	857	877	10,80	5,55	

UNIVERSITÄT GRAZ							
Sowi-Fak.	o.Professoren	19	19	20	20	20	5,26 1,53
	ao.Professoren	1	1	2	2	2	100,00 0,35
	Prof. zusammen	20	20	22	22	22	10,00 1,17
	Assistenten	52	54	56	56	60	15,38 0,92
	wiss.Dienst,Lehrer	8	8,5	8,5	7,5	7,5	-6,25 1,03
	wiss.Pers.gesamt	80	82,5	86,5	85,5	89,5	11,88 0,98
	nichtwiss.Pers.	26	26	31,5	31,5	27	3,85 0,41
	gesamt	106	108,5	118	117	116,5	9,91 0,74
Gewi-Fak.	o.Professoren	36	36	36	37	37	2,78 2,84
	ao.Professoren	14	14	16	15	15	7,14 2,63
	Prof. zusammen	50	50	52	52	52	4,00 2,77
	Assistenten	96	96	102	102	102	6,25 1,56
	wiss.Dienst,Lehrer	38	38	37	39	38	0,00 5,20
	wiss.Pers.gesamt	184	184	191	193	192	4,35 2,10
	nichtwiss.Pers.	45,5	45,5	50,5	50,5	50,5	10,99 0,76
	gesamt	229,5	229,5	241,5	243,5	242,5	5,66 1,54
Sowi,Gewi, zusammen	o.Professoren	55	55	56	57	57	3,64 4,37
	ao.Professoren	15	15	18	17	17	13,33 2,98
	Prof. zusammen	70	70	74	74	74	5,71 3,95
	Assistenten	148	150	158	158	162	9,46 2,48
	wiss.Dienst,Lehrer	46	46,5	45,5	46,5	45,5	-1,09 6,22
	wiss.Pers.gesamt	264	266,5	277,5	278,5	281,5	6,63 3,08
	nichtwiss.Pers.	71,5	71,5	82	82	77,5	8,39 1,17
	gesamt	335,5	338	359,5	360,5	359	7,00 2,27
Nawi-Fak.	o.Professoren	32	32	32	32	32	0,00 2,46
	ao.Professoren	29	27	27	25	27	-6,90 4,73
	Prof. zusammen	61	59	59	57	59	-3,28 3,15
	Assistenten	137	139	148,5	150,5	150,5	9,85 2,30
	wiss.Dienst,Lehrer	15,5	15,5	13,5	12,5	12,5	-19,35 1,71
	wiss.Pers.gesamt	213,5	213,5	221	220	222	3,98 2,43
	nichtwiss.Pers.	149,5	150,5	160	160	161,5	8,03 2,43
	gesamt	363	364	381	380	383,5	5,65 2,43

UNIVERSITÄT INNSBRUCK							
Sowi-Fak.	o.Professoren	20	20	20	20	20	0,00 1,53
	ao.Professoren	7	9	9	9	9	28,57 1,58
	Prof. zusammen	27	29	29	29	29	7,41 1,55
	Assistenten	61	63,5	63,5	64,5	64,5	5,74 0,99
	wiss.Dienst,Lehrer	4	5	8	8	6	50,00 0,82
	wiss.Pers.gesamt	92	97,5	100,5	101,5	99,5	8,15 1,09
	nichtwiss.Pers.	25	27	28,5	28,5	29	16,00 0,44
	gesamt	117	124,5	129	130	128,5	9,83 0,81
Gewi-Fak.	o.Professoren	33	33	34	34	34	3,03 2,61
	ao.Professoren	13	13	13	12	12	-7,69 2,10
	Prof. zusammen	46	46	47	46	46	0,00 2,45
	Assistenten	77	78	83,5	85,5	85,5	11,04 1,31
	wiss.Dienst,Lehrer	25	25	27	27	29	16,00 3,97
	wiss.Pers.gesamt	148	149	157,5	158,5	160,5	8,45 1,75
	nichtwiss.Pers.	37	44	46,5	46,5	46	24,32 0,69
	gesamt	185	193	204	205	206,5	11,62 1,31
Sowi,Gewi, zusammen	o.Professoren	53	53	54	54	54	1,89 4,14
	ao.Professoren	20	22	22	21	21	5,00 3,68
	Prof. zusammen	73	75	76	75	75	2,74 4,00
	Assistenten	138	141,5	147	150	150	8,70 2,29
	wiss.Dienst,Lehrer	29	30	35	35	35	20,69 4,79
	wiss.Pers.gesamt	240	246,5	258	260	260	8,33 2,84
	nichtwiss.Pers.	62	71	75	75	75	20,97 1,13
	gesamt	302	317,5	333	335	335	10,93 2,12
Nawi-Fak.	o.Professoren	32	32	32	32	32	0,00 2,46
	ao.Professoren	22	23	20	19	18	-18,18 3,15
	Prof. zusammen	54	55	52	51	50	-7,41 2,67
	Assistenten	129,5	133,5	145,5	151,5	152,5	17,76 2,33
	wiss.Dienst,Lehrer	15	15	15	15	15	0,00 2,05
	wiss.Pers.gesamt	198,5	203,5	212,5	217,5	217,5	9,57 2,38
	nichtwiss.Pers.	108	110,5	118	118	117	8,33 1,76
	gesamt	306,5	314	330,5	335,5	334,5	9,14 2,12

UNIVERSITÄT SALZBURG							
Gewi-Fak.	o.Professoren	36	36	37	38	38	5,56 2,92
	ao.Professoren	14	13	14	14	14	0,00 2,45
	Prof. zusammen	50	49	51	52	52	4,00 2,77
	Assistenten	91,5	92	97,5	97,5	100,5	9,84 1,54
	wiss.Dienst,Lehrer	29	28,5	25	25	24,5	-15,52 3,35
	wiss.Pers.gesamt	170,5	169,5	173,5	174,5	177	3,81 1,93
	nichtwiss.Pers.	44,5	45	44	44	46	3,37 0,69
	gesamt	215	214,5	217,5	218,5	223	3,72 1,41
Nawi-Fak.	o.Professoren	22	22	22	22	22	0,00 1,69
	ao.Professoren	16	17	17	19	18	12,50 3,15
	Prof. zusammen	38	39	39	41	40	5,26 2,13
	Assistenten	67,5	68,5	79,5	80,5	80,5	19,26 1,23
	wiss.Dienst,Lehrer	15	17,5	17,5	20,5	19,5	30,00 2,67
	wiss.Pers.gesamt	120,5	125	136	142	140	16,18 1,53
	nichtwiss.Pers.	64,5	62,5	78,5	77,5	77,5	20,16 1,17
	gesamt	185	187,5	214,5	219,5	217,5	17,57 1,38
WIRTSCHAFTSUNIV. WIEN							
Zusammen	o.Professoren	50	50	52	52	52	4,00 3,99
1)	ao.Professoren	11	20	23	23	23	109,09 4,03
	Prof. zusammen	61	70	75	75	75	22,95 4,00
	Assistenten	179	208,5	223,5	237,5	236,5	32,12 3,61
	wiss.Dienst,Lehrer	19	24	25	28	27	42,11 3,69
	wiss.Pers.gesamt	259	302,5	323,5	340,5	338,5	30,69 3,70
	nichtwiss.Pers.	88,5	109,5	129	129	140,5	58,76 2,12
	gesamt	347,5	412	452,5	469,5	479	37,84 3,03
UNIVERSITÄT LINZ							
Sowl-Fak.	o.Professoren	27	27	28	29	29	7,41 2,23
	ao.Professoren	8	8	8	8	8	0,00 1,40
	Prof. zusammen	35	35	36	37	37	5,71 1,97
	Assistenten	85	84	85	93,5	94,5	11,18 1,44
	wiss.Dienst,Lehrer	6	6	6	6	6	0,00 0,82
	wiss.Pers.gesamt	126	125	127	136,5	137,5	9,13 1,50
	nichtwiss.Pers.	38	38	41,5	41,5	41,5	9,21 0,62
	gesamt	164	163	168,5	178	179	9,15 1,13
UNIV. KLAGENFURT							
Zusammen	o.Professoren	43	43	43	44	44	2,33 3,38
1)	ao.Professoren	5	6	6	6	6	20,00 1,05
	Prof. zusammen	48	49	49	50	50	4,17 2,67
	Assistenten	110,5	108,5	117	118	118	6,79 1,80
	wiss.Dienst,Lehrer	24	24	22,5	21,5	22	-8,33 3,01
	wiss.Pers.gesamt	182,5	181,5	188,5	189,5	190	4,11 2,08
	nichtwiss.Pers.	58,5	57,5	58	55	56,5	-3,42 0,85
	gesamt	241	239	246,5	244,5	246,5	2,28 1,56

ÖSTERREICH insgesamt								
	o.Professoren	1242	1260	1284	1293	1303	4,91	100,00
	ao.Professoren	534	543	555	561	571	6,93	100,00
	Prof. zusammen	1776	1803	1839	1854	1874	5,52	100,00
	Assistenten	5433,16	5663,66	6000,66	6269,67	6545,16	20,47	100,00
	wiss.Dienst,Lehrer	712,23	716,73	725,23	732,73	731,23	2,67	100,00
	wiss.Pers.gesamt	7921,39	8183,39	8564,89	8856,4	9150,39	15,51	100,00
	nichtwiss.Pers.	5901,75	6064,25	6485,5	6511	6641,5	12,53	100,00
	gesamt	13823,1	14247,6	15050,4	15367,4	15791,9	14,24	100,00
Sowi-Fakult.	o.Professoren	137	143	152	153	157	14,60	12,05
(inkl.WU)	ao.Professoren	32	44	48	48	48	50,00	8,41
	Prof. zusammen	169	187	200	201	205	21,30	10,94
	Assistenten	444	481	535	539,5	570,5	28,49	8,72
	wiss.Dienst,Lehrer	41	50,5	54,5	55,5	52,5	28,05	7,18
	wiss.Pers.gesamt	654	718,5	789,5	796	828	26,61	9,05
	nichtwiss.Pers.	215	244	296	296	307,5	43,02	4,63
	gesamt	869	962,5	1085,5	1092	1135,5	30,67	7,19
Gewi-Fakult.	o.Professoren	203	207	209	211	211	3,94	16,19
	ao.Professoren	87	91	96	92	95	9,20	16,64
	Prof. zusammen	290	298	305	303	306	5,52	16,33
	Assistenten	529	541,5	563	584	592	11,91	9,04
	wiss.Dienst,Lehrer	184,5	183	184,5	186,5	187	1,36	25,57
	wiss.Pers.gesamt	1003,5	1022,5	1052,5	1073,5	1085	8,12	11,86
	nichtwiss.Pers.	290,5	305,5	327,5	328,5	337,5	16,18	5,08
	gesamt	1294	1328	1380	1402	1422,5	9,93	9,01
SOWI	o.Professoren	383	393	404	408	412	7,57	31,62
und GEWI	ao.Professoren	124	141	150	146	149	20,16	26,09
zusammen	Prof. zusammen	507	534	554	554	561	10,65	29,94
(inkl.Klgft.,	Assistenten	1083,5	1131	1215	1241,5	1280,5	18,18	19,56
inkl. WU)	wiss.Dienst,Lehrer	249,5	257,5	261,5	263,5	261,5	4,81	35,76
	wiss.Pers.gesamt	1840	1922,5	2030,5	2059	2103	14,29	22,98
	nichtwiss.Pers.	564	607	681,5	679,5	701,5	24,38	10,56
	gesamt	2404	2529,5	2712	2738,5	2804,5	16,66	17,76
Nawi-Fakult.	o.Professoren	154	154	155	155	155	0,65	11,90
	ao.Professoren	101	105	104	100	104	2,97	18,21
	Prof. zusammen	255	259	259	255	259	1,57	13,82
	Assistenten	643	668,5	715,5	731,5	738,5	14,85	11,28
	wiss.Dienst,Lehrer	83	85	81	82	81	-2,41	11,08
	wiss.Pers.gesamt	981	1012,5	1055,5	1068,5	1078,5	9,94	11,79
	nichtwiss.Pers.	665	682,5	724,5	723,5	734	10,38	11,05
	gesamt	1646	1695	1780	1792	1812,5	10,12	11,48

Tabelle 9:

Abteilung I/B/14 - BMWFK							
Habilitationen je Kalenderjahr, 1990 bis 1994 (Stand: 7.2.1995)						Anteil an allen Habil. in %	
	1990	1991	1992	1993	1994		
UNIVERSITÄT WIEN							
Sowi-Fak.	2	1	3	3	4	2,6	1,25
Gruwi-Fak.	6	6	3	4	1	4	1,93
Gewi-Fak.	10	13	9	5	9	9,2	4,44
Zusammen	18	20	15	12	14	15,8	7,63
Nawi-Fak.	9	1	15	14	14	10,6	5,12
UNIVERSITÄT GRAZ							
Sowi-Fak.	2	2	0	2	0	1,2	0,58
Gewi-Fak.	2	1	8	2	2	3	1,45
Zusammen	4	3	8	4	2	4,2	2,03
Nawi-Fak.	5	7	2	6	5	5	2,41
UNIVERSITÄT INNSBRUCK							
Sowi-Fak.	3	1	2	0	4	2	0,97
Gewi-Fak.	5	3	3	5	3	3,8	1,83
Zusammen	8	4	5	5	7	5,8	2,80
Nawi-Fak.	8	6	2	3	5	4,8	2,32
UNIVERSITÄT SALZBURG							
Gewi-Fak.	3	3	5	4	2	3,4	1,64
Nawi-Fak.	5	6	4	4	5	4,8	2,32
WIRTSCHAFTSUNIV. WIEN							
	6	4	5	10	4	5,8	2,80
UNIVERSITÄT LINZ							
Sowi-Fak.	0	3	3	4	2	2,4	1,16
UNIVERSITÄT KLAGENFURT							
Kultwiss-Fak.	0	0	0	0	0	0	0,00
Wirtwiss./Inform.-Fak	0	0	0	0	0	0	0,00
Zusammen	3	2	2	1	2	2	0,97
ÖSTERREICH insgesamt							
Sowi-Fakultäten	13	11	13	19	14	14	6,76
Gewi-Fakultäten	20	20	25	16	16	19,4	9,36
Zusammen	42	39	43	40	33	39,4	19,02
Nawi-Fakultäten	27	20	23	27	29	25,2	12,16